

MITTEILUNGEN
DES
GESAMTARCHIVS DER DEUTSCHEN JUDEN

HERAUSGEGEBEN
VON
Dr. EUGEN TÄUBLER

ZWEITER JAHRGANG

LEIPZIG
BUCHHANDLUNG GUSTAV FOCK, G. M. B. H
1910

I n h a l t.

	Seite
Akten-Inventare der Synagogen-Gemeinden:	
Thorn	1—5
Bromberg	12—24
Krotoschin	29—36
Aurich	48—50
Anlagen: Aus den Akten des Stadtarchivs zu Thorn . . .	5—10
Zur Frage des Grundstückserwerbs durch Juden in Thorn	10—11
Das städtische Bürgerrecht der Juden nach der Städteordnung vom 19. Nov. 1808	24—26
Naturalisationspatente im Reg.-Bez. Bromberg bis April 1838	26—28
Zur Vorgeschichte des Gesetzes über die Ver- hältnisse der Juden vom 23. Juli 1847	37—41
Zur Geschichte der Domanalabgaben in Krotoschin	42—48
Das Generalprivileg für die Judenschaft in Ost- friesland vom 22. Sept. 1708	51—57
Statistik der Juden in den preussischen Staaten 1728 und 1749	58—62
Übersicht über den jüdisch-geschichtlichen Inhalt des Königl. Staatsarchivs zu Hannover. Von M. Zuckermann (Hannover)	65—136
Erscheinungen zur Geschichte der Juden in Deutschland im Jahre 1909	137—164

Mitteilungen des Gesamtarchivs der deutschen Juden.

Jahrgang I.

	Seite
Zur Einführung	1—8
Akten-Inventare der jüdischen Gemeinden	
Landsberg a./W.	9—18
Neuenkirchen i./Westfalen	30—36
Stettin	37—41
Wandsbeck	42—43
Offenbach a./M.	49—61
Bürgel a./M..	66—69
Seligenstadt a./M.	69—71
Märk. Friedland	71—80
Deutsch-Krone	90—93
Anlagen: Ueberblick über die Judensiedelungen in der Neumark	18—19
Die Generalrepartition der Judensteuern für die Jahre 1784—1789	20—21
Die Repartition der neumärkischen Judensteuern für die Jahre 1787—1790	20—21
Die ausserordentlichen Aufwendungen der Lands- berger Judenschaft bis Ende 1783	22—23
Zur Geschichte des Projekts einer Reform des Judenwesens unter Friedrich Wilhelm II.	23—29
Die Privilegien der Wandsbeckischen Judenschaft	43—44

	Seite
Die Vorgeschichte der israelitischen Gemeinde zu Offenbach	62—63
Die Privilegienfrage (der Gemeinde Offenbach)	63—64
Die Judaica des Archivs Sr. Durchlaucht des Fürsten von Isenburg-Birstein zu Birstein	65—66
Die Ablösung der Domanialabgaben in Märk. Fried- land	80—87
Zur Geschichte der grosspolnischen Landessynode	87—90
Ueber den Erwerb von Landgütern durch Juden im Netzedistrikt	93—97
Verzeichnis der Neuerscheinungen zur Geschichte der Juden in Deutschland im Jahre 1908	97—116
Geschäftsbericht	45—46

Mitteilungen des Gesamtarchivs der deutschen Juden.

Jahrgang II.

	Seite
Akten-Inventar der Synagogen-Gemeinden:	
Thorn	1—5
Bromberg	12—24
Krotoschin	29—36
Aurich	48—50
Anlagen: Aus den Akten des Stadtarchivs zu Thorn	5—10
Zur Frage des Grundstückserwerbs durch Juden in Thorn	10—11
Das städtische Bürgerrecht der Juden nach der Städteordnung vom 19. Nov. 1908	24—26
Naturalisationspatente im Reg.-Bez. Bromberg bis April 1838	26—28
Zur Vorgeschichte des Gesetzes über die Ver- hältnisse der Juden vom 23. Juli 1847	37—41
Zur Geschichte der Domanialabgaben in Krotoschin	42—48
Das Generalprivileg für die Judenschaft in Ost- friesland vom 22. Sept. 1708	51—57
Statistik der Juden in den preussischen Staaten 1728 und 1749	58—62
Uebersicht über den jüdisch geschichtlichen Inhalt des Königl. Staatsarchivs zu Hannover. Von M. Zuckermann (Hannover)	65—136
Erscheinungen zur Geschichte der Juden in Deutschland im Jahre 1909	137—164

Akteninventar der Synagogen-Gemeinde Thorn.

Über die Verhältnisse der Juden in Thorn bis zur Besitzergreifung durch Preußen vgl. Anlage I. Nach der Vertreibung von 1797 (A 1) erfolgte der erneute Zuzug vielleicht schon vor der Zeit des Herzogtums Warschau (1807), die Gemeindebildung aber wohl erst nach 1807. Im Jahre 1816 befanden sich unter 7365 Einwohnern bereits 303 Juden (Weckerling II 619). Die ältesten erhaltenen Statuten sind von 1822 (A 2). Ein Stempelaus diesem Jahre trägt in hebräischen Buchstaben die Legende Kahal Tohrin. — Aus der Zwitterstellung, in welche die Gemeinde in der polnischen Zeit durch die interimistische Suspension der staatsrechtlichen Gleichstellung im Jahre 1808 gekommen war (s. unten S. 27), kam sie erst durch das Judengesetz von 1847 hinaus, da die preußische Regierung nach dem Wiedergewinn der Stadt die Juden „bis zu weiterer gesetzlicher Bestimmung“ in der vorgefundenen Verfassung gelassen hatte (S. 27). Die Neuordnung der Gemeinde erfolgte 1856 (S. 2 A. 1).

Im Jahre 1854 gehörten zu der Gemeinde die Juden in der Stadt Podgorze (10) und den Dörfern Grabia (4), Piazonka (3), Leibitsch, Rogowo, Gurske, Zlotterie, Piaski (je eine Familie). Im Jahre 1872 kamen mit je einer Familie hinzu die Dörfer Gremboczyn, Rosenberg Vorwerk, Toporzyska, Papau, Stanislawken, Schwarzbruch, Neubruch, Przyciek und Gutttau, im Jahre 1879 die Dörfer Rentzschkau (2) und Griebenau, vorher zu Culm gehörig (1), im Jahre 1880 das vorher zu Culmsee gehörige Dorf Lonzin (1).

Literatur: Über den gegenwärtigen Zustand der Stadt Thorn, Manuskript von K. G. Prätorius, her. von Semrau in den Mitteilungen des Copernicusvereins für Wissenschaft und Kunst, VIII 1893, S. 53 f., S. 74. K. G. Prätorius, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung der Stadt Thorn, her. von J. E. Wernicke, Thorn 1832. J. E. Wernicke, Geschichte Thorns II, Thorn 1842, S. 557. 614. 619. A. Semrau, Thorn in den Jahren 1770—1793, Mitteilungen des Copernicusvereins VIII 1893, S. 38 f. J. Rosenberg in der Jewish Encyclopedia s. v. Thorn.

A. Organisation und allgemeine Verwaltung.

1. Resolution für den Bevollmächtigten der Thorner Judenschaft Lazarus Aron, wegen fernerer Duldung der Juden in Thorn, 1797 Dez. 6.
2. Statuten 1822—1889¹⁾.
3. Abgrenzung des Synagogenbezirks 1852—1882²⁾.
Darin:
Über die Wahl der Repräsentanten und Vorsteher 1854.
Über die Eingemeindung Einzelner.
4. Austritt aus der Synagogengemeinde und der Religionsgesellschaft 1873—1903.
5. Reglements für die Repräsentanten und die Baukommission 1859—1877.
6. Reglements für die Schulkommission und die Lehrer 1875—1886.
7. Protokolle des Vorstandes 1857—1864. 1868—1887.
8. Vorlagen des Vorstandes an die Repräsentanten 1856—1900.
9. Beschlüsse der Repräsentanten 1856—1895.
10. Zivilstandsregister betr. 1860—1874.
Darin:
1856. 1858: Haftentlassung jüdischer Gefangener an Feiertagen betr.
1882: Verwaltungsberichte von 1866. 1871—1874.
1888: Bescheinigung der rituellen Scheidung jüd. Ehen betr.
11. Naturalisationen 1874—1876.

¹⁾ Am 17. Juli 1854 wurde die nach dem Gesetz von 1847 bewirkte Einteilung des Synagogen-Bezirks bestätigt und am 10. Oktober die Vorsteher und Repräsentanten gewählt. Am 27. Febr. 1854 erfolgte die Bestätigung und am 18. Febr. 1856 die Anordnung der Regierung, daß die neue Verwaltung ihre Wirksamkeit beginnen solle. Die Statuten wurden aber erst am 17. Sept. 1857 vollendet, am 23. Febr. 1858 bestätigt.

²⁾ Weil die nach dem Gesetz von 1847 erfolgte Abgrenzung des Synagogenbezirks und Wahl der Vorsteher von der Regierung noch nicht bestätigt war, hielt die Regierung 1852 die juristische Persönlichkeit noch nicht für bestehend. (C 1 unter dem 6. Mai 1852.) Es kam nun zu einer Reihe von Beschwerden und Reskripten über die Frage, wodurch die vollendete Tatsache der Abgrenzung und der Rechtspersönlichkeit einer Gemeinde zum Ausdruck komme. Der Minister des Innern entschied am 5. April 1853 in einem Reskript an die Regierung in Marienwerder im Sinne der ursprünglichen Entscheidung der Regierung.

12. Petitionen an Ministerien, Landtag, Reichstag 1850—1894.
Darin:
1893: Haftentlassung jüd. Gefangener für den Gottesdienst betr.
13. Beschwerden des Vorstands und gegen den Vorstand 1860—1900.
Darunter:
1872: betr. Vertrag zwischen der jüd. Gemeinde und dem Magistrat über Anfragen bei Aufnahme armer Juden¹⁾.
1894: Beschwerde gegen Erhebung einer Schlachtgebühr für Federvieh.
1900: Beschwerden an den Reichskanzler gegen eine Äußerung des Justizministers, die Zurücksetzung der Juden im Justizdienst betr.
14. Korrespondenz mit auswärtigen Gemeinden 1858—1901.

B. Grundstücke und Bauten.

1. Gemeindehaus und Synagoge.

- a) Erwerb des Grundstücks Altstadt Thorn 411 für den Synogogenbau 1840—1844²⁾.
b) Grundlasten des Gemeindehauses (Altstadt Thorn 411) 1840 bis 1902.
Darin auch:
Befreiung von Rauchfangsteuer, Einquartierung, Gebäudesteuer und sonstigen Lasten, 1859—1885³⁾.
c) Bauten, vereinzelt Verwaltungssachen 1850—1903.
d) Verwaltung der Gemeindegrundstücke (Vermietungen, Hypotheken, Besteuerung, Bauten) 1851—1902.

Darunter:

- 1890: Nachweis über den Erwerb der Friedhofsgrundstücke.
1890: Betr. eine in die Marienburg eingebaute, vom Vorstand der Synagogengemeinde Thorn überlassene Spindel einer hölzernen Wendeltreppe.

¹⁾ Vertrag, daß die Unterstützung der jüd. Armen von der Gemeinde ausgeht, die dafür als Äquivalent vom Magistrat 10% der Kommunalbeiträge erhält.

²⁾ Vgl. Anlage II.

³⁾ 1861 wird das Grundstück von den Kommunalsteuern entbunden.

- e) Verpachtungen (Schlachtgelder, Badehaus) und Vermietungen (Wohnung im Gemeindehause) 1849—1893.
- f) Feuerversicherung 1852—1895.
- g) Synagogenplätze 1847—1901.

2. Friedhof.

- a) Erwerb des Platzes und Bauten 1859—1901.
Darin:
Abschriften aus dem Stadtarchiv von Thorn, Grenzfeststellung des alten Friedhofs auf dem Judenberge betr., 1781.
- b) Grabstätten 1863—1903.

C. Finanz- und Rechnungswesen.

- 1. Amtliche Verfügungen, das Steuer-Etats- und Rechnungswesen betr. 1852—1899.
u. a.:
Administrative Exekution der Beiträge zur Armen- und Krankenkasse betr. 1852/53.
Befreiung der jüd. Religions- und Elementarlehrer von den Kommunalabgaben 1873.
- 2. Etats- und Heberollen 1856—1877.
- 3. Reklamationen und Niederschlagungen 1881—1902.
- 4. Anleihen 1850—1890.
- 5. Einnahme-Kontrolle 1856—1888.
- 6. Kassen-Revisionen 1849—1903.
- 7. Prozesse in Forderungssachen 1850—1897.

D. Kultus- und Schulwesen.

- 1. Personalien der Gemeindebeamten (Rabbiner, Lehrer, Kantor, Schächter, Diener) 1848—1902.
- 2. Kultus- und Synagoge.
 - a) Synagogen- und Gebetsordnung 1822—1881. 1843—1903.
 - b) Synagogenutensilien 1861—1887.
 - c) Schächtsachen 1861—1887.

3. Schule.

- a) Amtliche Verfügungen und Korrespondenzen 1849—1890.
1850. 1875. 1891: Erteilung des jüd. Religionsunterrichts am Gymnasium betr.
1861. 1871: Dispensation jüd. Schüler am Sonnabend betr.
1859: Verbot, für den Religionsunterricht Schulgeld zu erheben¹⁾.
- b) Elementar- und Religionsunterricht 1849—1902.
1861: Umbildung der Elementar- und Religionsschule in eine Religionsschule.

E.

Armenpflege.

1854—1903.

F.

Vereine und Verbände.

1. Krankenpflege- und Beerdigungsverein 1857—1901.
2. Frauenverein 1860—1869.
3. Wohltätigkeitsverein 1866—1869.
4. Zentral-Unterstützungsverein 1869—1888.
5. Verein gegen Hausbettelei 1872—1884.
6. Zentralkomitee zur Unterstützung der verfolgten russischen Juden 1882/83. 1901.
7. Alliance Isr. Universelle 1871—1900.
8. Deutsch-Isr. Gemeindebund 1869—1903.
9. Verkehr mit auswärtigen Vereinen 1877—1895.

Anlagen.

I.

Aus den Akten des Stadtarchivs zu Thorn.

Ein Aktenstück aus dem Stadtarchiv zu Thorn²⁾ gestattet, über die Verhältnisse der Juden in Thorn im 18. Jahrhundert einige Notizen zusammenzustellen.

¹⁾ Vgl. D 3b unter dem Jahre 1860.

²⁾ 3515. Briefe an den Rath. Einiges die hiesigen und den Aufenthalt von fremden Juden betreffend, darunter auch Prozesse und Untersuchungen. 1706

Thorn war den Juden bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts nur während der Marktzeiten über Nacht geöffnet. Beweis dessen ist, daß noch 1738 nach einem Beschlusse der großpolnischen Landessynode¹⁾ die Aufsicht über die während des Jahrmarkts anwesenden Juden den Synagogenvorstehern aus Lissa oder Inowraclaw (Hohensalza) zustand²⁾. Der Beschluß ist in einem Briefe des Woiwoden Szołdrski vom 16. Juli 1738 erhalten:

Ludwik z Szołdr Szołdrski Wojewoda Inowrocławski General Wojewodzołw Wielkopolskich etc. Starosta.

Poniewaz Starsi ziemscy Prowincyi wielko Polskiej na seimiku swoim w miasteczku Czemnienu przed kilka lat odprawionym to między sobą postanowienie uczynili a zeby na kazdym Jarmarku Torunskim starszy Zyd synagogi Lesczynski nad zydami na Jarmark ziedzaiącemy się miał attendencya, w niebytnosci zas starszego Leszynskiego ten miec powinien zwierzchnosc ktory od synagogi Inowrocławskiemy Plenipotencya pokaze. Takie jest miedzy niemy postanowienie. Więc Ja ex munere Palatinalis Jurisdictionis et Protectionis ktora my nad Zydami Inowrocławskiemy nalezy obliguię y upraszam zwierzchnosci Torynskiej a zeby to prawo wezekuzyi swoiey byc mogło y przez inszych zydow zeby nie było złomane. Działo się w Czeminskim Zamku Dnia 16. miesiaca Lipca Roku 1738.

Ludwik Szołdrski.

Ludwig aus dem Geschlecht der Szołdr Szołdrski Woiwode von Inowraclaw General der großpolnischen Woiwodschaften usw. Starost.

Da die Landesältesten der Provinz Großpolen auf ihrem in dem Städtchen Czemnienu vor einigen Jahren gehaltenen Landtage untereinander die Verordnung verabredet haben, daß auf jedem Thorner Markt die Judenältesten der Synagoge zu Lissa über die

bis 1791. Für die Benutzungserlaubnis und Hersendung sind wir dem Magistrat der Stadt Thorn zu Dank verpflichtet.

¹⁾ Vgl. Jahrgang I S. 87. Zu den Literaturangaben ist nachzutragen: L. Lewin, Neue Materialien zur Geschichte der Vierländersynode, Jahrbuch der Jüdisch.-Literar. - Gesellschaft Frankfurt a. M. II 1904 S. 1f., III 1905 S. 79f. (freundl. Mitteil. des Vf.). Die Fortsetzung erschien unter demselben Titel selbständig. Übersetzungsproben daraus gibt J. Feilchenfeld in der Zeitschrift der Histor. Gesellschaft für die Prov. Posen XXIII 1908 S. 275 f.

²⁾ Ähnliches für Breslau, Danzig, Leipzig und andere Marktorte bekannt.

auf dem Markte anwesenden Juden die Aufsicht haben sollen, bei Abwesenheit der Lissaer Ältesten dann derjenige zur Aufsicht verpflichtet sein solle, welcher die Vollmacht von der Synagoge zu Inowraclaw aufweist; also ist unter ihnen verabredet worden; deshalb ersuche und bitte ich kraft des pfalzgräflichen Gerichts und des Schutzes, der mir über die Juden zu Inowraclaw zusteht, die Behörden zu Thorn, diese Verordnung von ihnen selber ausüben und sie nicht durch andere Juden übertreten zu lassen. Geschehen auf Schloß Czemniën am 16. Juli 1783.

Die Synagogenvorsteher aus Lissa oder Inowraclaw sind also auch unter den Ältesten zu verstehen, welche, in unserem Aktenstück von 1706 an, wiederholt für die Juden bei Bürgermeister und Rat intervenieren:

1706 Okt. 28: Die Ältesten der Juden bitten Bürgermeister und Rat, sie die Marktfreiheit genießen zu lassen und sie bei dem von mehr als hundert Jahren¹⁾ bey hiesigen Jahrmärkten geübten Mützen-Handel zu schützen. (Wenn nun fast der mehrerteil der Juden durch dießen Handel ihr bißgen Brodt suchen, dahero auch ihre Mützen mit großen Unkosten . . . anhero bracht und hierüber das Burg-Gräfl. Geleite erhalten . . .)

Ähnlich 1707 Jan. 12. Gideon Fock aus Posen an Bürgermeister und Rat: „Nachdem die allhie in Posen wohnenden Juden bei mir angebracht, welcher gestallt Ihnen in der Köniegl. Stadt Thorn in ihrem handell einigen eindrang geschehn, zu wieder ihren deswegen habenden Prievieliegien, als habe in ansehung, daß Ordres erhalten, hiesige Juden bei denen ihnen mitt recht zukommenden Freiheiten in Allem zu schüzzen, damit Sie ihre Contribution so Viehl richtiger zahlen können, nicht unterlaßen wollen, Euer Edlen und Wohl-ersten Raht davon Nachricht zu ertheilen, nicht zweifelnde, Sie werden solliche Anstalt machen, daß die hiesige Juden bei Ihren Vorigen Prievieliegien erhalten, und keine uhrsach sich ferner zu beschweren haben werden.“

Von besonderer Bedeutung scheint der Handel mit Kürschner-waren gewesen zu sein. Der Woiwode Franz Sigismund Galecki verwandte sich am 11. Febr. 1707 noch besonders für die jüdischen Kürschner aus Posen und Bürgermeister und Rat umschrieben in ihrer Antwort (Febr. 14) die Handelsrechte der jüdischen Kürschner mit den Worten:

¹⁾ Zeugnisse für die Anwesenheit von Juden auf dem Markt in Thorn vom Jahre 1631 an bei Lewin a. a. O.

... Iudaos aequè ut alios exóticos Mercatores tempore Nundinarum publicarum in Civitate hac in libertate cum pellibus zobellinis aliisque crudis mercibus pelliceis mercimonia instituendi a nullo praepediri, exceptis mercibus recens confectis, quarum venditio ipsis concedi nequit. Judaei etenim in civitate hac nullum Contubernium habent, neque Iuribus et Libertatibus Contubernio competentibus gaudere queunt, sed talis venditio pellionibus Civitatis, juxta articulos Contubernii, qui ultra Saeculum ipsis concessi sunt, solummodo competit.

Aus dem J. 1715 ist eine Beschwerde der Thorner Kürschnerzunft wegen des Markthandels der Juden mit Kürschnerwaren vorhanden, aus dem J. 1721 eine Intervention der Judenältesten zur Schadloshaltung einiger beraubter Juden, aus dem J. 1725 eine Bitte aller anwesenden Juden, ihnen nach dem Schlusse des Jahrmarkts noch drei Handelstage frei zu geben, „daß meiste von weit entfernten Örtern mit vielen Unkosten anhero kommen...“ Aus dem J. 1730 ist eine Bitte des Palatins aus Posen, die Juden zu den Jahrmärkten zuzulassen, erhalten, aus dem J. 1736 ein Schreiben der Regierung zu Königsberg an den Rat zu Thorn, den wegen der Schuldforderung eines Danziger Juden verhafteten Königsberger Schutzjuden Siemon Joseph aus der Haft zu entlassen, „da solches denen zwischen Pohlen und Preußen errichteten Pactis zuwiderläufft, alß welche nicht gestatten, die Einwohner dieses Königreichs dergestalt in Pohlen zu belangen und mit Arresten zu belegen.“

Aus dem Aufenthaltsrecht in den Marktzeiten und der Notwendigkeit, daß für tageweise in der Stadt sich aufhaltende Juden Quartier und Vermittler vorhanden seien¹⁾, entwickelte sich das dauernde Wohnrecht einiger Familien. Ihre Zahl wurde 1766 auf sechs reduziert und von der Kaufmannschaft, den Zünften, Innungen und Gewerken 1774 und 1779 auch für die Austreibung dieses Restes, gegen den Willen des Rats, agitiert. Darüber sind Eingaben und einige Untersuchungsakten vorhanden. Aus einigen Eingaben wird deutlich, daß mit der Vertreibung der Juden, wie seit Jahrhunderten, das Ventil einer durch mannigfache Ursachen bewirkten Not geöffnet werden sollte: „... die schweren Einquartierungen²⁾, die oft und mannigfaltige Reductiones,

¹⁾ Dieser Gesichtspunkt wurde von dem humanen Ratsmann Geret im J. 1779 gegen die verlangte Austreibung aller Juden hervorgehoben; vgl. Semrau a.a.O.S.38.

²⁾ In einer anderen Eingabe: „unser verursachtes Unglück und ruinirung durch diese schwere durch 8 Jahr ausgestandne Einquartierung vnd erhaltung der Speisen vnd Geträncks ...“

ferner die durch . . . Confoederation verlustig gegangene Nahrung, ferner die Ausgabe leichter und Wiederabgabe schwerer Gulden, ferner die unerlaubte und Strafbare Unterhandlungen mit denen Juden¹⁾ und die wieder Will-Kühr mehr den Jüdische ProCente . . .“

Die Vertreibung fand nicht statt. Denn im Jahre 1781 erscheinen die Deputierten der Juden in einem Grenzstreit betreffend ihren Begräbnisplatz, den s. g. J u d e n b e r g. Aus dem Kämmererbericht über den Lokaltermin sei der Passus herausgehoben: „Sie (die Kämmerer) trafen daselbst die Juden an, welche die Stellen anzeigten, wo ihre Toten begraben liegen, und deren einige von ihnen selbst, wie sie versicherten, mit eigenen Händen begraben worden wären, es waren auch deutliche Merkmale von Gräbern auf der angezeigten Stelle zu sehen; ferner befanden die resp. HH. Kämmerer daß besagter Platz von der Seite gegen Morgen, Mittag und Abend mit einem Graben umgeben war, welcher, wie die Juden sagten, von ihren Vorfahren statt einer Grenze wäre gemacht worden, an der Seite gegen Norden sollte die dicht daran liegende Landstraße die Grenze sein“.

Erst nach der preußischen Okkupation schlug der kleinen Thorner Judensiedelung die letzte Stunde. Man kann nicht behaupten, daß die scharfe Maßregel dem Regierungssystem entsprach.²⁾ Die lange Wartezeit (über vier Jahre) und die Begründung im letzten Satze des folgenden Reskripts zeigen dies schon. Es war erst eine Folge der Versöhnungspolitik gegenüber der Bürgerschaft der bisherigen Freistadt, daß die preußische Verwaltung sich ihren Verlangen gegenüber nachgiebiger zeigte, als vierzehn Jahre vorher der Rat der Stadt. Das Reskript, das ich folgen lasse, steht nicht mehr in dem städtischen Aktenfaszikel, sondern gehört zu den Akten der jüdischen Gemeinde (A¹).

Dem Bevollmächtigten der Thorner Judenschaft, Namens Lazarus Aron wird auf sein gestern ad Protocollum gegebenes Gesuch daß wenn den Juden zu Thorn auch schon der fernere Aufenthalt daselbst nicht nachgegeben werden sollte, ihnen doch ein geräumiger Termin gestattet werden mögte, sich mit den dortigen Einwohnern aus der bisherigen Verbindung zu setzen, ihre Forderungen einzuziehen, und ihre Creditoren zu befriedigen³⁾,

¹⁾ Gemeint ist wohl der Handel der Juden mit den einquartierten Soldaten.

²⁾ Vgl. den Reformversuch, Jahrgang I S. 23 f.

³⁾ Im Jahre 1766 war die Ausweisungsfrist bemessen gewesen: „innerhalb hier und 5 Wochen das ist mit dem Ausgange des nächst bevorstehenden Jahres“.

hiermit bekannt gemacht, daß zwar die verfügte Wegschaffung der Juden aus der Stadt Thorn annoch ausgesetzt, und dieserhalb das Nöthige an den dortigen Magistrat dato erlaßen worden ist. Die Judenschaft zu Thorn hat jedoch seit dem Rescript vom 22^{ten} Octobr: 1793, wodurch ihr die bevorstehende Räumung der Stadt zuerst bekannt gemacht worden ist, Zeit genug gehabt, sich von ihren Verbindungen los zumachen. Dies muß sie noch thun, weil dieser Einwand derselben ferner (nicht)¹⁾ zu statten kommen wird, indem Verfügungen, so sich auf Rechte und Freyheiten von Städten und Corporationen gründen, nicht so leicht zurückgenommen werden können. Signatum Berlin den 16^{ten} December 1797.

Auf Seiner Königlichen Majestät allernädigsten Special-Befehl.

v. Blumenthal. Freyherr von Heinitz. von Werder. von Schrötter.

Resolution

für den Bevollmächtigten der Thorner Judenschaft Lazarus Aron, wegen fernerer Duldung der Juden in Thorn.

Westpreußisches Departement.

II.

Zur Frage des Grundstückserwerbs durch Juden in Thorn.

In den Territorien des ehemaligen Herzogtums Warschau, zu welchen Thorn gehörte, gestattete ein Reskript des Min. d. Intern d. d. Warschau 1815 April 13. den Juden den Erwerb städtischer Grundstücke von christlichen Besitzern nur bei dem Fehlen christlicher Käufer und nur unter gewissen den Vermögensstand und die kulturelle Einbürgerung betreffenden Voraussetzungen (Vermögen von 40,000 Gulden polnisch = 6660 Tlr. 20 Sgr.; Fähigkeit, sich mündlich und schriftlich der deutschen, polnischen oder französischen Sprache zu bedienen; Verpflichtung, die eigenen Kinder und die der Angehörigen vom 7. Jahre ab in die öffentliche

¹⁾ Fehlt in der Abschrift.

Schule zu schicken; Fehlen äußerer unterscheidender Merkmale [Bart, Kleidung]). Über die Rechtsgültigkeit dieser Administrativverfügung besteht, weil sie auf kein Gesetz gestützt ist, eine Kontroverse zwischen Dezius, Über die bürgerlichen Verhältnisse der Juden im Großherzogtum Posen und im Kulmer Lande, Marienwerder 1830 S. 34 und Rönne und Simon, Die früheren und gegenwärtigen Verhältnisse der Juden des preuß. Staates, Breslau 1843 S. 46. 338 (gegen die Rechtsgültigkeit) auf der einen, Koch, Die Juden im Preuß. Staate, Marienwerder 1833 S. 259 auf der anderen Seite¹⁾. Das Wesentlichste ist, daß das Reskript tatsächlich in Geltung war und durch die Ministerialreskripte vom 31. August 1819 und 3. Nov. 1826 noch verstärkt wurde. Die durch spezielle Konsense bewirkten Ausnahmen (v. Kamptz, An-nalen I 127) sind selten.

Das Votum stand — und das ist für das geschichtliche Verständnis der Prohibitivmaßregel entscheidend — nicht so sehr bei den Regierungsbehörden, als bei der Stadtverwaltung. Ein auf eine K.-O. vom 29. Oktober 1841 zurückgehendes Ministerialreskript vom 10. Nov. 1841 (Thorn B 1a) wies die Judenschaft in Thorn deshalb auf ihr Gesuch, gegen Regierungs-Consens die Juden in Thorn zum Grundbesitz zuzulassen, auf die Zustimmung der Stadtgemeinde, „in welchem Falle das Ministerium den Consens zu erteilen autorisiert ist“. Beachtenswert ist in diesem Reskript noch die Bemerkung, „daß es bis zu der bereits in der Beratung begriffenen anderweitigen Regulierung der Verhältnisse der Juden in den neuen und wiedervereinigten Provinzen in Ansehung der Juden zu Thorn bei den bestehenden Ordnungen, auch in Ansehung der Ausschließung derselben vom Grundbesitz, insoweit sie denselben nicht bereits rechtsgültig erworben haben, sein Bewenden behalten soll“.

Die Bestimmtheit dieser Verfügung ist gegenüber dem Schwanken in den vorhergehenden drei Jahrzehnten, wie es sich in dieser Frage in den von Rönne und Simon S. 327 f. zitierten Reskripten zeigt, sehr bezeichnend für die Wendung in der Auffassung der Judenfrage unter Friedrich Wilhelm IV.

¹⁾ Vgl. den analogen Fall betr. Erwerb von Gütern bei Rönne u. Simon S. 326 A 4.

Akten-Inventar der Synagogen-Gemeinde Bromberg.

Über eine mittelalterliche Judensiedelung in Bromberg unterrichtet nur eine in Petrikau am 10. Juni 1555 ausgestellte Urkunde, in welcher Sigismund II. August der Stadt Bromberg einen vierten Markttag bewilligt, die Juden aus der Stadt verbannt und den Bürgern den kleinen Salzhandel auf dem Lande gestattet¹⁾. Obwohl dieses Privileg erst durch K.-O. vom 6. Febr. 1802 aufgehoben wurde²⁾, lebten in Bromberg zur Zeit der preuß. Okkupation (1772) vier jüdische Familien und nach einer Notiz in der erwähnten K.-O. von 1802 wurde bereits durch K.-O. vom 2. Mai 1773 angeordnet, „daß die alte polnische Verfassung, nach welcher einige Städte Juden in ihrem Bezirke zu dulden nicht schuldig waren, nicht strenge Achtung verdienen solle“. Über das Wachstum der Gemeinde s. die statistische Übersicht bei Herzberg S. 106.

Die Gemeindebildung, die 1834 auf Grund der vorläufigen Verordnung wegen des Judenwesens im Großherzogtum Posen vom 1. Juni 1833 in festen Rechtsformen ihren vorläufigen Abschluß fand, läßt sich bis zum Erwerb der alten Betstube in den Jahren 1815. 1817 (B 1) zurückverfolgen. Der älteste Friedhof wurde 1816 angelegt (B 16). Die Gemeinde bildete sich in allmählicher Loslösung von der zu F o r - d o n (vgl. A 1 u. B 16).

Die Siedelung von Juden in Dörfern in der Nähe von Bromberg führte nur in Gorzyczkowo (jetzt Adlershorst) zu einer Gemeindebildung; die Gemeinde wurde aber 1834 aufgelöst³⁾. Zu den von Herzberg

¹⁾ Privilegium de nudinis et publicis mercatibus, abschriftlich erhalten in einem im Besitze des Staatsarchivs zu Posen befindlichen Privilegienbuch der Stadt Bromberg (vgl. Warschauer, Die städt. Archive in der Prov. Posen, Leipzig 1901, S. 25); gedruckt als Anlage V zu E. Schmidts Beiträgen zur Geschichte der Finanzverwaltung Brombergs unter polnischer Herrschaft in dem Jahrbuch des Bromberger Historischen Vereins für den Netzedistrikt 1894, S. 34 f. Der die Juden betreffende Passus auch bei Herzberg S. 4 Anm. 12. — Die in einem im Stadtarchiv zu Danzig aufbewahrten Briefe vom 1. Jan. 1525 als unter dem Schutze des Starosten von Bromberg stehend erwähnte Jüdin (Herzberg S. 3) hat wahrscheinlich in Bromberg gelebt.

²⁾ Herzberg, S. 11. — Über das Wiederaufleben der Privilegienfrage im Jahre 1830 s. Herzberg S. 39 f. und M. Laubert, Die letzten städtischen Privilegien de non tolerandis judaeis in der Prov. Posen, Zeitschrift der histor. Gesellschaft f. d. Prov. Posen XXI 1906, S. 145 f.

³⁾ A II unter dem 9. Sept. 1833, daß „die außerhalb der Stadt-Barrieren wohnenden (Juden) nie dazu gerechnet worden sind, vielmehr eine besondere Gemeinde auf Gorzyczkowo ausmachten“.

S. 45 aufgezählten, zu der Gemeinde Bromberg gehörigen Dorfsiedelungen kamen 1865 Gr. Sittno (A 6) und 1882 Prinzenthal (A 27) hinzu.

Die Akten gehen in einzelnen Stücken bis zum Jahre 1800 zurück (A 1).

Literatur: L. Kühnast, Historische Nachrichten über die Stadt Bromberg, Berlin 1837; H. Wuttke, Städtebuch des Landes Posen, Leipzig 1864, S. 274 f.; Gebhardt, Drei Predigten, Bromberg 1884 (Vorwort zur dritten Predigt); M. Meyer im Jahrbuch des Bromberger Histor. Vereins für den Netzedistrikt, Bromberg 1895 S. 26 und 44; J. Herzberg, Geschichte der Juden in Bromberg, Frankfurt a. M. 1903 und ein Auszug daraus in Heppner und Herzberg, Aus Vergangenheit und Gegenwart der Juden und der jüdischen Gemeinden in den Posener Landen 1909, S. 321 f.

A. Organisation und allgemeine Verwaltung.

1. Repartition der Koscher-Fleischsteuer betr. 1809¹⁾

Erhalten ist nicht die Repartition, sondern die Unterhandlung, in der festgestellt wurde, daß die Bromberger Judenschaft selbständig sei und nicht zu der Judengemeinde in *Fordon* gehöre. Die Schriftstücke sind polnisch und in deutscher Übersetzung im Jahre 1817 den Kaufleuten Hirsch Salamon und Genossen zugefertigt worden.

Darin auch:

1800 April 21: Reskript der westpr. Kammerdeputation an den Ältesten Aaron Levin betr. Beibehaltung der von David Salamon umsonst zur Verfügung gestellten Betstube und betr. die vom Magistrat verschuldete Irregularität bei der Ältestenwahl.

1808. 1809: Zwei Schreiben betr. die Steuern der Juden zu *Schubin* (polnisch).

2. Regulierung des Gemeindewesens 1825—1828. 1832.

Verbot der Baraschschen Betstube (vgl. D 2a). — Vorsteherwahl (1827). — Schuldenregulierung vom Ankauf des Greiterschen Grundstücks (vgl. B. 1). — Ankauf zur Erweiterung des Grundstücks (1827).

Darin auch: Erlaubnis, das *beth-hamidrasch* als Neben-synagoge zu benutzen, 1829.

¹⁾ Als staatliche Judensteuer eingeführt am 1. Juni 1809 an Stelle der bis dahin — bis 1775 in runder Summe, von da an pro Kopf — gezahlten Kopfsteuer. Sie wurde am 4. Juni 1815 von der preuß. Regierung abgeschafft.

3. Regulierung des Judenwesens und Organisation der Gemeindeverwaltung 1831—1853.

- 1834 Mai 23: Zulassung Nichtnaturalisierter zu den Verwaltungsämtern¹⁾.
- 1837 Juni 26: Beschränkung der Übersiedelung von Juden aus der Prov. Posen nach den alten Provinzen²⁾.
- 1838: Nachweis der im Reg.-Dep. Bromberg gegebenen Naturalisationspatente³⁾.
- 1843 Juni 18: Bericht über die Gemeindeverhältnisse.
- 1847: betr. die durch das Gesetz vom 23. Juli 1847 notwendig gewordenen Veränderungen.
- 1848 Nov. 18: Rundschreiben des Oberpräsidenten gegen die Besorgnis, daß durch das neue Ministerium (vom 8. XI. 1848) die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte der Juden verkümmert werden könnte.
- 1849 Aug. 9: Verfügungen der Regierung, die Ausführung des Gesetzes vom 23. Juli 1847 betr.
- 1851 März 8: Gewährung administrativer Hilfe zur Beibehaltung der Kultusbeiträge betr.⁴⁾

¹⁾ Vgl. v. Rönne u. Simon, Die früheren und gegenw. Verhältnisse der Juden des Preuß. Staates, Breslau 1843 S. 317.

²⁾ Vgl. Rönne u. Simon S. 401 f.; v. Bergmann, Zur Geschichte der Entwicklung, deutscher, polnischer und jüdischer Bevölkerung in der Provinz Posen seit 1824, Tübingen 1883 S. 50.

³⁾ Vgl. Anlage II S. 26 f.

⁴⁾ Das Gesetz vom 23. Juli 1847, Tit. II Abschn. I § 58 ordnete die Einziehung im Verwaltungswege an (für die vorausgehende Zeit s. Rönne u. Simon S. 81 f.); das Ministerial-Reskript vom 5. Juni 1849 (Min.-Blatt S. 129; vgl. Zander, Handbuch, enthaltend die sämtlichen Bestimmungen über die Verhältnisse der Juden im Preuß. Staate, Leipzig 1881, S. 8 f.) verbot dagegen auf Grund der Verfassungsurkunde vom 5. Dez. 1848 diese Einziehung. Nun verweigerten viele die Zahlung, während kontraktliche Verpflichtungen bestanden, welche die Bestimmungen des Gesetzes von 1847 zur Voraussetzung hatten. Der Gemeindevorstand von Bromberg legte diese Frage am 10. Jan. 1850 dem Kultusminister vor, welcher in der Entscheidung von dem durch die Verfassungsurkunde gebotenen Wegfall der Einmischung der Regierung in die inneren Religionsangelegenheiten der jüd. Gemeinden, wozu die Etatsprüfung gehöre, ausging. Trotz dieses Wegfalls haben nach einer Mitteilung der Regierung zu Bromberg an das Landratsamt vom 8. März 1851 die Ministerien der geistlichen Angelegenheiten und des Innern nun „die Frage, ob gegen die Mitglieder der Synagogengemeinden die administrative Exekution auch in Ansehung ihrer Beiträge zu den Kultusbedürfnissen stattfinden dürfe, in nochmalige nähere Erwägung gezogen und dieselbe unter gewissen Bedingungen bejahend beantwortet.

- 1853: Zwang zum Beitritt zur Synagogen-Gemeinde bei Zugehörigkeit zur Religionsgemeinschaft betr.
4. Personenstandsregister der Juden in Stadt und Kreis Bromberg 1835—1843.
 5. Niederlassung und Duldung auswärtiger Juden in der Stadt und dem Korporationsverbände 1834—1850. 1859.
 6. Aufnahme auswärtiger in den Korporationsverband 1865—1873.
1865: Bestimmung, daß Gr. Sittno zum Korporationsbezirk Bromberg gehören solle.
 7. Verfügungen über Ablösung ausscheidender Gemeindemitglieder von den Kultusbeiträgen 1837—1868.
1850 Nov. 5: Wegfall von Ablösung und Entschädigung bei Religionswechsel.
1858 Aug. 13: Ausdehnung der Ablösungspflicht auf Ausscheidende, die wegen ihrer Jugend noch nicht Beiträge entrichteten.
1866. 1867: Ministerialreskripte über den für Berechnung der Ablösungssumme geltenden Zeitpunkt bei unterlassener Abmeldung.
 8. Abzug und Entrichtung von Abzugsgeldern 1834—1858.
1841: Nachweis der Aktiva und Passiva der Gemeinde.
 9. Abzugsgelder und Abzugsatteste 1860—1877.
1862. 1867. 1877: Austritt aus der Religionsgemeinschaft.
 10. Statuten nebst Verhandlungen, Zusätzen, Änderungen 1830. 1867—1874.

Es ist nemlich anerkannt worden, daß das Aufhören der Controlle des Staates über die innern Cultuseinrichtungen der Juden und die Versagung der ihnen bisher geleisteten administrativen Hülfe zur Aufrechterhaltung dieser Einrichtungen zwei verschiedene, in keinemnothwendigen innern Zusammenhange stehende Dinge seien: Die Controlle sei ein dem Staate zustehendes Recht gewesen, welches derselbe im Interesse der Religionsfreiheit einseitig habe aufgeben können; letztere dagegen, nemlich die administrative Hülfe, sei ein in den Gesetzen begründetes Vorrecht, welches der Staat den betreffenden Religionsgesellschaften eingeräumt habe, und welches die Staatsbehörde, solange nicht ein ausdrückliches Gesetz dasselbe zurückzieht, diesen Gesellschaften nicht einseitig versagen könne“. Voraussetzung der Gewährung der administrativen Hilfe ist aber in jedem einzelnen Falle die Prüfung der Repartitionsliste und des Etats.

Es liegt hier ein für die heutigen Verhältnisse nicht mehr in Betracht kommendes, für die geschichtliche Stellung des Staates zu den jüdischen Gemeinden aber wertvolles Selbstzeugnis vor.

- 1830: Statutenentwurf¹⁾.
1867: Tempelordnung.
1869: Verzeichnis der im Distrikt Bromberg wohnenden
Juden.
11. Wahl der Vorsteher und Repräsentanten 1827. 1830. 1834 bis
1859.
1833. 1856. Listen der stimmberechtigten Mitglieder.
1859 Jan. 4: Einführung des Dreiklassenwahlsystems für
die Wahl der Repräsentanten betr.
12. Wahl der Repräsentanten 1864—1880.
1879: Listen der Gemeindemitglieder und der Stimmberechtigten.
13. Personalia der Vorsteher und Repräsentanten 1859—1884.
14. Beschwerden über Wahlen und Amtshandlungen des Repräsentanten 1865—1877.
15. Wahl der Mitglieder der Steuerbeschwerde-Kommission 1865 bis 1885.
16. Vorladungen zu den Vorstandssitzungen 1861—1871. 1874—1884.
17. Beschlüsse der Vorsteher 1850—1855. 1857—1861.
Darin einzelne Stücke von 1861. 1865. 1869. 1875. 1876. 1883.
18. Teilnahme des Vorstands an den Repräsentantensitzungen 1864 bis 1867.
Dazu 1875: Öffentlichkeit der Repräsentantensitzungen betr.
19. Beschlüsse der Repräsentanten 1835 (1830)—1856. 1860—1884.
1836: Rekrutensteuer betr.
1837: Kommunalbeiträge; Nachweis der Aktiva und Passiva; Etat für 1838.
1840: Kommunalbeiträge und Rekrutensteuer für 1841—1843.
20. Mitteilungen des Vorstands an die Repräsentanten 1862. 1863. 1882.
21. Tagesordnungen für die Sitzungen der Repräsentanten 1882 bis 1888.
22. Anstellung eines Gemeindesekretärs 1880.
23. Verschiedene Verwaltungssachen.
Auseinandersetzung zwischen Vorstand und Repräsentanten. —
Anstellung von Gemeindesekretären. — Verkehr mit Magistrat und Regierung.

¹⁾ Vgl. Herzberg a. a. O. S. 35 — Statuten von 1836 in D 3 c.

- 1845: Statuten des Vereins der krankenbesuchenden und leichenbestattenden Gesellschaft.
- 1847: Beschwerde der Verwaltungsbeamten gegen den Bürgermeister wegen Eingriffe in amtliche Rechte.
- 1852: Ministerialreskript über die Zulässigkeit der Gebührenzahlung für die Assistenz bei Abnahme von Juden-eiden.
- 1853: Gebührentarif für heilige Handlungen.
- 1859: Jährliche Wahl des Vorstandsvorsitzenden betr.
24. Beschwerden und Gesuche 1834—1884¹⁾.
25. Vormundsbestellungen 1834—1847.
 Angeheftet 1854—1858: Todesscheine.
26. Klage gegen die Redaktion des Bromberger Tageblatts, Religionsbeschimpfung betr. 1882.
27. Miscellanea 1860—1884.
 1873: Rundfrage des Berliner Gemeindevorstands, die Reorganisation des jüdischen Gemeindegewesens betr.
- 1882: Zuweisung der Ortschaft P r i n z e n t h a l zum Synagogenbezirk Bromberg.
- 1883: Statut des Wohltätigkeits-Vereins (Druck; begründet 1877).

B. Grundstücke und Bauten.

1. Kauf und Verwaltung des Synagogengrundstücks und der anliegenden Gemeindegebäude 1815—1899²⁾.
2. Alte Synagoge.

¹⁾ In Faszikel 2 die von Herzberg a. a. O. S. 64 f. geschilderten Vorgänge.

²⁾ Darin die alte Betstube. 1815 wird der Konsens zur Einrichtung der Betstube und zum Kauf des Hauses erteilt. Der notarielle Kaufvertrag vom 3. Sept. 1817 ist nicht vorhanden. Von 1821 datiert ein gerichtliches Urteil über die Regulierung der Kaufschulden. Der Konsens zum Kauf ist erst am 25. Jan. 1820 erteilt worden. Erst am 30. Nov. 1824 wurde aber die Legitimationsvollmacht seitens der Gemeindeglieder für die Vertreter, die den Kauf abgeschlossen hatten, ausgestellt, so daß erst am 17. Jan. 1825 der Besitztitel für die Synagoge berichtigt werden konnte. Diese Daten sind enthalten in einem am 16. Febr. 1829 ausgestellten hypothekarischen Rekognitionsschein. Vgl. Herzberg a. a. O. S. 23 und 30. Da die Hypothekenschuld zum Teil auf den Begräbnisplatz eingetragen war, befindet sich in diesem Faszikel auch der Rekognitionsschein für den Begräbnisplatz.

- a) Bau und Kostenregulierung 1830. 1834—1839.
 - b) Einweihung 1834¹⁾.
 - c) Beleuchtung und kleine Anschaffungen 1841—1861.
 - d) Prozeßsache des Bau-Inspektors Kienitz gegen die Gemeinde, Remuneration für Beaufsichtigung des Tempelbaues betr. 1836—1839.
 - e) Prozeßsache des Bildhauers Goldbaum gegen die Gemeinde, Remuneration für Bauarbeiten betr. 1838.
 - f) Verkauf der Synagogensitze 1834—1866.
 - g) Verpachtung der Synagogensitze 1834—1883.
Darin auch: Sitze im Neben- und Interimbethaus betr.
 - h) Prozeßsache Friedländer gegen die Gemeinde, die Herausgabe von Tempelsitzen betr. 1841—1844.
 - i) Prozeßsache E. Moses gegen die Gemeinde, dass. betr. 1851/2²⁾.
3. Bebauung und Instandhaltung der Gemeindeg Häuser 1835—1858.
 4. Beaufsichtigung und Instandhaltung der Gemeindeg Häuser 1834 bis 1889.
 5. Gebäude- und Mobiliar-Versicherung 1836—1894.
 6. Aa. der Baukommission, Reparaturbauten betr. 1860—1893.
 7. Prozeßsache Michaelis gegen die Gemeinde, Bezahlung für Reparaturbauten betr. 1868—1871.
 8. Prozeßsache Stüber gegen die Gemeinde, dass. betr. 1870.
 9. Anlage eines Brunnens auf dem Gemeindegrundstück Mauerstraße 5. 1879.
 10. Vermietung von Gemeindegebäuden und Miete von Lokalen zu Gemeindezwecken 1867—1878.
 11. Prozeßsache Witt gegen die Gemeinde, Mietsentschädigung betr. 1846—1852.
 12. Prozeßsache Gemeinde gegen Fränkel, Mietszahlung betr. 1853.
 13. Prozeßsache Gemeinde gegen Julius, Löschung einer auf dem 1869 angekauften Grundstück Mauerstraße 7 stehenden Hypothek betr. 1881.
 14. Neue Synagoge.
 - a) Ankauf eines Bauplatzes und Regulierung des Hypothekenwesens 1864—1881.

¹⁾ Darin Gesänge zur Einweihung von S. Pleßner, Berlin 1834 (Druckschrift) und Kompositionen (handschr.) von Lyon.

²⁾ Hauptteil dieser Materien in Prozeß Badt (F).

- b) Bau betr., Vorakten und Aa. der Baukommission 1860 bis 1884.
 - c) Grundsteinlegung 1882.
Darin: Chronik der Gemeinde.
 - d) Bauakten 1882—1888.
 - e) Schmiedearbeiten betr. 1882/3.
 - f) Einweihung 1884.
 - g) Liquidation der Laubaner Tonwarenfabrik für Lieferungen zum Synagogenbau 1884/5.
 - h) Verpachtung der Synagogensitze 1885—1895.
15. Fleischscharren.
- a) Bau und Kontrolle über den Fleisch-Verkauf 1860—1875.
 - b) Rechnungslegung über Ausgaben für den Neubau des Scharrens und Reparaturen des Gemeindehauses 1860.
 - c) Vermietung des Scharrens 1879.
16. Alter Friedhof (Adlershorst).
- a) Ankauf, Bauten und Verwaltung 1816—1871¹⁾.
1817/18: Beerdigung von Gemeindeangehörigen in F o r d o n betr.
1836: Ablehnung der Befreiung des Synagogen- und Friedhofsgrundstücks von Staats- und Kommunalabgaben.
 - b) Friedhofshaus und Ackerland, Bauten und Vermietungen 1832—1896.
1850: Anschlag zur Erbauung eines Badehauses auf dem Synagogengrundstück.
 - c) Ankauf zur Erweiterung des Friedhofsgrundstücks und Verwaltung 1867—1896.
 - d) Verkauf von Parzellen des hinzugekauften Bodens 1875 bis 1888.
1875: Dessen Benutzung als Turnplatz durch die Schule in Adlershorst.

¹⁾ Darin Abschrift einer Verfügung der Regierung vom 21. Dez. 1823 auf eine Beschwerde der Grundherrschaft und der christlichen Bürger zu S c h u b i n „die einigen jüd. Einwohnern erteilten Konzessionen zur Gastwirtschaft und zum Schankgewerbe aufzuheben“: dem grundherrschaftlichen Stadtprivileg vom 22. Mai 1780 stehe die Allerhöchste Deklaration über Aufhebung der privilegia de Judaeis non tolerandis entgegen (vgl. M. L a u b e r t a. a. O. und H e r z b e r g a. a. O. S. 11); wenn den erteilten Konzessionen Privatgerechtsame im Wege stehen, sollten die Beschwerdeführer deshalb den gerichtlichen Weg beschreiten.

2. **Etats, mit vereinzelt Repartitionslisten 1836—1886.**
1866 Apr. 21 (in Fasz. 1862—85): Verfügung der Regierung über den Religionsunterricht und die jüdische Privatschule; über die Armenunterstützung durch die Gemeinde und die Einführung einer progressiven Besteuerung.
3. **Gemeinde-Steuern.**
 - a) Veranlagung und Einziehung 1826. 1866—1898.
 - b) Steuer-Reklamationen 1860—1888.
 - c) Einziehung der Steuerrückstände 1836—1864.
Darin auch: Einziehung von Spenden und Gelübdegeldern betr.
4. **Schlachtsteuer (Krupka) 1827—1850. 1888²⁾.**
in Fasz. 2 auch Schlachtstunden und Schlachtwesen im allgemeinen.
5. **Gebühren für Anmeldung von Geburten, Beschneidungen, Trauungen, Beerdigungen 1838—1854.**
6. **Kassen- und Rechnungswesen.**
 - a) Dienst- und Personalverhältnisse der Kassen-Rendanten 1864—1889.
 - b) Verwaltung der Gemeindekasse im allg. 1837—1874.
 - c) Bestimmungen über die jährliche Rechnungslegung 1837 bis 1866.
1853: Übersicht über den Rechnungszustand der Gemeindekasse im Jahre 1852. Dass. für 1854 und 1858.
 - d) Regulierung des älteren Kassen- und Rechnungswesens (bis 1838) und Rechnungslegung (bis 1840). 1834 (1822) bis 1841.
 - e) Jährliche Rechnungslegung 1841—1863.
 - f) Revisionen der Gemeindekasse 1839—1861.
 - g) Kassenabschlüsse und Decharchierung der Jahresrechnung 1864—1885.
 - h) Erhebungsanweisungen 1870.
7. **Regulierung des Schuldenwesens 1825. 1835—1851.**

²⁾ Wird verpachtet; ursprünglicher Zweck: Tilgung der Restschuld für das Synagogengrundstück; späterer (seit 1832): Schaffung eines Fonds für den Synagogenbau. — 1882 wird eine Gebührenerhöhung für die Schlachtzettel nur genehmigt für die Zeit des Neubaus der Synagoge.

8. Kleine Forderungen an die Gemeinde 1840—1865.
9. Verwaltung und Verwendung der in der Sparkasse niedergelegten Gelder 1865—1874.
10. Kleine laufende Ausgaben 1860—1884.

D. Kultus- und Schulwesen.

1. Dienst- und Personalverhältnisse:
 - a) der Rabbiner 1837—1891.
1837—1852: Unterhandlungen betr. Anstellung eines Rabbiners¹⁾.
1838: Verfügung der Regierung betr. Qualifikation der Rabbiner und ihre Wahl durch alle Gemeindeglieder.
 - b) des zweiten Rabbiners und Religionslehrers 1880—1885.
 - c) der Lehrer 1880—1889.
 - d) der Kantoren und Schlächter 1834—1881.
 - e) der Tempeldiener 1834—1886.
 - f) der Friedhofswächter 1880—1884.
2. Kultus.
 - a) Synagogen- und Gebetsordnung 1827—1883.
1827 betr. Beibehaltung der Barasch'schen Betstube und Ordnung verschiedener Punkte des Gemeindegewesens.
 - b) Aufgebote und Trauungen in der Synagoge 1834—1883.
 - c) Konfirmation 1874—1884.
 - d) Anschaffung der Palmzweige und Paradiesäpfel 1836 (1831) bis 1838.
3. Schlachtwesen.
 - a) Fürsorge für das Koscher-Fleisch 1846—1879.
 - b) Schlachtkontrolle 1880. 1884.
 - c) Beschwerden der Fleischer über die Schlächter 1864—1885.
In Fasz. 1: Gemeindestatut von 1836.
4. Koscher-Wein 1840—1847.
5. Beerdigungssachen.
 - a) Beerdigungssachen, varia 1845—1872.
 - b) Todes- und Beerdigungsatteste 1879—1894.

¹⁾ Erst 1852 erfolgte die Anstellung des ersten Rabbiners. Noch 1851 Proteste gegen die Anstellung wegen zu hoher Schulden der Gemeinde.

- c) Grabstellen, Inschriften usw. 1865—1885.
 - d) Instandsetzung der Gräber 1880—1883.
 - e) Leichenwagen, Särge usw. 1864—1883.
In Fasz. 1: Darlehen an den Tischler Fränkel betr.
1864—1868.
 - f) Gerichtlich beanspruchte Forderungen aus Nachlässen zur
Deckung der Beerdigungskosten 1859/60.
6. Schulwesen.
- a) Elementar- und Religionsunterricht; Privatschulen. 1834
bis 1856.
1855: Religionsunterricht in der Realschule betr.
 - b) Beaufsichtigung der Berufsausbildung der aus der Schule
entlassenen Knaben 1838—1849.
 - c) Begründung und Verwaltung der Religionsschule; Reli-
gionsunterricht an anderen Schulen; Personalia 1857—1889.
1857 (in Fasz. 2): Abschlägiger Bescheid der Regierung
auf das Gesuch vom 3. Juli 1857, die Errichtung
einer jüdischen Elementarschule betr.
1865: Eingabe um Konzession zur Errichtung einer kon-
fessionellen Vorbereitungsschule bis Quinta.
1874: Aufnahme des Religionsunterrichts in den Lehr-
plan des Gymnasiums und Bezahlung aus den
Mitteln des Gymnasiums.
1880: Einrichtung der Religionsschule für Mädchen.
 - d) Schullokal; Utensilien usw. 1864—1884.

E. Wohlfahrtspflege.

1. Einzelunterstützungen 1834—1897.
2. Verteilung von Mazzoth 1838—1894.
3. Speisung der Soldaten und der Gefangenen an den Osterfeier-
tagen 1865—1883.
4. Verteilung von Holz und Kohlen 1867—1893.
5. Krankenfürsorge 1835—1875.
6. Stiftungsfonds zur Begründung eines Krankenhauses für jüdische
Arme 1854¹⁾.
7. Verpflegung der Mosesschen Waisenkinder 1834—1845.
8. Waisenanstalt für jüdische Kinder in Posen 1838.

¹⁾ Die Grundstiftung von San.-Rat Dr. Borchard wurde wegen mangel-
hafter Unterstützung zu anderweitiger wohltätiger Verwendung zurückgezogen.

22. Okt. 1835 positiv zum Ausdruck in den Worten: „In den Landesteilen dagegen, wo sie (die Juden) bloß geduldet sind, sind sie auch zum Stadtbürgerrecht, welches das Staatsbürgerrecht voraussetzt, so wenig fähig, wie nach der Verordnung vom 1. Juni 1833 § 25 b die nicht naturalisirten Juden des Großherzogthums Posen“ (Ann. XIX S. 1031. R ö n n e u. S i m o n S. 360).

Das Reskript vom 27. Febr. 1809 und das vom 22. Okt. 1835 enthalten also entgegengesetzte Rechtsauffassungen. Verfolgt man diesen Gegensatz, so stößt man auf die Tatsache, daß hier nicht ein Unterschied in der Auffassung zweier verschiedener Behörden vorliegt, sondern daß der Unterschied durch die verschiedene Auffassung der Stellung des Staats zu den Juden vor und nach den Befreiungskriegen bedingt ist.

Das die Frage in einem für die Juden ungünstigen Sinne entscheidende M. R. von 1835 hat nämlich sein Seitenstück in einem Zeugnis aus dem J. 1831 (Dep. Bromberg A 3). Isidor Davidsohn hatte sich um das städtische Bürgerrecht beworben. Die Königliche Regierung hatte die Angelegenheit am 4. April 1831 an das Ministerium weitergereicht und dieses am 3. Mai ablehnend entschieden. Die Vorsteher der israelitischen Gemeinde in Bromberg wandten sich nun am 15. Juli direkt an das Ministerium, das ihnen am 21. Juli mit dem ablehnenden Bescheid vom 3. Mai antwortete:

„Das unterzeichnete Ministerium erwiedert der Königl. Regierung auf den Bericht vom 4^{ten} v. M.:

die Protestation des Magistrats zu Bromberg wider die Ertheilung des städtischen Bürgerrechts an dortige Juden betreffend, daß durch die Einführung der Städteordnung und bis zur Publikation des Edikts vom 11. März 1812 allerdings die Verhältnisse der Juden an sich nicht geändert worden sind, wie die abschriftlich angeschlossene Verfügung vom 19^{ten} Februar 1810 besagt, nach welcher die Erwerbung von Häusern außer dem Judenreviere von der Genehmigung des Staats, und selbst das Miethen von Wohnungen außerhalb dieses Reviers von der Konzession des Magistrats abhängig gemacht worden ist. Sind nun im Großherzogthum Posen die Juden zur Gewinnung des Bürgerrechts überhaupt nicht fähig, so entspricht es dem § 19 der Städteordnung, daß sie auch in Bromberg ungeachtet der Einführung dieses Gesetzes solches nicht gewinnen können, ohne daß jedoch der Magistrat berechtigt ist, sie deshalb vom Betriebe der Gewerbe, welche den

Juden gestattet sind, oder auch vom Grundbesitze, insofern dazu die erforderliche Staats-Conzeßion erteilt worden, auszuschließen.

Hiernach möge die Königl. Regierung das Weitere verfügen.

Berlin, den 3^{ten} May 1831.

Ministerium des Innern und der Polizey.

gez.: Koehler.

An
die Königliche Regierung
zu
Bromberg.“

Trotz der von Koch erwiesenen rechtlichen Unmöglichkeit, das städtische Bürgerrecht ohne das staatliche zu erteilen, muß man an der Tatsache festhalten, daß die Erstreckung des städtischen Bürgerrechts auf die Juden, wenn nicht schon 1808 in der Absicht des Gesetzgebers,¹⁾ so doch in der unmittelbaren Folgezeit (Reskript vom 27. Febr. 1809) in der Absicht des Ministeriums lag.²⁾ Die Frage ist also für die alten Provinzen bis zum 11. März 1812 anders behandelt worden, als in der Folge für die außerhalb des Gesetzes von 1812 stehenden Territorien.

II.

Naturalisationspatente im Reg.-Bez. Bromberg bis April 1838.

Das Edikt betreffend die bürgerlichen Verhältnisse der Juden vom 11. März 1812, welcher den preußischen Juden die Staatsbürgerrechte verlieh, erstreckte sich bekanntlich nur auf die alten Provinzen. Zur

¹⁾ E. v. Meyer, Französische Einflüsse auf die Staats- und Rechtsentwicklung Preußens im 19. Jahrh. II Leipz. 1908 S. 468: „Nur durch ein Versehen bei der flüchtigen Ausarbeitung der Städteordnung ist den Juden das aktive und passive Wahlrecht zu Teil geworden, weil sie nicht ausdrücklich ausgeschlossen waren.“

²⁾ In Berlin wurde D. Friedländer Stadtrat (L. Geiger, Gesch. der Juden in Berlin II S. 183); vgl. die Grunersche Instruktion vom 8. März 1809 bei Clauswitz, Die Städteordnung v. 1808 und die Stadt Berlin, 1908 S. 103; ebenso in Königsberg ein jüdischer Kaufmann (das citierte Reskript vom 14. März 1809: „ daß bereits bei der Königsberger Magistratur, auf die Wahl der Stadtverordneten, ein jüdischer Kaufmann als unbesoldeter Stadtrath aufgestellt worden“). In Breslau fehlte es nicht an Gegenbestrebungen (Mitteilungen aus dem Stadtarchiv u. der Stadtbibl. zu Breslau X 1909: Die Stein'sche Städteordnung in Breslau I S. 101. 179 II S. 149. 224. 238).

Zeit seines Erlasses waren die Gebietsteile der späteren Provinz Posen Bestandteile des Herzogtums Warschau und die Juden dieser Gebiete blieben nach dem Rückfall derselben an Preußen (1815) in staatsrechtlicher Beziehung in den Verhältnissen, in welchen sie zuletzt unter der Warschauer Herrschaft gestanden hatten¹⁾, d. h. die Gleichberechtigung welche in der Konstitution des Herzogtums (1807) gewährt, aber im Jahre 1808 für 10 Jahre suspendiert worden war, blieb über diese Frist hinaus „bis zu weiterer gesetzlicher Bestimmung“²⁾ wirkungslos. Erst die Neuordnung des gesamten Judenwesens in der Provinz Posen durch die Verordnung vom 1. Juni 1833 beendete diesen Zustand, ging aber nicht über die interimistische Suspension hinweg auf die Grundlage der Rechtsgleichheit zurück, die auch der politischen Rechtsstellung der Juden in den alten Provinzen entsprochen hätte, sondern nahm den in der Provinz Posen damals natürlicherweise noch vorhandenen kulturellen und sozialen Tiefstand eines großen Teils der Juden zur Grundlage einer Unterscheidung zwischen Naturalisationsfähigen und solchen, die zunächst noch als Geduldete gelten sollten.

Die allgemeinen Bedingungen der Naturalisation waren: Unbescholtenheit, Führung eines festen Familiennamens und Anwendung des Deutschen als Geschäftssprache; die speziellen: beständiger Wohnsitz in der Provinz seit 1815 und gesicherter Unterhalt, sei es durch Betrieb eines wissenschaftlichen oder künstlerischen Erwerbszweiges, der Landwirtschaft, eines namhaften stehenden städtischen Gewerbes, sei es durch Besitz eines städtischen Grundstücks von 2000 Rtl. Wert oder eines Kapitalvermögens von mindestens 5000 Rtl. Diese materielle Garantie konnte durch die moralische eines besonderen Verdienstes durch eine patriotische Handlung ersetzt werden.

In dem Aktenstück Dep. Bromberg A 3 ist eine Liste der innerhalb der einzelnen Gemeinden des Regierungsbezirks bis April 1838³⁾ erteilten Naturalisationspatente erhalten, welche nach dem über die Bedingungen der Naturalisation Bemerkten zugleich den Rahmen einer Statistik der Kultur- und Wirtschaftsverhältnisse der Juden des Regierungsbezirks Bromberg um das Jahr 1838 darstellt. Ich veröffentliche sie deshalb.

¹⁾ In privatrechtlicher Beziehung galt dagegen die Wiedereinführung des Allg. Landrechts und der Allg. Gerichtsordnung auch für die Juden. Vgl. C. O. vom 8. Aug. 1830 (Ges.-Samml. 1830 S. 116; Rönne u. Simon S. 39).

²⁾ C.-O. vom 8. Aug. 1830.

³⁾ Das Aktenblatt trägt kein Datum, liegt aber in dem chronologisch geordneten Faszikel zwischen zwei Blättern vom 31. März und 15. April 1838.

Kreis Bromberg	131	Budzyn	13
Bromberg	60	Schneidemühl	31
Fordon	54	Kreis Czarnikow	236
Koronowo	12	Czarnikow	75
Schulitz	5	Filene	137
Kreis Wirsitz	132	Lebasz	12
Wirsitz	10	Gemlin	3
Wissek	5	Schönlanke	49
Nakel	60	Kreis Gnesen	141
Miasteczko	4	Gnesen	86
Mroczen	6	Czerniejewo	15
Lobsens	47	Klecko	5
Kreis Schubin	107	Powidz	5
Schubin	29	Mielzyn	1
Znin	13	Witkowo	25
Barcin	8	Kiskowo	4
Exin	28	Kreis Mogilno	65
Gonsawa	1	Mogilno	10
Labischin	28	Pakosc	8
Kreis Inowraclaw	138	Trzemeszno	19
Inowraclaw	99	Gembec	12
Strelno	19	Rogowo	16
Kraschwitz	7	Kreis Wongrowitz	78
Gniefkowo	13	Wongrowitz	29
Kreis Chodziesen	163	Janowiec	5
Chodziesen	66	Miesisko	6
Samocin	27	Gollancz	24
Uscz	7	Schokken	14
Margonin	19		<hr/> 1191

Ich kann dieser Liste im Augenblick nicht die Zahl der damals selbständigen Juden im Reg.-Bez. Bromberg gegenüberstellen. Die Seelenzahl betrug im Jahre 1838: 22491¹⁾. Das ungefähre Verhältnis muß sich also derart gestellt haben, daß etwa der dritte bis vierte Teil der selbständigen Juden naturalisationsfähig war.

¹⁾ v. Bergmann, Zur Geschichte der Entwicklung deutscher, polnischer und jüdischer Bevölkerung in der Provinz Posen, Tübingen 1883 S. 247.

Akteninventar der Synagogen-Gemeinde Krotoschin.

In dem Schuldenverzeichnis aus dem Jahre 1839 (C 2e) wird unter den Schulden, deren älteste sonst bis zum Jahre 1641 zurückgeht, eine am 26. Jan. 1423 übernommene genannt. Diese Zahl erweckt zunächst Zweifel, muß aber als gesichert gelten, weil an einer anderen Stelle desselben Faszikels bezeugt ist, daß die Schuld bereits im Jahre 1540 anerkannt wurde. In die Zeit vor 1650 führen noch das Privileg von 1638 und der Nachtrag von 1648 (A 5 und 6) zurück. Ein zweiter Nachtrag ist von 1673 (ib.). Das Privileg von 1728 s. bei Berger S. 362 f. — Im Jahre 1675 beginnt das Totenbuch, wichtig auch für die Geschichte vieler Gemeinden der Provinzen Posen und Schlesien, welche den Friedhof in Krotoschin benutzten.

Mit Ausnahme des Totenbuchs sind alle älteren Akten, soweit sie nicht bereits bei dem Brande von 1774 zugrunde gegangen waren (Totenbuch S. 52), im Jahre 1827 mit den Gemeindegebäuden verbrannt. Auch von den seit diesem Jahre erhaltenen Akten zeigen viele Stücke Brandspuren.

Die alte Gemeinde verfiel durch die Vernichtung der Synagoge im Jahre 1827 einer weitgehenden Zersplitterung. Die Reorganisation nach der Verordnung vom 1. Juni 1833 wehrte dieser weniger als der Zwang der gemeinsamen Schuldenabtragung (C 2), und der Neubau der Synagoge (1844—1846).

Zu der Gemeinde gehörten bis 1834 auch die Juden in den Dörfern Orpizewo, Jankow, Lutogniewo, Kuklinow und Rzemiechow. Bei der Reorganisation des Judenwesens schlossen sie sich, mit Ausnahme von Lutogniewo, näherliegenden Gemeinden an. Die Regierung billigte dies im Jahre 1841 entgegen einer Beschwerde der Juden in Krotoschin (A 1). Im Jahre 1853 wurden die Dörfer Orpizewo, Rozdracewo und Jankow, 1856 Chwaloichewo zur Gemeinde geschlagen. —

Statistische Notizen finden sich in den geschichtlichen Bearbeitungen.

Literatur: H. Wuttke, Städtebuch des Landes Posen, Leipzig 1864, S. 347f. A. Eggeling, Mitteilung betr. die Geschichte der Stadt Krotoschin, Programmbeilage des Gymnasiums 1886, S. 16. H. Berger, Zur Geschichte der Juden in Krotoschin, Monatsschrift f. Geschichte und Wissenschaft des Judentums 1907 S. 359f. — Heppner und Herzberg. Aus Vergangenheit und Gegenwart der Juden und der jüdischen Gemeinden in den Posener Landen 1909 S. 561f.

A. Organisation und allgemeine Verwaltung.

1. Organisation der Gemeinde und Rechtsstellung der Juden 1835 bis 1869.

1840: Zuweisung der Dorfjüdenschaften zu der Synagogengemeinde betr.

1842. 1843: Rundfragen und Antworten, Gemeindeverhältnisse und Reform betr.

1845: Petition an den Provinziallandtag, die staatsbürgerliche und bürgerliche Gleichstellung betr.¹⁾.

1847—1868: Jährliche Übersichten über die Gemeindeverhältnisse.

1851—1868: Jährliche Nachweise der Abziehenden²⁾.

1853: Fortsetzung der 1848 abgebrochenen Regulierung des Synagogen-Bezirks und des Gemeindegewesens.

2. Aufnahme von Ausländern in den Gemeindeverband 1835—1874³⁾.

3. Gemeindeverwaltung im allgemeinen 1834—1868.

1836—1843: Wiederherstellung des Erub betr.

1839: Unterstützung des Vereins schomer laboker durch die Gemeinde betr.; darin Abschrift eines hebr. Protokolls aus dem Vereinsbuche von 1817, dass. betr.

1845. 1847: Synagogenordnung.

1845: Gutachten S. Eigers-Posen, das Gebet schir hajichud betr.

1850. 1851: Einigungsverhandlungen mit der von der Synagogen-Gemeinde losgelösten Brüdergemeinde.

1851. 1852: Unterhaltung des beth-hamidrasch.

1852: Bildung besonderer Kultusgesellschaften betr.

1859: Ablösung von den Gemeindeverpflichtungen (Schuldenwesen) und Austritt aus der Gemeinde.

1863 — 1868: Rechenschaftsberichte der Thalmud-Thora-Schule.

¹⁾ Ausführliche Schilderung der Zustände. Die Petition wurde angeregt durch den Vorstand der jüdischen Gemeinde in Schwerin.

²⁾ 1851 für die Jahre 1847—1851.

³⁾ Bis zum Jahre 1835 wurden von Ausländern, welche durch Heirat zuzogen, für die Gemeinde 3½%, für den Krankenpflege- und den Thalmud-Thora-Verein je ¼% der Mitgift erhoben.

4. Verwaltung der Vereins- und Privatbetstuben 1834—1850.
5. Zahlung der rückständigen Domanialabgaben für 1830—1833.
 - a) Klage gegen den Gemeindevorstand, Zahlung für Synagoge, Badehaus und Schule betr., 1839—1844.
 - b) Klage gegen die Judenschaft, 1848—1852.
6. Ablösung der persönlichen Domanialabgaben 1838—1867.
 - a) Aa des Vorstandes, 2 Fasc., darin auch: Die Privilegien von 1638. 1648. 1673 in hebr. Übersetzung; ältere Schrift. — Repartitionsliste der rückständigen Rente 1834—1839.
 - b) Aa. des Anwalts, darin auch: Die Entscheidungen von 1833. 1837. 1846 (vgl. Anlage S. 42f.).

B. Grundstücke und Bauten.

1. Unterhandlungen über die Vollendung des 1830 unterbrochenen Tempelbaues¹⁾ 1834—1842.

1836: über das in Lissa 1834 behufs Beschaffung der Kaufgelder für die Synagogen-Grundstücke erteilte Aktiengeschäft.
2. Bau des Tempels 1841—1846.

1843: Klage des Maurermeisters Saenger um Bezahlung eines 1829 gefertigten Bauplans.

1845: Rechnung über Einnahme und Ausgabe der Schuldentilgungskasse für 1844.

1845: Nachweis der freiwilligen, unverzinslichen Darlehen für den Synagogenbau.
3. Regulierung der Baukosten des Tempels, Reparaturbauten und Verwaltung 1845—1871.

Darin unter 1854: Abschluß der Tempelbaukasse für 1842. — Baukontrakt von 1842 —. Ausgabe-Anweisungen der Tempelbaukasse 1845.
4. Bau des Schulhauses und des Badehauses betr. 1845—1850²⁾.

Darin: Einrichtung des Schulwesens (1826) betr. 1849.

¹⁾ 1830 eingestellt wegen der Kosten, in deren Aufbringung die Schwierigkeiten der Unterhandlungen beruhen.

²⁾ Auf dem Platze des alten gemeinsamen Schul- und Badehauses wird ein Schul- und Gemeindegemeinschaftshaus, das Badehaus dagegen auf einem anderen Platze errichtet. Die Aa über den Neubau sind nicht in dem Faszikel.

5. Reparaturbauten an Gemeindehäusern 1873.
6. Hypothekenwesen der gemeinsam belasteten Synagogen-Schul- und Badehausgrundstücke¹⁾, 1838—1879.

Darin auch:

1851. 1854: Gebäudeversicherung.

1854: Abkommen betr. Nichtbebauung eines an das Synagogengrundstück grenzenden Hofraums.

1859: Ankauf eines der Witwe Cohn gehörigen Hauses.

7. Hypothekenwesen des Friedhofsgrundstücks 1840—1880²⁾.

Darin auch:

1845: Abschrift der Schenkungsurkunde eines von David Goldschmidt und Aron Hirsch am 16. Febr. 1824 der Gemeinde geschenkten, am Judengraben gelegenen Hauses.

1829: Regulierung des Hypothekenwesens der Synagoge³⁾.

1839: Hypothekarische Eintragung der Brandentschädigungssumme für das Hospitalwohnhaus (Nr. 138) und den Kuttelhof (Schlachthaus, Nr. 185)⁴⁾.

1839: Hypothekenschein für das Synagogengrundstück.

1875: Löschung einer für die Prov. Feuer-Sozietät auf den Tempel eingetragenen Summe.

¹⁾ Hypothekenbuch nr. 156. 158. 166. — Vgl. nr. 7. — Belastet 1838 mit je drei Tlr. Grundzins und mit $\frac{2}{3}$ der dem Provinzial-Schul-Kollegium zustehenden Summe: 263 Tlr. 18 Gr. 3 Pf. Kapital nebst Zinsen von 1820—1830, 131 Tlr. 24 Gr. 1 Pf. Zinsen von 1830 an und 9 Tlr. 28 Gr. vorgeschossene Mandatariengebühren, im ganzen also 405 Tlr. 10 Gr. 4 Pf. Die erste Hypothek wurde im Juli 1842 nach gerichtlicher Entscheidung gelöscht, da die Rentkammer am 16. Juli 1838 die unrechtmäßige Eintragung (nicht Grundzins, sondern persönliche Abgabe) zugegeben hatte. Der Vorstand verlangte 1842 auch die Löschung der zweiten Hypothek, da die Schuld an das Schulkollegium in dem Schuldentilgungsplan von 1839 sicher gestellt sei, wurde damit aber abgewiesen und erreichte die Löschung erst 1879 nach völliger Abtragung der Schuld.

²⁾ Der neue Teil dieses Grundstücks wurde 1822/1824 vom Magistrat für 90 Rtr. Erbstandsgeld und einem jährlichen Kanon von einem Rtlr. erworben. — Eingetragen: 1 Tlr. Kanon und 302 Tlr. 18 Gr. 26 Pf. für das Provinzial-Schulkollegium (vgl. vorige Anm.)

³⁾ Gelegen am „Schulplatz“.

⁴⁾ Beide 1827 abgebrannt. Nur diese beiden Häuser waren von allen Gemeindegebäuden versichert.

C. Finanzwesen.

1. Anerkenntnis eines 1827 verbrannten Staatsanleihe-Dokuments betr., 1827—1830¹⁾.
2. Schuldentilgung.
 - a) Repartition zur Tilgung einiger kleiner Schulden im Gesamtbetrage von 497 Tlr. 10 Gr. 1834.
 - b) Einleitung der Administration über die Einnahmen der Gemeinde behufs Befriedigung der dem geistlichen Retorsionsfond in Posen zustehenden Schuld²⁾. 1831. 1832.
Darin:
Listen der Gemeindemitglieder und der Gemeindeeinkünfte.
 - c) Verwaltung der Gemeindeeinkünfte; Beitritt anderer Gläubiger zum Exekutionsverfahren 1831—1833.
Darin:
Abschriften von Schuldurkunden aus den Jahren 1739. 1752. 1760. — Etat.
 - d) Streitverfahren über die Verwendung der Gemeindeeinkünfte 1832—1838³⁾.

¹⁾ 1808 lieh die Gemeinde der Regierung des Herzogtums Warschau 2500 Fl. = 416 Tlr. 20 Gr. Im Jahre 1823 wurde die Forderung bei der Hauptverwaltung der Staatsschulden angemeldet und von der Liquidationskommission 1823, dann aufs neue 1830 anerkannt.

²⁾ 15 000 Fl. = 2500 Tlr. nebst Zinsen seit 1818, Schuld für die Kirche zu Chocz, anerkannt durch gerichtliches Urteil von 1827 und 4800 Fl. = 800 Tlr. nebst Zinsen seit 1825 für die Kirche zu Wieruszow.

³⁾ Die Gemeinde wollte die zur Bezahlung der Gehälter verwandten Einnahmen der Krupka (Schlachtsteuer) und die zur Hospitalkasse fließenden Einnahmen von Begräbnisplätzen, Miete des Friedhofshauses und Synagogenplätzen von der Beschlagnahme ausgeschlossen wissen und nur die Einnahmen vom Badehaus und die Gebühren für Inkorporierung und für die Eintragung von Geburten freigeben. Durch gerichtliches Urteil vom 23. Febr. 1833 wurde die Bezahlung der Gehälter an erster Stelle auf die Administrationsmasse gelegt, durch Appellationserkenntnis vom 23. Nov. 1837 aber dieses Urteil aufgehoben und die Gemeinde mit ihrem Anspruch vollständig abgewiesen, mit der Begründung, daß jüd. Gemeindebeamte nicht, wie die Beamten von Korporationen, als unentbehrlich betrachtet und deshalb notwendigerweise aus dem Korporationsvermögen unterhalten werden müßten, da die jüd. Gemeinden als geduldete Religionsgesellschaften nach der Verordnung vom 1. Juni 1833 nur in bezug auf ihr Vermögen und die inneren Rechte, nicht in bezug auf dritte Personen, Korporationsrechte besitzen. Den jüdischen Beamten ständen nicht die Rechte kirchlicher Diener zu; sie müßten also durch Beiträge, welche nicht zu den Gemeindeeinkünften gehören, unterhalten werden, „und selbst wenn sie dazuthun vermöchten, daß ohne den Ruin

- e) Einberufung der Schuldentilgungskommission 1835—1838.
Darin:
Schuldenverzeichnis¹⁾. — Verzeichnis der Vermögensstücke der Gemeinde. — Nachweis der Einnahmen und baren Gefälle.
- f) Durchführung der Schuldentilgung 1839—1875²⁾.
- g) Varia, Administration des Gemeindevermögens und Schuldentilgung betr. 1834—1869.
1869: Abschaffung der Ablösungsgelder.
1869: Schuldenwesen der Gemeinde Ostrowo betr.
- h) Anerkenntnis und Tilgung der Forderung der Kirche zu Dobrzyca 1827—1828. 1839—1879.
- i) Streitverfahren, Anerkenntnis der Forderung der Kirche zu Walkow betr. 1837.
Darin:
Abschriften der Schulddokumente von 1714 und 1742.
- k) Tilgung der Forderung der Pfarrgeistlichkeit zu Krotoschin 1839—1855.
- l) Tilgung der Forderung der Kirche zu Skalmierzyca 1839—1863.
- m) Anerkenntnis und Tilgung der Forderung der Kirche zu Sulmierzyce 1840—1857³⁾.

ihrer Mitglieder mehr Beiträge nicht aufgebracht werden können, so würde ihr dies alles nichts nützen, sondern nur zur Folge haben, daß sie die Beamten entlassen müssen“.

¹⁾ Gläubiger waren neunzehn Kirchen und Klöster, eine Zunftgenossenschaft, ein Hospital, drei Private. Das Verzeichnis s. bei Heppner und Herzberg a. a. O. S. 561. Vgl. auch unten g—l.

²⁾ Die Schuldsomme betrug 19 004 Tlr., 19 Gr. 4 Pf. nebst 6401 Tlr. 8 Gr. 10 Pf. Zinsen bis zum Jahre 1874, bis zu welchem nach dem vom Vorstand aufgestellten, von der Regierung im wesentlichen unverändert angenommenen Schuldentilgungsplan die Schulden beglichen werden sollten. Bestritten wurde die Forderung der Kirche zu Czylcz von 1423 wegen mangelnden Nachweises. Bis 1841 hatten alle Gläubiger den Schuldentilgungsplan angenommen. Die drei kleinen Summen an Private wurden sofort ausgezahlt, die Tilgung der übrigen Schulden 1841 mit den Tilgungsquoten für 1839 und 1840 aus dem 1831—1839 angesammelten Schuldentilgungskapitel begonnen.

³⁾ Darin Angaben über Herkunft der Schuld: 1000 Fl. aus dem Jahre 1641, 1000 Fl. aus dem Jahre 1723, 800 Fl. aus dem Jahre 1730. Die Schuldsommen von 1723 und 1730 waren auf Grund von Eintragungen in die Woytbücher, die Schuld von 1641 auf Grund von Eintragungen in die Kirchenvisitationsbücher von

- n) Tilgung der Forderung der Kirche zu Zduny betr. 1871. 1872.
 - o) Ausgabe-Nachweisung der Schuldentilgung 1872.
 - p) Quittungen über Ablösungen 1873. 1875¹⁾.
- 3. Repartitionstabellen 1878. 1879.
 - 4. Gebühren von Auswärtigen für Eidesleistungen in der Synagoge 1839—1856.
 - 5. Rechnungsrevisionen 1861.

D. Kultus und Unterricht.

1. Beerdigungswesen:

- a) Totenbücher 1675—1831. 1831—1857.
- b) Friedhof und Beerdigungswesen 1834—1901.
 - 1841. 1851: Ankauf eines Platzes zur Vergrößerung des Friedhofes.
Vermietung des Friedhofshauses.
 - 1851: Loslösung einer „Reformpartei“ von der Gemeinde (Rechtssache wegen Beerdigung des B. Auerbach).
 - 1853: Einen 1845 eingetauschten Platz am Friedhof betr.
 - 1857: Zaunbau; Krupkeänderung für die Kosten desselben.
 - 1860: Neubau des Totengräberhauses.
 - 1863: Benutzung von Ablösungsgeldern zu Bauten am Friedhofszaun.
 - 1864. 1874: Klassifikationstarife der Grabstellen.
 - 1874 fg.: Krankenpflege- und Beerdigungsverein betr.
 - 1874—1876: Auseinandersetzung mit dem Leichenbestattungsverein. Statuten von 1877 (Druck).

1753 und 1762 am 10. April 1792 von dem Landgericht zu Peisern anerkannt und am 4. Juni 1792 in die Landgerichtsbücher der Kreise Peisern und Schroda eingetragen worden. Auf Grund dieser Anerkennung wurde die Gesamtschuld 1844 gerichtlich anerkannt. Abschriften der Beweisdokumente und der Verhandlungen von 1792 sind in den Faszikel vorhanden. — Die Verhandlung von 1792 ging auf ein Gesetz desselben Jahres zurück, das mit einer gerichtlichen Feststellung der Schulden der jüdischen Gemeinden den Anfang einer „Ordnung des jüdischen Volkes in den Ländern der Republik“ bezweckte.

¹⁾ Vgl. S. 34 Anm. 3.

1885: Anschluß des Krankenverpflegungsverein an den Krankenpflege- und Leichenbestattungs-Verein.

1893: Begründung eines Verbandes der Krankenpflege- und Leichenbestattungs-Vereine in der Prov. Posen.

2. Schulwesen:

a) Aa. der Schulkommission, das gesamte Schulwesen betr.
1826—1844. 1867. 1868. 1887.

1829: Schulhausbau.

1836: Sonntagsunterricht für Handwerkslehrlinge, Schulentlassene und an den Wochentagen Behinderte.

1837: Eingabe wegen Abänderung des Schulwesens, nach einem beiliegenden Aufsatz des B. L. Monasch.

1838 fg.: Beaufsichtigung der Berufsausbildung der aus der Schule entlassenen Knaben.
Etats, Rechnungswesen, Personalia usw.

b) Personalia der Lehrer 1835—1870.

1836. 1847: Anstellung einer Industriellehrerin.

1867: Einführung des Religionsunterrichts an der Töchterschule.

3. Gemeindebibliothek 1834—1838.

E. Wohlfahrtspflege.

1. Waisenfürsorge 1828—1834.

2. Vagabundenfürsorge 1834—1846.

3. Verteilung von Ostermehl 1835.

4. Wohltätigkeitsvereine 1834—1869¹⁾.

a) Krankenverpflegungs- und Leichenbestattungsvereine.

1834/1835. 1857/58: Verschmelzung und Reorganisation dieser Vereine.

b) Holzverteilungsverein.

5. Kranken-Verpflegungsverein 1834—1840.

6. Gemeindefürsorge für Arme und Kranke 1837—1867.

7. Satzungen des Unterstützungsvereins für Arme 1891.

¹⁾ Darin auch einiges über andere Vereine und Notiz zum Jahre 1847, daß alle Vereine seit etwa 1817 stark zurückgegangen und zerrüttet sind.

Anlagen.

I.

Zur Vorgeschichte des Gesetzes über die Verhältnisse der Juden vom 23. Juli 1847.

Am 9./10. Mai 1842 schrieb Moritz Veit an Michael Sachs: „Die jüdischen Angelegenheiten werden den Ständen vorgelegt. Ein Circular an die Regierungen ist ergangen, die Berichte derselben unterwegs. Die in Berlin zu versammelnden Ausschüsse der Stände (August, September) werden uns vorarbeiten. Sie haben die Vorbereitung für die Anfang 1843 zu berufenden Provinzial-Stände.“¹⁾ Veit weist hier mit der Bemerkung über die Umfrage auf eine Stufe in der Entwicklung der Vorgeschichte des Gesetzes von 1847, welche bisher geschichtlich nicht ans Licht gehoben wurde, dies aber verdient, weil die Umfrage von 1842 im Verhältnis zu der bekannteren des folgenden Jahres²⁾ nicht nur chronologisch, sondern auch materiell von eigener Bedeutung ist. Sie ermöglicht erst, den entscheidenden Wendepunkt im Ablauf der Vorarbeiten genau zu bestimmen.

Die Umfrage vom 6. April 1843 berücksichtigt nur den Kultus und das Schulwesen, und die Beschränkung auf diese Gebiete bedeutet, wie sie sich gibt, nicht den Teil im Ganzen, sondern den Teil an Stelle des Ganzen. Denn die Mitteilung der Umfrage durch die Regierung an die Gemeinde bestimmt den Zweck, dem sie diene, selbst dahin, daß „dem von Jahr zu Jahr fühlbarer gewordenen Bedürfnis einer gesetzlichen Regelung des jüdischen Kultus- und Schulwesens nunmehr in umfassender Weise für den Umfang der ganzen Monarchie genügt werden solle.“³⁾ In diesem engen Rahmen war die Reform aber

¹⁾ Michael Sachs und Moritz Veit. Briefwechsel herausgegeben von L. Geiger, Frankfurt a. M. 1897, S. 58.

²⁾ Diese wurde jüngst wieder zum Abdruck gebracht von Dienemann in der Zeitschrift: Im deutschen Reich 1909, S. 408 f., vorher in der Allgem. Zeit. des Judentums 1843, S. 267. Über ihre geschichtliche Stellung, M. Philippson, Neueste Gesch. des jüd. Volkes, I 1907, S. 271. — Wichtige Materialien zur Vorgeschichte des Gesetzes von 1847 veröffentlichten jüngst L. Geiger in der Monatschrift f. Gesch. u. Wiss. des Jdts. 1908, S. 513 f. und H. Vogelstein ebenda 1909 S. 385 f. und vorher im zweiundvierzigsten Bericht über den Religions-Unterricht der Synagogengemeinde zu Königsberg i. Pr. für 1908/1909.

³⁾ Richtig charakterisiert in der Allg. Zeit. d. Jdts. a. a. O.: „Wenn es von einem neuen Judengesetze politischer Seits gegenwärtig ganz still ist, so

ursprünglich weder von seiten der petitionierenden Juden noch von seiten des Staats gedacht. Die Absichten beider waren verschieden, aber bei beiden auf eine politische Reform gerichtet. Die Juden, für welche die drei Gemeinden Berlin, Breslau und Königsberg handelten, wollten die vollständige Durchführung des Edikts vom 11. März 1812, d. h. zu der bürgerlichen auch die staatsbürgerliche Gleichstellung, die Ausführung des § 39 über die gesetzliche Regelung der inneren Angelegenheiten und des Kultus und die Ausdehnung des Edikts auf die neuen Provinzen¹⁾. Die Regierung wollte ebenfalls eine einheitliche Regelung des Judenwesens in der ganzen Monarchie, wollte das Edikt von 1812 auch nicht aufheben, aber auf den Zuschnitt des „christlichen Staates“ bringen, in der Form, daß die Judenschaften mit allen bürgerlichen, aber ohne alle staatsbürgerlichen Rechte als abgeschlossene, selbständige Korporationen dem ständisch-hierarchischen Stufenbau des erstrebten Staatsgebildes eingefügt würden.²⁾ Man vermied bei alledem, von einer Aufhebung der Gleichberechtigung zu sprechen, und man kann zugeben, daß die Beschränkung der bürgerlichen Rechte nach den angegebenen Gesichtspunkten einen Rest bürgerlicher Gleichheit übrig läßt. Aber die Kabinettsordre vom 31. Dez. 1841 und das

zeigt es sich, daß in Beziehung auf das Synagogen- und Schulwesen ein organisches Gesetz in der Absicht unserer hohen Regierung steht“. — Die beiden Abdrücke geben die Umfrage in einer Fassung, in welcher sie an die jüdischen Gemeinden geschickt wurde. In dieser Fassung enthält sie neun Fragen prinzipieller Natur über den Kultus und die Gemeindeeinrichtungen. Außerdem wurde aber eine verwandte Umfrage an die Landräte geschickt (erwähnt in der Allg. Zeit. d. Jdts. 1843, S. 282), welche in 10 Fragen Antworten über die faktischen Zustände in jeder Gemeinde verlangte. Beide Anfragen nebst Konzepten für ausführliche Antworten in Krotoschin A 1.

¹⁾ Denkschriften der Berliner Gemeinde vom 24. Nov. 1840 und 4. und 7. März 1842, Geiger, Gesch. der Juden in Berlin, II S. 257; Veit an Sachs, Briefwechsel S. 41. 45. 47. 57.

²⁾ Reskript des Min. d. Inn. (Rochow) vom 5. Mai 1842 bei Geiger, Gesch. der Juden in Berlin II S. 258. Dazu Geiger in der Einleitung zu dem Sachs-Weitschen Briefwechsel S. XIX; Philippson a. a. O. S. 265; Treitschke, Deutsche Gesch. im 19. Jahrh. V S. 269. — Der König hatte dieses Programm bereits am 13. Dez. 1841 in einer an das Staatsministerium gerichteten Kabinettsordred kundgegeben. Einzelnes aus dieser Kabinettsordre war an die Öffentlichkeit gekommen und hatte die Vorstellung vom 4. März 1842 veranlaßt. Veit hatte schon in einem Schreiben vom 11. April 1841 an Sachs und aus dem Mai 1841 an Jacoby (Monatsschrift 1908 S. 528) die Ansicht geäußert: „An eine völlige Gleichstellung der Juden ist, wenn ich Augen zum Sehen habe, weniger als jemals zu denken“. In dem Schreiben an Jacoby gibt Veit eine vortreffliche Zusammenfassung der leitenden Gedanken der Kabinettsordre vom 13. Dez. 1841.

Reskript vom 5. Mai 1842 enthalten noch eine Maßregel, welche auch dem letzten Rest die historische Grundlage der Gleichberechtigung entzieht: die Aufhebung der Militärflicht. Die allgemeine Wehrpflicht ist im Entwicklungsgange des preußischen Staatsbürgergedankens nicht ein Moment neben anderen, sondern die Grundlage aller. Das Wehrgesetz vom 3. Sept. 1814 verschmolz zum ersten Male Volk und Staat in Preußen¹⁾ und leitete die Entwicklung ein, die mit der Verfassung abschloß. Allgemeine Wehrpflicht und Verfassung sind die beiden untrennbaren höchsten Ausprägungen des preußischen Staatsbürgergedankens.²⁾

Von diesem Gesichtspunkt aus wird erst deutlich, welche Konsequenzen in der Aufhebung der Wehrpflicht der Juden gelegen hätten. Das Ministerialreskript vom 5. Mai 1842 kündigte die Maßregel nur als unerhebliche Modifikation an: „Mit der Aufhebung der Militärflicht der Juden werde denselben nichts genommen werden, da ihnen der freiwillige Eintritt in den Militärdienst gestattet bleibe.“ Es wäre wohl auch erst im weiteren Verlauf der Verfassungskämpfe zutage getreten, daß die Ausschließung der Juden von der Wehrpflicht zu weitergehenden Konsequenzen, zu einer rechtlichen Unterscheidung ihres beschränkten Bürgerrechts von dem Vollbürgerrecht führen mußte.

Es handelt sich nun um die Frage, wann dieser gefährlichste Punkt der reaktionären Reform zu Fall kam. Von jüdischer Seite hatte man sich bereits auf die durchsickernden Gerüchte über den Inhalt der Kabinettsordre vom 13. Dez. 1841 hin für die Erhaltung des alten Rechts kräftig zur Wehr gesetzt³⁾ und es war wohl die Wirkung dieser Bewegung und nicht eine spontane Sinnesänderung der leitenden Kreise, daß die Absicht des Königs bereits in dem Moment, in welchem der Minister sie verkündete, kaum noch für erfüllbar galt. Vogelstein⁴⁾ hat dies auf Grund eines Schreibens des Königsberger Vorstandsvorsitzenden d. d. Berlin 9. Mai 1842 festgestellt, in welchem es heißt: „Wegen des Punktes, das Militärverhältnis der Juden betreffend, machen

¹⁾ Meinecke, Das Leben des Generalfeldmarschalls H. v. Boyen I Stuttgart 1896 S. 411 f.

²⁾ Der Schöpfer des Wehrgesetzes von 1814, Boyen, bezeichnete diesen inneren Zusammenhang schon 1813 ganz deutlich, als er wollte, daß die dem Landsturmgesetz Widerstrebenden des Bürgerrechts verlustig gehen sollten.

³⁾ S. Allg. Zeit. d. Jdts. 1842 S. 324. Ferner L. Geiger in der Monatsschrift 1908, S. 525 und Vogelstein in der Programmarbeit S. 10. Nach dem Reskript setzte dann die größere Bewegung ein, die L. Philippson erweckte und leitete. Darüber M. Philippson a. a. O. S. 266.

⁴⁾ Bericht über den Religionsunterricht S. 12.

Sie sich ja keine Sorge; diese Sache ist als gänzlich beseitigt zu betrachten“. Den vollen urkundlichen Beweis hierfür erbringt nun die Umfrage des Min. des Innern vom 1. April 1842, die sich, von der Regierung an den Landrat und von diesem an die Gemeinde weiter gereicht, in dem Aktenstück Krotoschin A¹ befindet. Diese Umfrage enthielt nämlich in der für die Provinz Posen bestimmten Form einen Zusatz über die Militärverhältnisse: „Sollen den Juden gleiche bürgerliche Rechte mit den Christen zugestanden werden, so müssen sie auch gleiche Verpflichtungen mit den Christen gegen den Staat übernehmen. Bis jetzt sind die Juden in hiesiger Provinz vom Dienst im Militair gegen Erlegung eines Rekrutengeldes befreit. Soll nun dieses Verhältnis ferner fortbestehen und ist die auszusprechende Verpflichtung der Juden zum Militairdienst als mit ihren religiösen Überzeugungen vereinbar, mithin nicht eine als Gewissenssache, als ein Gewissenszwang anzusehen?“¹⁾ Diese Anfrage wäre unnötig und unmöglich gewesen, wenn der Ausschluß der Juden von der Wehrpflicht eine beschlossene Sache gewesen wäre. Die Weglassung des auf den Militairdienst bezüglichen Satzes in der Mitteilung des Rochowschen Reskripts durch dessen Nachfolger Arnim an die jüdische Gemeinde in Simmern am 18. Aug. 1842²⁾ bringt dies in abschließender Form zum Ausdruck.

Der Unterschied zwischen den Umfragen von 1842 und 1843 stellt sich also als eine Verengung der politischen Reform zu einer zunächst nur kultisch-kulturellen dar, nicht in dem Sinn, daß die politische Reform als aufgegeben gelten dürfte, sondern nur so, daß der Gegensatz des aus dem Begriff des „christlichen Staates“ fließenden Prinzips und der Unmöglichkeit einer politischen Entrechtung der Juden zu einem dilatorischen Verfahren, einer nochmaligen engeren Umfrage und einem Stocken der ganzen Reformangelegenheit führte. Der Verzug zeigt sich darin, daß die Judenfrage den Ständeausschüssen, die im Okt. 1842 zusammentraten, nicht vorgelegt und im folgenden Jahre beschlossen wurde, sie bis zum Schlusse des Landtags zurückzulegen.³⁾ So stand die Angelegenheit im Februar 1843. In demselben Moment begann die Judenfrage auf dem Boden der Provinziallandtage Wurzel zu schlagen.⁴⁾

¹⁾ Das Zirkular-Reskript ist inhaltsweise in der Allg. Zeit. d. Jdts. 1842 S. 396 veröffentlicht; die ebenda S. 411 abgedruckte Fassung aus der Provinz Posen enthält den Absatz über die Militärpflicht nicht.

²⁾ Allg. Zeit. d. Jdts. 1842, S. 626.

³⁾ Allg. Zeit. d. Jdts. 1842 S. 633; 1843 S. 147.

⁴⁾ Ebenda 1843, S. 161 und die flg. Nummern; M. Philippson a. a. O. S. 268 fg.

Die von den Provinzen ausgehenden Impulse drängten zur Tat. Die Gefahr der prinzipiellen politischen Sonderung wirkte nach der ersten, durch die Frage der Wehrpflicht bezeichneten Krisis nur noch in schwacher Weise fort.

Ich skizziere anhangsweise kurz die Gestaltung, welche die Vorarbeiten der „Regulierung des Judenwesens“ in Krotoschin fanden. Auf die Umfrage von 1842 wurde geantwortet, die Heranbildung von Rabbinern und Lehrern betreffend: daß für die Rabbiner Hochschulbildung, zu diesem Zwecke also die Errichtung eines besonderen Lehrstuhls an einer inländischen Hochschule, für die Lehrer aber die Ausbildung in den staatlichen Seminaren notwendig sei. Kultus und Schulwesen sollten unter der Aufsicht von Kreisrabbinern stehen. Die Militärflicht wurde als Erfüllung eines religiösen Gebots verlangt. Für die Stimm- und Wahlfähigkeit der Gemeindemitglieder wurde Beschränkung nach dem Zensus, Aufenthaltsfrist und Naturalisation erbeten. Statuten wurden neben generellen Festsetzungen für alle und speziellen Verordnungen für die einzelnen Gemeinden nicht für nötig, für die Beaufsichtigung der Berufswahl der Knaben die bestehenden Verordnungen für hinreichend gehalten. — Die Umfrage über die Zustände in den Gemeinden (A³) und über die prinzipiellen Fragen der Gemeindebildung und des Kultuswesens wurden in sehr instruktiver Weise beantwortet.¹⁾ Hervorzuheben sind Hinweise auf die Reformbestrebungen. „In den meisten Gemeinden dieser Provinz ist zwar die rabbinische Parthei an Einfluß die überwiegende; wogegen die eine Reform wünschende Parthey die meisten Mitglieder zählt. Als das geeigneteste Mittel zur Ausgleichung der religiösen Wirren und zur Abhülfe der daraus erwachsenen Übelstände erscheint uns die vom Staate auszugehende Ernennung eines Consistorii, bestehend aus Männern von anerkannter Religiosität und gründlicher Kenntniß des Talmuds und der jüdischen Theologie, verbunden mit ausgezeichnete wissenschaftlicher Bildung, welchem Consistorium die streitigen Fragen zur maßgebenden Entscheidung vorzulegen wären.“

Am 4. März 1845 reichte die Gemeinde, von dem Vorstand in Schwerin dazu angeregt, bei dem Provinziallandtag eine Petition um vollständige Gleichstellung, unter Aufzählung aller bestehenden Rechtsbeschränkungen, ein. — Damit schließt, wie es scheint, die Beteiligung der jüdischen Gemeinde in Krotoschin an den Vorarbeiten des Gesetzes vom 23. Juli 1847.

¹⁾ Ein dieser Antwort teilweise zugrunde liegendes rabbinisches Gutachten von J. Goldschmidt über den Kultus und die Kultusbeamten interessiert durch die eingehenden religionsgesetzlichen Ausführungen.

II.

Zur Geschichte der Domanialabgaben in Krotoschin¹⁾.

Die öffentlichen Abgaben sind der konkrete Ausdruck der Rechtsverhältnisse, in welchen die Judengemeinden standen. Bei großer Ähnlichkeit im ganzen sind sie in den einzelnen Gemeinden, namentlich, soweit sie grundherrliche waren, doch recht verschieden gewesen und haben sowohl in der Zeit, in welcher sie in Geltung waren, wie während ihrer Ablösungsfristen ein verschiedenes Schicksal und eine verschiedene Wirkung gehabt. Die Feststellung ihres Objekts- und Rechtscharakters, ihrer geschichtlichen Entwicklung und ihrer immer unter langen Kämpfen sich durchsetzenden Beseitigung oder Ablösung gehört darum stets in besonderem Maße zur Grundlegung der Gemeindegeschichte.

Im vorigen Jahrgange dieser Mitteilungen (S. 80 f.) wurde an dem Beispiele von Märk. Friedland eine Seite der Frage behandelt. Es handelte sich bei diesem Beispiel wesentlich um die Feststellung des Objekts- und Rechtscharakters der Abgaben; mit dieser Feststellung war zugleich die Frage entschieden, ob die Abgaben nach der Einführung der allgemeinen Gewerbesteuer (1810) noch zu Recht bestanden oder nicht.

Im vorliegenden Falle, in welchem die sich miteinander verschlingenden Argumentationen behaupteter und bestrittener Domanialforderungen sich ebenfalls zu einem schwer entwirrbaren Knäuel zusammenballten, kommen diese Fragen geschichtlich weniger in Betracht als die geschichtliche Entwicklung der Abgaben und des Streitverfahrens. Darum soll die kurze Darlegung, die ich folgen lasse, das im vorigen Jahrgange gegebene Beispiel in der dort fehlenden Seite der Frage ergänzen.

Auf Grund des Gesetzes vom 13. Mai 1833 über die Aufhebung der persönlichen und gewerblichen Abgaben forderte die Fürstlich Thurn- und Taxische Domanialverwaltung im Jahre 1833 für den Ausfall der persönlichen Abgaben von der Judenschaft eine jährliche Entschädigung von 637 Tln., 20 Sgr. Da die Judenschaft das Forderungsrecht bestritt, kam es zu einem Administrativverfahren, das aber zunächst ausgesetzt werden mußte, weil inzwischen die Judenschaft gegen das Dominium eine Privatklage eingeleitet hatte, durch welche sie festgestellt wissen

¹⁾ Krotoschin A 5 und 6.

wollte, daß das Dominium die Abgabenrückstände für 1831—1833 nicht von der Gesamtheit, also nicht durch die Vorsteher auf dem Wege der Exekution, sondern von den einzelnen Mitgliedern zu fordern habe. Erst nachdem dies durch das Urteil vom 13. April 1837 festgestellt worden war, entschied die Regierung am 8. Okt. 1838 zugunsten des klagenden Dominiums. An dieses Urteil schloß sich dann die sich bis 1857 hinziehende Abwicklung der Ablösungsangelegenheit an.

Im Zusammenhang mit den Prozessen kam alles, was über die Entstehung und Entwicklung der Abgabepflicht noch bekannt war, ans Licht.

Die Abgabe geht auf das Privileg von 1631 zurück¹⁾, das in § 21 bestimmte: „Dafür daß wir denen Juden solche Freiheit ertheilen und „versichern ihnen allen Schutz²⁾ sowohl (hier) als auswärts, so soll gegen „dieses ein Hauseigenthümer³⁾ ein Dukaten und zwei Einwohner auch „ein Dukaten zu Martine jedes Jahr bezahlen.“

1) Oben A 6 in Fasz. 1 in alter hebr. Übersetzung, zusammen mit den Nachträgen von 1648 und 1673. In Fasz. 2 eine von dem Oberlandesgericht im Jahre 1848 nach einer im Besitze des Dominiums befindlichen Übersetzung gefertigte Abschrift, die, wie der Vergleich mit der hebräischen Übersetzung zeigt, besser ist als der Abdruck, den Heppner u. Herzberg a. a. O. S. 562 f. nach einer im Jahre 1848 von dem Anwalt des Dominiums der Klage beigefügten Abschrift (A 5 b fasc. 1 = alte Signatur 21 g) geben. Das Original galt bereits als verloren. Der Anfang des Privilegs lautet:

„Die Freiheiten die Juden zu Krotoschyn welche ertheilt worden von den Herrn Kasztelan Pogorzelski Przymentowski Wladislaw Rosdrzewski als Vormunde von die Herrn Christoph Jacob Rozdraczewski die Söhne des Herrn Rosdrzewski (sic) Starostes Adelnoski während die Zeit daß die Erbherrn in auswärtigen Ländern waren, versehen durch Vollmacht von die Erbherrn und von die andern Vormündern und auch von die andern Administrators, welche zur Aufsicht über diese Güter gesetzt waren, ertheilen wir diese Freiheit.

Nachdem das am Sonabend nach die Pflingstenfeuertag traf der Zorn Gottes auf die Stadt Krotoschyn, daß diese Stadt ganz abgebrant, es blieb kein Wohnhaus sowohl für Christen als für Juden übrig sie finden auch kein Unterkommen in andern Oertern und wollen auch nicht gern die Brandstellen wo die Gebäude gestanden waren, welche ihr Eigenthum waren nicht zwar verlassen und alle ihre Privilegien Freiheit sind ihnen verbrant worden und haben sogleich von dieser Begebenheit an die Erbherrn welche zur selben Zeit in Danzig waren Kund gethan und jetzt kommen sie zu uns und verlangen von uns, daß wir ihnen im Namen der Erbherrn ihre Privilegien zu beneuen, welches pflichtmäßig schriftlich ertheilen, um daß sie dadurch gesichert sein sollen durch die Privilegium die Stadt und die Häuser und ihren Handel und Einrichtung wieder herzustellen, so wie vorher.“

2) Schutz auch in der hebr. Übersetzung.

3) Komornikes (poln.) in der hebr. Übersetzung.

In den Nachträgen von 1648 und 1673 werden diese Abgaben nicht erwähnt. Erst aus der preußischen Zeit liegen Angaben, die in dem Prozeßverfahren 1837 zur Sprache kamen, wieder vor.

Danach betrug im Jahre 1800 nach einer von dem Magistrat mit Zuziehung der Judenältesten aufgestellten Liste die Schutzabgabe 750 Rthl. Ein Reskript des Finanzdepartements vom 11. Aug. 1801 stellte die Rechtsbeständigkeit dieser als Grundzins bezeichneten Abgabe in der Form, in welcher sie von dem Privileg von 1638 angeordnet wurde, fest. Es ist also bis dahin keine Zusammenfassung der persönlich zu leistenden Abgaben zu einer von der Gemeinde zu zahlenden Gesamtsumme anzunehmen.

Am 9. Jan. 1802 setzte eine auf ein Reskript des Finanz-Departements vom 25. Dez. 1801 gegründete Verfügung der Kriegs- und Domänenkammer die Gesamtsumme der von den Juden an das Domänenamt zu entrichtenden Abgaben von 914 Tln. 20 Sgr. auf 637 Tlr. 20 Sgr. herab. Obwohl, wie das Erkenntnis des Oberappellationsgerichts vom 13. April 1837 hervorhebt, daraus noch nicht folgt, daß fortan die an das Domänenamt zu entrichtenden Abgaben in einer Gesamtsumme festgelegt seien, so blieb die Summe doch tatsächlich stehend, auch für die Ablösung, und wurde nach dem individuellen Maßstab unter die Hauseigentümer und Einlieger repartiert.

In diese Summe wurde neben dem Grundzins noch eine Abgabe für das kranke Geflügel und den Servis¹⁾ zusammengefaßt. Über diese Abgaben ist Näheres nicht angegeben. Die Höhe der Abgaben ergibt sich aus der Höhe des Erlasses, der für die Geflügelabgabe 33 Tlr. 10 Sgr., für den Servis das Doppelte, 66 Tlr. 20 Sgr., für den Grundzins fast das Dreifache, 177 Rthl., betrug.

In der Höhe von 637 Tln. 20 Sgr. wurden die Domanalabgaben bis zum Jahre 1830 gezahlt. Die Repartition und Eintreibung vermittelten die Ältesten. Im Jahre 1831 unterließen sie es jedoch, und als das Domänenamt nun die Exekution gegen die Vorsteher verfügte, reichten diese die bereits erwähnte Klage ein, welche durch Erkenntnis des Landgerichts vom 31. Mai 1833 und des Oberappellationsgerichts vom 13. April 1837 zu ihren Gunsten dahin entschieden wurde, daß das Domänenamt mit der Abgabeforderung sich an die einzelnen Gemeindemitglieder halten müsse und kein Recht habe, die Mitwirkung

¹⁾ Das Domänenamt nannte in der Klagebeantwortung statt des Servis den Fleischbankzins, sicher irrtümlich, da er in dem Kammerreskript nicht genannt wird und nach dem Privileg von 1638 und dem Nachtrag von 1648 nicht allen Juden, sondern nur den Fleischern auferlegt worden war.

des Gemeindevorstands zu verlangen. Auf Grund dieses Urteils und des inzwischen erlassenen Gesetzes über die Aufhebung der persönlichen und gewerblichen Abgaben in den Mediatstädten der Prov. Posen (1833 Mai 13) erkannte die Regierung mittels Entscheidung vom 8. Okt. 1838 die von dem Domänenamt geforderte, von der Judenschaft verweigerte Ablösung der Domanialabgaben an und verpflichtete zur Ablösung die Stadtkommune, die ihrerseits, unter Billigung seitens des Generaldirektors der Steuern, die Ablösung allein auf die Judenschaft repartierte.

Die Judenschaft wollte es bei dem Urteil und dem Verteilungsmodus nicht bewenden lassen. Aber die erste Phase einer fortgesetzten Reihe von Versuchen, die Provokation auf richterliche Entscheidung durchzusetzen, kann hier übergangen werden.¹⁾ Um so beachtenswerter ist die Einleitung und der Verlauf der Ablösung, welche zusammen mit der zu gleicher Zeit ins Werk gesetzten Schuldentilgung die Gemeinde 20 Jahre lang in unverhältnismäßiger Schwere den Druck erstorbener Abhängigkeitsverhältnisse fühlen und unter harten Kämpfen überwinden ließ.

Es handelte sich bei der Ablösung um die Zahlung der Rückstände von 1834 an und um die fortlaufenden jährlichen Renten. Nach einer C. O. vom 29. Aug. 1838 wurde die Rente mit 70 Prozent der Entschädigungssumme²⁾ (70% von 637 Rtlr. 20 Sgr. = 446 Rtlr. 11 Sgr.) und der Kapitalablösungsbetrag auf das Zwanzigfache der Rente festgestellt. Die Repartition sollte als Zuschlag zur Rekrutensteuer³⁾ erfolgen. Als

1) Das Wesentliche ist, daß die Judenschaft sich der Provokation der Stadtverwaltung angeschlossen und, als die Stadtverwaltung die Provokation zurückzog, inzwischen die Frist für ein Rekursverfahren versäumt hatte.

2) Ein Reskript der Regierung an die Gemeinde in Krotoschin vom 27. Juli 1840 gibt einen Ausblick auf die Gesamtregulierung der Ablösungsverhältnisse der jüdischen Gemeinden: „Auf die Vorstellung vom 21. d. M. wird Ihnen hiermit eröffnet, daß die nach § 4 der Allerhöchsten Cabinets Ordre vom 29. August 1838 zugestandenen Erlasse am Ablösungs Kapitale nicht früher definitiv reguliert werden können, als bis sämtliche Rentenbeträge und die zu deren Ablösung erforderlichen Hauptsummen feststehen, indem von letzteren 15 proCent als Maximum der Erlaß-Summe bewilligt sind, und da, bevor die Renten-Liquidation nicht beendet ist, auch nicht beurtheilt werden kann, welche Städte am meisten belastet sind, und welchen unter ihnen ein Erlaß zu gewähren ist.

Aus vorstehenden Gründen müssen wir Sie mit Ihrem Gesuche wegen Ermäßigung der zu zahlenden jährlichen Rente abweisen“.

3) Im Jahre 1839 betrug diese insgesamt 487 Tlr.

nach fehlgeschlagenen Versuchen, eine Wiederaufnahme des Verfahrens durchzusetzen¹⁾, am 12. Nov. 1840 der Generaldirektor der Steuern diese Form endgültig feststellte, war im Jahre 1839 für den Rückstand bereits die Summe von 680 Rtlr. 27 Sgr. abgezahlt worden, so daß von der Gesamtsumme von 3124 Rtlrn. 17 Sgr. für die Jahre 1834—1840 noch 2443 Tlr. 20 Sgr. übrig blieben, von denen 1659 Tlr. 5 Pf. noch im Jahre 1840 entrichtet werden sollten. Der Rückstandsrest von 784 Rtlrn. 12 Sgr. 7 Pf. wurde 1841 zusammen mit den laufenden Ablösungsgeldern in monatlichen Raten erhoben, so daß von 1843 an nur noch die von 1834 an auf zwanzig Jahre verteilte Ablösungsrente (jährlich 446 Tlr. 11 Sgr.) zu zahlen war.

Die Gemeinde suchte während der ganzen Zeit in ununterbrochener Korrespondenz mit mehreren Anwälten nach Rechtsgründen zur Wiedereröffnung des Verfahrens; man wollte nicht anerkennen, daß die Ablösung der in Rede stehenden Abgabe allein von der Judenschaft und nicht von der ganzen Stadtbevölkerung getragen werden müsse²⁾.

Ein Anhalt dafür fand sich endlich, als im Juni 1844 eine Rekursklage des Domanialamts wegen des rückständigen Judenzinses für die Jahre 1831—1833 zugunsten der verklagten Judenschaft entschieden wurde. Die Klage war auf Grund des Urteils von 1837 (oben S. 44), welches die Schutzabgabe als persönliche anerkannte, gegen die Gemeinde als Besitzerin von vier Grundstücken in der von dem Privileg von 1638 festgesetzten Höhe erhoben worden, wurde aber zunächst am 13. Nov. 1841 von dem Land- und Stadtgericht in Krotoschin, dann am 2. März 1844 auch von dem Oberlandesgericht mit dem früher nicht benutzten Argument abgewiesen, daß das Privileg, auf welches der Rechtsanspruch sich stütze, weder im Original noch in beglaubigter Abschrift beigebracht worden sei, die einfache Abschrift aber dem Verklagten gegenüber, welcher diese nicht rekognosziert hätte, nichts beweisen könne.

Mit diesem Argument konnte man nun das Urteil von 1838, welches

¹⁾ Die letzte Beschwerde wurde von dem Justizminister am 4. Dez. 1840 auf Grund eines Berichts des Oberlandesgerichts vom 4. Dez. 1840 zurückgewiesen.

²⁾ Auf der Stadt lastete eine Ablösungsrente von 270 Rtlrn. 10 Sgr., an der die Juden, als Stadtbürger, teilnahmen. Der Einwand der doppelten Belastung wurde aber damit zurückgewiesen, daß in dieser Summe 84 Rtlr. 6 Sgr. für Abgaben lägen, die früher allein von den jüdischen Fleischern (vgl. die Privilegien von 1638 und 1648) Bäckern und anderen Handwerkern gezahlt wurden (Rekript des General-Direktors der Steuern vom 26. Sept. 1839.).

sich auf die nicht beglaubigte Abschrift des Privilegs stützte, anfechten. Man wollte zunächst durch ein Immediatgesuch an den König, dessen Konzept sich bei den Akten befindet, die Einleitung eines neuen Verfahrens durchsetzen, stand aber davon ab und versuchte nun, das 1838 fallen gelassene Rekursverfahren (S. 45 A. 1) aufzunehmen. Am 2. März 1847 wiesen der Minister des Innern und der Finanzen diesen Versuch aber endgültig ab.

Die Rechtsmittel waren erschöpft, als die politischen Wandlungen einen neuen Weg zu eröffnen schienen. Am 29. Juni 1848 richtete der Vorstand an die Nationalversammlung in Berlin die Bitte, „daß die „Korporation von der fernerweiten Ablösung dieser Abgabe entbunden „und daß ihr die bereits aufgebrauchten und bezahlten Ablösungsgelder „entweder vom Fisco oder von der hiesigen Stadt-Commune erstattet „werden; eventualiter: daß die Korporation noch jetzt berechtigt werde, „gegen das Resolut der Königl. Regierung vom 8. Okt. 1838 den Rechts- „weg einzuschlagen.“ Der Abgeordnete des Kreises, Landrat Bauer, übergab die Vorstellung und versprach, für die Abschaffung der Abgabe eintreten zu wollen.¹⁾

Wie die Petition beschieden wurde, ist nicht bekannt. Die Ablösung wurde weiter entrichtet. Im Jahre 1848 waren bereits 6695 Rthl. 15 Sgr. abgezahlt, 2331 Rthl. 25 Sgr. noch zu zahlen.

Noch einmal glaubte der Vorstand eine Handhabe zur Abwälzung der schweren Last zu finden, als nach dem Erlaß der Verfassung die Repartition und Einziehung der Ablösungsbeiträge, die bisher Sache des Vorstands war, der Stadtbehörde übertragen wurde. Der Vorstand glaubte daraus folgern zu dürfen, daß auch die Ablösungspflicht auf der ganzen Bürgerschaft ruhe und suchte diesen Standpunkt in einer Reihe von Eingaben, die bis an die höchste Instanz, das Ministerium des Innern (9. Mai 1851), gerichtet waren, durchzufechten. Aber ohne Erfolg. Das Motiv zu der Übertragung der Repartition und Einziehung auf die Stadtverwaltung lag nur darin, daß nicht die jüdische Gemeinde als solche, sondern die einzelnen jüdischen Bürger zu der Abgabe verpflichtet waren.

Im Jahre 1854, d. h. nach zwanzigjähriger Frist, war die Ablösungssumme bis auf 544 Rthl. abgezahlt. Die Minister des Innern und der

¹⁾ Er regte gleichzeitig an, daß die übrigen jüdischen Gemeinden des Kreises dem Beispiel der Krotoschiner Gemeinde folgen sollten. Es kam aber nur noch die jüd. Gemeinde in *Z d u n y* mit einer jährlichen Abgabe von 19 Rthln. in Betracht; in den anderen Städten des Kreises hatten die Stadtkommunen die Ablösung übernommen.

Finanzen erließen auf Grund der C. O. vom 29. Aug. 1838 von dieser Summe 240 Rtlr. 9 Sgr. 10 Pf. Der Rest, 303 Rtlr. 9 Sgr. 2 Pf., wurde im J. 1855 an die Regierungs-Hauptkasse abgeführt.

Noch lief aber der Prozeß über die für 1831—1833 schuldigen Judenzinsen. Das Domänenamt hatte nach der Entscheidung vom März 1844 (oben S. 46) sofort eine neue Klage gegen die einzelnen Abgabepflichtigen, und zwar in der ursprünglichen Höhe von 9 Rtlrn. von jedem Hausbesitzer, $4\frac{1}{2}$ Rtlrn. von jedem Einlieger, angemeldet. Nach mehrmaliger Fristverlängerung begann 1847 das neue Verfahren, das in einem langen Instanzenzuge, in welchen am 16. März 1852 auch ein Urteil des Ober-Tribunals erscheint, 1857 nur so weit gekommen war, daß das Domänenamt der Judenschaft den Vorschlag machte, statt der von den einzelnen aufzubringenden Gesamtsumme von 1548 Rtlrn. die Schuld von 1000 Rtlrn. unter sich zu repartieren und sofort zu bezahlen.

Mit diesem Vorschlag brechen die Akten ab.

Akten-Inventar der Synagogen-Gemeinde Aurich.

Die Judensiedelung in Aurich, der alten Hauptstadt des Fürstentums Ostfriesland, gehört zu den nicht seltenen Beispielen, in denen sich die Bildung der Gemeinde an die Privilegierung eines einzelnen Juden als Hofjude (Kammeragent, Hoffaktor, Hausjude) anschloß. In dem Privileg von 1645, in welchem Ulrich II. der ostfriesischen Judenschaft ihren 1635 ausgestellten Geleitsbrief verlängerte (Herquet a. a. O.), wird in Aurich nur dieser eine Jude, Samson Calmans, genannt. Dem entspricht es, daß Gans im Zemach David z. J. 1581 (II 62b ed. Offenbach 1768) Juden aus Emden und Norden, nicht aus der Hauptstadt Aurich, erwähnt. Auch das Privileg von 1688 erwähnt in Aurich nur den Hofjuden, obwohl die Gesamtzahl der selbständigen ostfriesischen Juden inzwischen von 32 auf 59 gestiegen war. Über die Anzahl in den Jahren 1708, 1881, 1909 s. die Anlage. — Der Hofjude ist wohl ursprünglich identisch mit dem noch im Jahre 1810 in Aurich begegnenden Landesparnaß, hinter dessen Hause an der langen Straße sich bis zum Jahre 1810 die Synagoge befand. (Wiarda, Bruchstücke S. 69). Die neue Synagoge an der Kirchstraße wurde 1811 er-

baut. Die Leichen wurden lange in Norden beerdigt; erst um 1760 wurde ein Friedhof angelegt (a. a. O. S. 87).

Von dem Aktenbestand der Gemeinde sind nur kümmerliche Reste erhalten. Die Ursache des Verlustes ist bekannt. Die Akten befanden sich immer in der Verwahrung des Landesparnaß. Ein Nachkomme der Familie, in der sich das Amt des Landesparnaß seit mehreren Geschlechtern fortgeerbt hatte, nahm vor etwa 50 Jahren nach sicherer Auskunft mehrere Kisten mit Akten bei seinem Wegzuge nach Hamburg als Familienreliquie mit. Die Spur wurde genau verfolgt, aber, da der Besitzer bereits verstorben ist, ohne Resultat. Die geringen Fragmente, die in dem Verzeichnis aufgeführt sind, werden durch das im Besitze des Gemeinde-Vorstehers Herrn A. van Dyk befindliche Generalprivileg für die ostfriesische Judenschaft von 1708 (Or. Perg. mit anh. Siegel) ergänzt, das mit Erlaubnis des Besitzers in der Anlage zum Abdruck kommt.

Zu der Gemeinde Aurich gehören die Juden in den Dörfern Großefehn, Sandhorst und Kirchdorf. (Handbuch der jüd. Gemeindeverwaltung, hrsg. vom Bureau des Deutsch-Isr. Gemeindebundes, 1909 S. 64). Im Jahre 1880 wohnten nach de Vries u. Focken a. a. O. im Amt Aurich Juden in den Dörfern: Aurich-Oldendorf (1), Großefehn-Ost (7), Großefehn-West (6), Iheringsfehn (4), Strackholt (1).

Literatur: Wiarda, Bruchstücke zur Geschichte und Topographie der Stadt Aurich (Emden 1835) S. 69 u. 87; de Vries und Focken, Ostfriesland, Land und Volk (Emden 1881) S. 423; Herquet, Versuch einer ostfriesischen Judenhetze (1658), in: Miscellen zur Geschichte Ostfrieslands (Norden 1883) S. 32 f.

1. Friedhof.

- a) Quittung über Entrichtung von Kämmerereipetitionsgebühren bei Anlegung des Judenkirchhofs 1765¹⁾.
- b) Neuwahl eines Juden-Gemeine-Kirchhofs-Vorstehers betr. 1780²⁾.
- c) Heuerkontrakte über eine an dem Judenkirchhofe belegene Kampe 1790. 1801³⁾.

¹⁾ Ausgestellt für Isaac Levi und Genossen.

²⁾ Seit 1771 Aarond Jochums. Genannt als Älteste: Israel Moses und Meyer Ballin, als Judenparnaß: Isaac Beer.

³⁾ 1790 Kirchhofsarmenvorsteher: David Ballin, 1801: Joseph Jacob Ballin; 1790 Judenparnaß: Isaac Beer.

2. Synagoge.

- a) Wahl einer Baukommission 1810.
 - b) Quittung über Entrichtung restierender Stadtgerichts-Hypotheken-Gebühren 1811.
 - c) Abgrenzung des Synagogengrundstücks vom Garten der zweiten Pastorey und Anlegung eines Zaunes betr. 1822 bis 1827¹⁾.
Darin: Kaufkontrakt des Synagogengrundstücks (1811) nebst vorausgehenden Besizddokumenten (von 1734 an).
 - d) Abgrenzung des Synagogengrundstücks und Nutzungsrechte am Rankschen Grundstück betr. 1827.
Darin: Hypothekenschein des Rankschen Hauses mit Eintrag der Grenzbestimmung und der Nutzungsrechte, 1830.
 - e) Erweiterung des Synagogengrundstücks durch Ankauf zweier Grundstücke des Rechtsanwalts Hacke 1885.
 - f) Grundbuchsachen 1885—1893.
3. Protokolle von Vorstands- und Gemeindeversammlungen 1842 bis 1884.
 4. Schatzungsangelegenheiten 1891.
 5. Aa. betr. Heranziehung zu Gemeindeabgaben bei doppeltem Wohnsitz 1873.
 6. Aa. betr. Befreiung der Israeliten von den Kommunal schulabgaben 1886.
 7. Rechnungen und Rechnungsbeläge 1860—1897.
 8. Abänderung der Synagogenordnung von 1860. 1861.
 9. Aa. betr. Zahlung des Synagogenstellengeldes 1873. 1887.
 10. Schlachthaus- und Schlachtangelegenheiten 1890—1893.
 11. Statuten des Unterstützungsvereins haspokath-ebjonim 1861.
 12. Codizill des J. S. Seckels, eine Stiftung für den Bekleidungsverein (malbis arumim) enthaltend, 1862.
 13. Literalien.

¹⁾ Aa. des Sachwalters der verklagten isr. Gemeinde.

Anlage.

Das Generalprivileg für die Judenschaft in Ostfriesland vom 22. Sept. 1708.

Auf die älteren Privilegien von 1645, 1651, 1660, 1671 (Herquet a. a. O.) kommen wir bei dem Akteninventar der Synagogengemeinde Emden zurück¹⁾. Der besondere Wert der Privilegien liegt in der Aufzählung aller selbständigen ostfriesischen Juden. Die statistische Übersicht über die Entwicklung, die hier folgt, stützt sich für 1645 auf die Angaben von Herquet. Für 1881 bieten de Vries und Focken die Seelenzahlen, für 1909 das in der Einleitung zitierte Handbuch der Gemeindeverwaltung die Seelen- und Censitzahlen. Da eine Prüfung ergab, daß die Seelenzahl innerhalb der einzelnen Gemeinden durchgängig rund das Vierfache der Censitziffer beträgt²⁾, wurde für das Jahr 1881 in eckigen Klammern die ungefähre Censitzahl den unter diesem und unter dem Jahre 1909 in runden Klammern vermerkten Seelenzahlen beigefügt.

A m t:	1645	1708	1880	1909
Esens	2	15	[26] (104)	18 (80)
Wittmund-.	2	14	} [73] (294)	} 92 (346)
Friedeburg ³⁾		3		
Stiekhausen		1	[3] (14)	
Leer	2	26	[66] (266)	64 (260)
Emden	6	2	} [194] (776)	} 239 (938)
Gretsyl ⁴⁾		4		
Norden	10	25	[104] (416)	103 (387)
Bekrum		7		
Aurich	1	14	[96] (384)	95 (352)
Weener	1		[71] (287)	62 (259)
	24	111 ⁵⁾	[633] (2541)	673 (2722)

¹⁾ Wegen Ausfalls eines Beitrags mußten Inventar und Anlage während des Druckes eingeschoben werden; es war daher nicht mehr möglich, auf die älteren Privilegien zurückzugreifen.

²⁾ In keiner Gemeinde sinkt die Zahl auf das Dreifache oder steigt sie auf das Fünffache.

³⁾ Jetzt zu Amt Wittmund gehörig.

⁴⁾ Jetzt zu Amt Emden gehörig.

⁵⁾ Für 1688 gibt Herquet die Zahl 59.

Das Privileg lautet:

Wir von Gottes gnaden Georg Albrecht Fürst Zu Ostfrießland
Herr Zu Esens Stedesdorff und Wittmund

Urkunden hiemit das uns folgende in Unserm Fürstenthumb auch
Herrschaften und Landen befindliche Juden Nahmentlich

Im Amte Esens

Feilman Benedix, Cosmes Jonas, Joseph Jonas, Joseph David,
David Samuels, Moses Benjamins W., Benjamin Moses, Calmer
Moses, Samuel Joseph, Leo Feilman, Heyman Feilman, Samuel
Bendix W., Hertz Moses, Meyer Magnus, Abraham Bendix,

Im Amte Wittmund

Jacob Callmars, Nathan Levi, Zadack Nathan, Levi Nathan, Bele
Cosmes, Nathan Cosmes, Nathan Elcken, Elias Jacobs, Gossel Abra-
hams, Isaack Feisten, Arend Feisten, Abraham Jacobs, Nathan
Cappels, Arend Nathan.

Friedeburger Ambt

Abraham Jacobs, Cappel Samuels W., Assue⁴) Abrahams.

Stickhauser Ambt

Meyer Jacobs.

Leerder Ambt

Meyer Jacobs, Wolff Levi, Scheyer Abrahams, Selck Abrahams,
Moses Jacobs, Leefman Schayer, Victor Israel, Samuel Moses, Isaacs
Meyer, Meyer Salomons, Lambert Salomons, Jacob Moses, Wolff
Moses W., Isaacs Moses W., Nathan Levi, Jacob Salomons W., Hen-
ning Salomons W., Abraham Zadack, Zadack Gossel, Michael Za-
dack, Simon Isaacs, Casten Arends W., Salomon Salomons, Arend
Salomons, Hayen Salomons, Samuel Salomons.

Emder Ambts

Jacob Samson, Moses Salomons.

Gretsyler Ambt

Moses Davids, Abraham von Bergel, Victor Wolff, Levi Abrahams.

Norder Ambt

Jacob Isaacs, Magnus Jacobs, Nathan Jacobs, Castien Joosten,
Moses Philips, Gossel Philips, Calmer Isaacs, Samson Jacobs, Samson

⁴) Wohl für Assur.

Cosmes, David Levi Lazarus, Arend Zadocks, Isaacs Moses, Abraham Salomons, Levi Heyman, Bendix Heyman, Magnus Davids, Calmer Josephs, Arend Suedemer, Samuel Jacobs W., Salomon Jacobs, Victor Pape, Wolffesen.

Bekrumer Amt

Joseph Isaacs, Samuel Moses, Isaac Efraim, Cosmes Isaacs W., Jacob Ihr Schwieger Sohn, Gossel Gumper, Simon Lazarus.

Auricher Amt

Joseph Ballin, Callmer Meyer, Bendix Meyer, Abraham Hartig, Samson Hartig, Calmer Hartig, Simon Jacobs, Abraham Ballin, Berend Isaacs, Isaac Abrahams, Moses Joachims, Bendix Abrahams, Lazarus Moses, Salomon Bendix.

in Unterthänigkeit erinnert und Zuerkennen gegeben, was maßen Sie mehrentheils auff gewisse Zeit und nemblich biß Ostern 1708. [Das alte Privileg] Von Unsers Weyld Hochgeehrten Herrn Vatters Gnaden dem durchleuchtigen Fürsten Herrn Christian Eberhard Fürsten Zu Ostfrießland, Herrn Zu Esens, Stedesdorff und Wittmund in Schutz und Schirm genommen, und darüber derosichere Geleits Brieff ihnen ertheilet worden, mit unterthänigster Bitte Wir in Gnaden geruhen wolten, sothanen hiebevorn Ihnen Verliehenen Schutz und sicheres Geleit, nicht allein ins gesambt, sondern auch denen hierin von neuen mit ernandten Juden respective mit Zuthailen und auff Zwanzig Jahren zuverlängerer und zu verstrecken, und Wir dan in erwegung allerhand umbständen, sothane ihre Unterthänigste Bitte nicht unziemlich befunden, so haben Wir, alß regierender Landes [Erneuerung] Fürst und Herr darauff mit rechten wißen und wolbedachten Muhte, deroselben gnädigst statt gegeben, und anitzo benandten Einhundert und acht Persohnen allen und jeden nicht alleine nach geendigten Vorigen, Unsers Weyl. Hochgeehrten Herrn Vatters Gnaden geleits Brieff noch auff Zwanzig Jahr weiter hinaus und also benantlich biß Ostern 1778. mit ihren Häußlichen Wohnungen in obbesagten Unsern Städten, Flecken und Dörffern zu wohnen und zu continuiren in Gnaden hiemit wollen Vergönnet, sondern auch Sie sambt ihren Weibern und Kindern und unverehligten Haußgesinde in Unserm Schutz, Schirm und Verspruch biß dahin auß Landes Obrigkeitlicher Macht genommen haben, also daß sie alle und jede in bemelten Unsern Fürstenthum, Herrschafften, Städten, Flecken, und Dörffern, biß auff Ostern selbigen 1778^t. Jahres Ihre Wohnung sollen mügen

[Jüdische Ordnung] haben, nach Jüdischer Ordnung wie bißhero geschehen, Leben und
[Geleit u. Handel] in Unserm gantzen Fürstenthum und Landen allenthalben frey,
sicher gehen und stehen, Reisen, Handeln und Wandeln auch alle
ihre wahren auß ihren Häußern oder auß einen öffentlichen Winckel
oder sonsten nach ihren Belieben frey und sicher Verkauffen, ohne
eintrag einiger Gilde Brüder, wo dieselbe auch wohnen mögten, auch
Synagoge] über daß eine Synagoge jedoch daß Sie in ihrer Versammlung und
sonsten keine Ungebührliche und unanständige Reden wieder die
Christliche Religion, insonderheit wieder die Persohn und das Amt
Unsers Heylandes bey denen in der reichs Constitutionen gesetzten
ernstlichen Straffen, gebrauchen sollen, und begräbnüß, da dieselbe
Begräbnis] wohnen halten und haben auch nach ihren Jüdischen Ceremonien
Leben, gleichfalß einen Rabinen setzen welcher frey von Schutzgeld
Rabbiner] seyn, und in Sachen mit zu Ziehung Zweiner Jüdischer Männer nach
Jüdisches Gericht] Jüdischer Ordnung schlichten solle, jedoch daß die von dem Rabinen
dictirte Brüche vor $\frac{2}{3}$ an den Oberrentemeister unfehlbarlich einge-
schicket $\frac{1}{3}$ aber den armen der Juden gelaßen werden, auch der
Aaron Abrahams Beer daß darüber gehaltene Protocoll einschicken
solle. Auch sollen Sie sambt und sonders und die Ihrige gegen jeder-
männiglich schiedlich, Leid und friedlich sich bezeigen, alles betrugs
Wucher] sich äußern, denn biß dahin bey den Juden üblichen und biß zu
Näherer Unserer Verordnung hiemit zu duldenden Wucher zu ge-
nießen haben, ein mehrers aber bey Verlust der Haupt Summe und
anderer ernstlichen Straffe von niemand zu Rentenehmen und sonsten
allerdings unverweißlich sich verhalten, und im fall Ihnen auff ge-
wisse Geld Summen einige beweg- oder unbewegliche Güter und
Landschaft] wahren zu unterpfand gesetzt werden, Ihnen in Ihre Hände etwan
geliefert oder auch würcklich verhypotesiret würden, innerhalb
Jahres und Tages aber nicht wieder gelöset und redimiret, sollen die-
selbe länger zu behalten nicht verbunden sondern Ihrer Gelegenheit
nach ohne vorher zu suchen nöhtig habender gerichtlicher erlaubnuß
gebürlich und aufrichtig zu verkauffen befugt sein, auch soll Ihnen
ohne Unsere Speciale erlaubnuß hiemit auffs künfftige verboten seyn,
Hauskauf] Häuser in den Städten oder Flecken an sich Zu Handeln, es wäre dan
daß sie darauff Geld verschoßen und dieselbe insolutum annehmen
müßen; Es soll auch ferner kein Jude sich unterstehen bey Straffe
tswechsel] 20 gs. von dem einen Ohrte nach dem andern ohne Unsern Consens
sich zu begeben oder ein Special geleit ohne Vorwißen Unsers Hoff-
Juden Aaron Abrahams Beer suchen poena 100 gs. jedoch daß dieser
niemanden vor sich gestatten soll von einen Ohrt zum andern zu ver-

reisen und sich Häußlich nieder Zu laßen oder jemand Zu verschweigen, der von frembden Ohrt anherr sich setzen will, auch soll derselbe jährlich in Monath April eine richtige Specification aller im Lande wohnenden Juden an Unß übergeben, damit Wir davon alle Zeit ein richtiges Register halten laßen können; Es soll auch kein Jude, welcher in Unsern Fürstenthum und Landen nicht gebohren, kein Geleidt von Uns Zu gewarten haben, es sey dan, daß er an eines von Unß vergeleiteten Juden Kindern verheurathet worden, und soll allen von Uns unbegleiteten Juden in Unserm Lande Kauffmanschafft Zu treiben gänzlich verbothen seyn bey Straffe 50 gs. und Confiscirung der Güter, es wäre dan daß von jeder 24. stunde Sie an Unß 1 Thlr. erlegen würden, welchenfalß sie sich in Unser Stadt Aurich bey Unsern Oberrentenmeister und in den andern Ämptern bey Unsern Beamten an zugeben hetten, welche Ihnen alßdan gegen bezahlung solcher gelder einen Schein dagegen zu ertheilen haben.

[Judenregister]

[Unvergleitete]

Dann wollen Wir auch künfftig gegen alle und jede abziehende Juden Uns des abzugsrechts bedienen, auch sollen sie wenn sie weg reisen wollen sich vorher bey Straffe 100 gs. bey dem Beamten jegliches Ohrts anmelden. Es sollen aber alle und jede Juden Uns und Unsern Successoren am Regiment Jährlich eine gewisse Recognition, und Zwar die Vermögenste unter Ihnen 6 r und eine Ganß die übrigen aber 2 rthlr und einen Capaun, mit dem anhang, daß alle diejenige, so solche gelder nicht erstatten Können oder wollen, auß Unserm geleidt außgeschlossen sein sollen, ohnfehlbahr auff Ostern benebenst dem Schreibgeld Jährlich Zuentrichten schuldig und gehalten seyn.

[Abzugsrech
Recognition]

Im Ambte Esens

Feilman Bendix 4 r Cosmes Jonas 3 r Joseph Jonas 4 r Joseph David 3 r. David Samuels 2 r Moses Benjamins W 2½ r Benjamin Moses 2 r Callmer Moses 2 r Samuel Joseph 2 r Leo Feilmann 2½ r Heyman Feilman 3 r Samuel Bendix W 2 r Hertz Moses 2 r, Meyer Magnus 2 r Abraham Bendix arm

Im Ambte Wittmund

Jacob Callmars arm Nathan Levi 2 r Zadack Nathan 2 r Levi Nathan 2 r Bele Cosmes 2 r Nathan Cosmes 2 r Nathan Elken 4 r Elias Jacobs 2 r Goshel Abrahams 2 r Isaac Feisten 2 r Arend Feisten 2 ½ r Abraham Jacobs arm Nathan Cappels 2 r Arend Nathan 2½ r

Friedeburger Amt

Abraham Jacobs 2 r. Cappel Samuels W. 2 r Assuo¹⁾ Abrahams arm

Stickhauser Amt

Meyer Jacobs 3 r.

Leerder Amt

Meyer Jacobs 2 r Wolff Levi 2 r Scheyer Abrahams 3 r Selcke Abrahams 4 r Moses Jacobs 2 $\frac{1}{2}$ r. Leefman Schayer 2 $\frac{1}{2}$ r Victor Israel 2 r Samuel Moses 2 r Isaacs Meyer 2 r Meyer Salomons arm Lambert Salomons 2 r Jacob Moses arm Wolff Moses W. 2 r. Isaacs Moses W. 2 r Nathan Levi 2 r Jacob Salomons W. arm Henning Salomons W. arm Abraham Zadack 3 r Zadack Goshel 4 r Michael Zadack 2 r Simon Isaacs 4 r Casten Arentz W. 4 r Salomon Salomons 3 r Arent Salomons 3 r Hayain Salomons 2 r. Samuel Salomons arm

Embder Amt

Jacob Samson arm Moses Salomons 4 r.

Gretsyhler Amt

Moses David 2 r Abraham von Bergel 2 r Victor Wolff arm, Levi Abrahams arm

Norder Amt

Jacob Isaacs 2 r Magnus Jacobs 2 r Nathan Jacobs 3 r Castien Joosten 3 r Moses Philips 3 r Goshel Philips 2 r Calmer Isaacks 2 r Samson Jacobs 2 r Samson Cosmes 2 r David Levi Lazarus 2 r Arend Zadochs 2 r Isaacs Moses 2 r Abraham Salomons 2 r Levi Heyman 2 r Bendix Heyman 2 r Magnus Davids 2 r Calmer Josephs 2 r Arend Suldemer²⁾ arm Samuel Jacob W. arm Salomon Jacobs arm Victor Pape arm Wolffesen arm

Berumer³⁾ Amt

Joseph Isaacs arm Samuel Moses arm, Isaac Efraim 3 r Cosmes Isaacks arm, Jacob Ihr Schwieger Sohn arm, Goshel Gumper 2 r Simon Lazarus 3 r

Auricher Amt

Joseph Ballin 6 r Calmer Meyer 2 r Bendix Meyer 2 r Abraham Hartig 2 r Samson Hartig 2 r Calmer Hartig 2 r Simon Jacobs 2 r Abra-

¹⁾ Wohl für Assur.

²⁾ Für Suedemer.

³⁾ Für Bekrumer.

ham Ballin 3 r Berend Isaacks 2 r Isaack Abrahams 2 r Moses Jochims
2 r Bendix Abrahams arm, Lazerus Mosis 2 r Salomon Bendix 2 r
Summa 86 so geetzet Zur Summa auff 209 r Jährlich Und 22 arme die
nichts geben können.

Und ob Zwar vermöge voriger Clausul die unvermögende Juden[Armengelei:
auß dem Geleidt sollen ausgeschlossen seyn, so wollen Wir dennoch
vor diesesmahl auß besonderer Gnade denen armen verstattet haben,
auff 2 Jahr in Unserm Lande Zu bleiben jedoch mit dem Beding, fals
sie nach solcher Frist jeglich keine 2 r bezahlen können sie des Geleits
ipso facto entweder verlustig, oder andere vermögende falß sie im
Lande bleiben, das Schutzgeld Zu 2 r vor Sie bezahlen sollen.

Da auch einer oder ander dieser Juden ein Kind würde außstatten, [Brautgeld]
sollen Braut und Bräutigam Zusammen Uns Zu foderst 6 r ohn-
weigerlich und ohne Unterschied ob sie ins Land und bey den Eltern
im Hauße bleiben oder nicht, Zu entrichten, und sonsten das ge-
wöhnliche schreibgeld alß drey Rthlr. an Unserm Rath und Ober Rents-
meister zu bezahlen, und dan gleich vorigen Jährlichs auff Ostern
sein Jahr geld gleichfalß in Unsere Ober Rente Cammer und sonsten
wie obgemeldt, in Unsere Küche einlieffern laßen;

Befehlen darauff Unsern Cantzler auch Vice Cantzler und allen
und Jeden Unsern Geheimbten und andern Rächten, Drosten Ambt-
leuten und Burgermeisterern und Rath in den Städten und ins gemein
allen Unsern Officianten und Unterthanen, daß Sie besagte Juden alle
und Jede bey diesen unsern ertheilten Geleit biß an Unß schützen und
Handhaben in ihren habenden schulden und andern Rechtfertigungs
Sachen Zu Ihren Geldern und sonsten ihrer befugnüße gebührlich
und unweigerlich verhelffen, Sie von niemand gegen diesen Unsern
Brieffe beleidigen laßen, auch ferner ernstlich darob halten wenn
Sie etwan nach diesen einen Todten von den Ihrigen würden be-
graben laßen, daß Sie so wenig mit Worten alß Wercken, von jemand
mögen beleidiget werden, bey vermeidung gewißer arbitral Straffe
und Unser Ungnade. Deßen allen Zu wahrer Urkundt haben Wir
diesen Unsern Geleits Brieff eigenhändig Unterschrieben und mit
Unserm Fürstl. großen Insielg wißentlich befestigen laßen, So ge-
schehen auff Unserm Residentz Hauß Aurich den 22ten Septembris
des Ein Tausend Siebenhundert und achten Jahrs

Georg Albrecht.

Statistik der Juden in den preussischen Staaten 1728 und 1749.¹⁾

Specification der Juden Familien in sämtlichen Königlichen
Landen excl. Schlesien und Ostfriesland.

Zahl der Familien de anno 1728.	Zahl der Familien 1749.
1. Berlin incl. der Wittwen deren 2 vor eine Familie angesetzt worden	180
2. Chur Mark	100
3. Neu Mark	127
4. Pommern	65
5. Franckfurth an der Oder	60
6. Halle im Magdeburgischen	50
7. Halberstadt	192
8. Hohenstein und andere Städte in Halberstadt-schen	102
9. Cleve Marck und Soest	176
10. Minden und auf dem Lande	42
11. Ravensberg, Tecklenburg und Lingen	60
12. Moeurs	10
13. Preußen	9
<hr style="width: 100px; margin-left: auto; margin-right: 0;"/>	<hr style="width: 100px; margin-left: auto; margin-right: 0;"/>
1173	2093

Die beiden Tabellen, die ich an die Spitze gestellt habe, stehen am Ende eines Berichtes, den Uhden, der bekannte Generalfiskal und als

¹⁾ Aa. des Kgl. Polizei-Präsidiums zu Berlin, Juden-Sachen Gen. nr. 18.

solcher Chef des Judenwesens, am 7. Februar 1749 dem Könige überreicht hat. Der Bericht gehört zu den Vorarbeiten des Generalprivilegs vom 17. Mai 1750. Diese Vorarbeiten sind von L. Geiger (Geschichte der Juden in Berlin II 1871 S. 281 f.) eingehend dargestellt worden. Der einleitende Bericht Uhdens, der unten folgt, ergänzt Geigers Mitteilungen in einigen Punkten, die nicht gleichgültig sind. Er gehört hinter die C. O., die Geiger S. 295 f. wiedergibt. Die prinzipiellen Fragen, die Uhdens an den König richtet, zeigen, wie wenig, sich die Kommission trotz der seit 1737 andauernden Vorarbeiten, über die Grundfragen schlüssig geworden war. Denn die Festlegung der Zahl der Juden unter einem Modus, der ihr Anwachsen dauernd einschränken sollte, ist das eigentliche Leitmotiv der neuen Ordnung des Judenwesens. — Die von Uhdens beklagte Umgehung der Duldungsbeschränkungen durch eine über das notwendige Maß hinausgehende Inanspruchnahme des Rechts, publique Bediente und Handlungsknechte zu halten, war die natürliche Folge der strengen Beschränkungen. Diese Verhältnisse werden sehr gut illustriert durch eine Erklärung, die im Jahre 1802 der Vertreter der Judenschaft von Märk. Friedland offenherzig zu Protokoll gab¹⁾: „Um der gezwungenen Emigration²⁾ der armen Juden vorzubeugen, fielen nun die Judengemeinen auf allerley Mittel, die freilich auf eine Umgehung der Gesetze hinausliefen, jedoch vor einem billigen Richter in Rücksicht der großen Strenge womit die Juden behandelt werden, wohl Entschuldigung erhalten werden. Es war nemlich den ordinären und extraordinären Schutz Juden gestattet, resp. zwei und einen Handlungs Bedienten zu haben. Nun nahmen bey nahe sämtliche Schutz Juden arme großentheils verheirathete Juden zu ihren Handlungs Bedienten an, und diese erhielten auf solche Weise ein freilich nur precaires Recht zur Duldung. Auf ähnliche Weise wurden auch mehrere armen Juden unter dem Titel von Publiquen Synagogen Bedienten im Lande behalten obgleich es wohl gewiß ist, daß vielleicht keine einzige Gemeinde wirklich so viele Publique Bediente nöthig hat, als damahls angegeben worden.“

Uhdens Bericht lautet:

Allerdurchl.

Ew. Königl. Majestät haben in Gnaden geruhet, da nunmehr die Juden Tabellen aus allen Provintzien auch von der hiesigen Judenschaft eingekommen, solche der zuletzt niedergesetzten Commission

¹⁾ Märk.-Friedland A 7, Jahrgang I dieser Mitteilungen S. 73.

²⁾ Vgl. a. a. O. S. 73 A 3.

zufertigen zu laßen, und sind von selbiger solche Tabellen mir insgesamt zugeschicket worden, ich bin sie durchgegangen, und habe daraus die beyliegende General-Specification der in jeder provintz de anno 1728 und 1730, da das General-Privilegium angefertigt worden, befindlich gewesenenen Juden-Familien und deren jetztigen Zahl extrahiret, dergestalt daß anjetzo incl. der Bedienten 920. Familien, oder wenn die Bedienten noch abgezogen werden, ohngefehr 800. Familien mehr, als vor 20. Jahren vorhanden seyn möchten, und die Juden nur in einigen Provintzien vor andern, auch hier in den Residentzien sich besonders stark vermehret; die hiesige Judenschaft hat zwar in ihrer Vorstellung, mittelst welcher sie ihre Tabelle eingerichtet, gesetzet, daß die Anzahl der hiesigen Schutz-Juden außer derselben Kinder und Gesinde sich nur auf 250 belaufen, und darunter gleichwohl viele publique Bediente, auch gantz alte abgelebte Leuthe und specialiter privilegierte befindlich, ich kann aber nicht begreifen, wie sie dieses so dreust dahin schreiben können, da ihre Tabellen 321 Familien, welche Zahl ich auch in specificatiõne deshalb eingenommen, befinden.

Es erhellet allenthalben, daß sich viele Juden eingeschlichen, oder admittiret worden, die nicht zum Schutz und Geleit gehörig legitimiret, und daß, wenn ich die Wahrheit nicht hinterhalten soll, Cammern, Regierung, Commissarii Locorum und Magisträte nicht genugsame Intention, daß sich die Juden in dero Landen nicht allzusehr vermehren sollen, genommen haben, sonderlich auch viele verheyrathete, und zwar unter den Nahmen von Bedienten, als Todten-Gräber, Koller, Krankenwärther, Schulmeister, ja wohl verheyrathete Knechte aufgenommen worden; Meinen Satz kann ich nicht weiter beweisen, als wann ich zu beyspielen anführe, daß in der Halberstaedtschen Tabelle sogar 28. unvergleitete ausdrücklich benennet werden, und die Clevische in ihrem Bericht schreibt, daß sie selbst mit Verwunderung befunden, daß den unzähligen poenalisirten Verordnungen¹⁾ sich hie und da ohnvergleitete Juden eingeschlichen, toleriret oder unzuläßiger Schutz ertheilet worden; gleichwohl sind diese beyde provintzien Halberstadt und Cleve diejenigen, wo noch die wenigste vermehrung geschehen, die einmahl vorhandenen oder admittirt zu vielen Juden Familien nunmehr fortzujagen, würde zu hart seyn, und viele Bewegungen veruhrsachen.

¹⁾ Hier fehlt etwa: zum Trotz.

Dahero mit Ew. Königl. May. allergnädst. Erlaubniß ohnmaßgeblich vorschlagen will, ob die Sache nicht dergestalt zu faßen, daß die sämtl. Tabellen mit ihren Documenten und Angaben, worauf jeder sitzt, genau durchgegangen, die Zahl welche als würkl. Schutz-Juden cum effectu ein Kind anzusetzen bleiben sollen, fest gestellt, und die übrigen nur ad Dies vitae geduldet, eingeschlichene gantz fremde aber die nicht einst eingebohrne Juden sind, noch einigen Grund im Lande zu wohnen haben, an ihre Örter gewiesen werden sollen. Ich bin jedoch dieses Werk allein zu übernehmen, theils nicht im Stande, theils werden es auch Ew. Königl. May. selbst nicht rathsahm erachten, sondern es könnten die Tabellen unter den Membris der jetzigen Commission vertheilet und von jeder über die provintz und Tabellen, so er erhalten, nach dem er alles durchgegangen und examiniert, bey zu haltenden Sessionen der Commission vorgetragen, und wie es bleiben solle, bis auf Ew. Königl. May. allergnädigste approbation festgesetzt werden. Zu Erleichterung dieser Sache würde gereichen, wenn Ew. Königl. May. vorhero darüber einige principia fest zu setzen geruhen wolten, als

1. ob und was vor Concessiones vorgültig, und z. E. davor passiren solten, welche die Cammern und Regierungen vor sich ohne Ew. K. M. approbation ertheilet,
2. ob diejenigen Juden setzen zulassen, welche Commissarii Loci Magistrate oder die Juden des Orts selbst als Bediente, dergl. vielfältig, sonderlich in den Landstädten, dabey zu handeln pflegen, angenommen, oder admittiret;
3. ob und wie weit diejenigen zu passiren, so sich als 1^e-oder 2^e-Kinder auf ihres Vaters privilegium angesetzt, aber desfalls wie doch nöthig und üblich, vornehm. daß Recrut-Cassen Interesse darunter versiert;
4. ob wie viel und was vor Bediente, jedes Orts wo Juden sind, nöthig als darunter verschiedener Misbrauch obwalten,
5. ob nicht denen so Bediente seyn wollen und sollen der Handel schlechterdings zu untersagen, und dazu so viel möglich unverheyathete auch keine Ausländer genommen werden sollen;
6. daß die bediente unter den ordentlichen Schutz-Juden nicht zu rechnen noch selbige Kinder einsetzen können.
7. Wie es hinführo mit aller und jeder Ansetzung eigentlich gehalten werden, wer darauf acht haben und von die Mißbräuche respon-

sable seyn solle etc. Wenn denn dieses alles bewerkstelliget, so könnte die eigentliche Specification der Juden Familien so Ew. K. M. immediate untern 7ⁿ Sept. p. erfordert haben, angefertigt werden. Ew. K. M. höchsten Ermessen und ferneren allergnädigsten Verordnung laße jedoch alles anheim gestellet seyn, und übergebe zugleich im Anschluß zumahl ich auf dero höchsten Befehl zur Schwedtschen Commission abgehe und einige Wochen wegbleiben dürffte, die sämtl. mir zugeschickten provincial Berichte und Tabellen nebst hiesiger Juden Liste und ersterbe

E. K. M.

Uhdens.

Berlin d. 7. Febr. 1749.

Ein Vergleich mit dem General-Privileg zeigt, daß die Vorschläge in Uhdens Sinn Berücksichtigung fanden.

Übersicht

über

**den jüdisch-geschichtlichen Inhalt des Königl. Staatsarchivs
zu Hannover**

von

M. Zuckermann
(Hannover)

Vorwort.

Die Ordnung des Aktenmaterials im K. Staatsarchiv zu Hannover ist aus der territorialen Entwicklung des Hannoverschen Staates hervorgegangen.¹⁾ Das Jahr 1705, in welchem Calenberg und Celle zum Staate Hannover vereinigt wurden, sollte die Zeitgrenze für die drei Gruppen: Calenberg, Celle und Hannover bilden. Die Aktengruppe Hannover ist jedoch erst in den dreissiger Jahren des neunzehnten Jahrh. entstanden und die bis dahin erfolgten Aktenzugänge sind teils der Calenbergschen, teils der Cellischen Gruppe zugeführt worden. Von den später erworbenen Landesteilen bildet das Hildesheimer Landesarchiv eine besondere Gruppe, während das Bremen-Verdensche Archiv der Aktengruppe Celle angeschlossen wurde.

Für die Landesteile Osnabrück und Ostfriesland bestehen die selbstständigen Staatsarchive zu Osnabrück und Aurich.

Der Amtsbezirk des K. Staatsarchivs zu Hannover umfasst demnach in territorialer Hinsicht folgende Gebiete:

1. Die Landdrostei Hannover, bestehend aus dem Fürstentum Calenberg und den Grafschaften Hoya und Diepholz.

2. Die Landdrostei Hildesheim, bestehend aus den Fürstentümern Hildesheim, Göttingen und Grubenhagen und der Grafschaft Hohnstein.

3. Die Landdrostei Lüneburg, bestehend aus dem Fürstentum Lüneburg.

4. Die Landdrostei Stade, bestehend aus den Herzogtümern Bremen-Verden und dem Lande Hadeln.

¹⁾ Vgl. M. Bär Geschichte des K. Staatsarchivs zu Hannover, Leipzig 1900 und derselbe: Übersicht über die Bestände des K. Staatsarchivs zu Hannover, Leipzig 1900, S. 1—18 (= Mitteilungen der K. Preussischen Archivverwaltung Heft 2 und 3).

5. Die Berghauptmannschaft Clauſthäl, bestehend aus dem Harzanteil.

Durch die Ablieferung der Akten von seiten der Verwaltungsbehörden und sonstige Erwerbungen vollzog sich das regelmässige Wachstum des Staatsarchivs. Einen nicht unbedeutenden Teil unter diesen grossen Aktenbeständen bilden die Judenakten. Während urkundliches Material zur Geschichte der Juden sich nur spärlich findet, dürfte das Aktenmaterial hinsichtlich des Alters und der Vollständigkeit zu dem besterhaltenen in den deutschen Staatsarchiven gehören.

Die vorliegende Arbeit bietet eine Übersicht über diesen Bestand an Judenakten. Die bereits vorhandenen Repertorien konnten dem Verfasser gute Führerdienste leisten; jedoch sind fast sämtliche dort enthaltenen Angaben durch eine nochmalige Durchsicht der Akten geprüft worden.

Hierbei zeigte sich die Notwendigkeit, das Material an vielen Stellen einer völligen Umarbeitung zu unterziehen. Inhaltsangabe und Titel konnten an manchen Stellen gekürzt, mussten jedoch an vielen Stellen, wo sie zu allgemein gehalten waren, bedeutend erweitert werden.

Was die Personalakten anbetrifft, so sind nur diejenigen aufgenommen, die ein historisches Interesse beanspruchen, sei es durch die betreffende Person oder den behandelten Gegenstand.

Die Zusammenstellung und Anordnung des Materials gliedert sich nach den vier bereits oben genannten Aktengruppen: Calenberg, Celle, Hannover und Hildesheim.

Auf die bereits gedruckte Literatur ist an den betreffenden Stellen hingewiesen. Das beigegebene Orts- und Personenregister dürfte die Orientierung wesentlich fördern.

Hannover, April 1910.

M. Z.

Calenberg 8.

B. Städtesachen der Fürstentümer Calenberg und Göttingen,
16.—18. Jahrh.

Göttingen

20 nr. 7: Judenschutz (1542—1544).

Hameln

nr. 57: Differenzen zwischen der fürstlichen Stadtvogtei und Bürgermeister und Rat zu Hameln wegen einiger wegen Münzfälschung und Kipperns eingezogenen Bürger und Juden in Hameln (1622).

nr. 92: Beschwerde der Handwerkermeister, Schuster- und Knochenhauergilde zu Hameln über einen Eingriff des Schutzjuden *Cosmann Gans* zu Hameln in ihre Handlung und Nahrung (1673).

Hannover-Neustadt

nr. 45: *Phibes Heilbott* c/a. Bürgermeister und Rat zu Hannover, seine Inhaftierung und Verweisung aus der Stadt betr. (1587. 1598). Darin: Zwei Gutachten „ob den Juden die vorgeschriebene Mietwohnung auszuhalten sei“ — Schutzbrief des Rates von Hannover für *Phibes*, seinen Bruder *Jobst* und seine Mutter *Brunneke* (1577).

nr. 135 a: Beschwerde des Krameramts über den Schutzjuden *David Oppenheimer* (1716).

Hannover-Neustadt

nr. 1b: Akta betr. das dem Rate zu Hannover anheimfallende Gut einer sich entleibten Jüdin (1500).

nr. 3: Akta betr. den Juden *Abraham Peine* auf der Neustadt-Hannover (1553; vgl. Jahrb. für d. Gesch. d. Juden I S. 188—189).

nr. 15: Die den Juden auf der Neustadt von dem Oberst *Molinus* erteilte Erlaubnis zum Bau einer Synagoge und die dagegen erhobenen Beschwerden (1619).

Darin: Judenprivilegien von 1608 u. 1614, der von Herzog *Heinrich Julius* für *Nathan Schay* aus *Hildesheim* und

dessen Familie erteilte Schutzbrief (20. IV. 1608; vgl. M. Zuckermann „Dokumente zur Geschichte der Juden in Hannover“ Heft I S. 35 u. f. u. Zeitschr. d. Hist. V. für Niedersachsen 1861 S. 304—306).
nr. 36c: Kanzler und Räte in Hannover fordern von dem Obersten *Molinus* Bericht über die von den Juden auf der Neustadt Hannover bewohnten Häuser (23. VII. 1652).

nr. 41b: Fremde Juden und deren Schutz (1668); enth. Schreiben des Schutzjuden *Levin Goldschmidt* auf der Neustadt-Hannover betr. die unvergleiteten Juden (31. I. 1668) und ein Gesuch des Juden *Joseph v. Wetzlar* um Schutz „er will sich bezeigen wie einem Juden, qui in Republica Christiana recipitur, gebührt“ (22. III. 1668).

Münden

nr. 39: Gesuch des Schutzjuden *Moses Ilden* zu Münden wegen eines Schutzbriefes für seinen Vater (1664).

nr. 48: Beschwerde der Juden aus *Frankfurt* und der *Wetterau* über den zeitigen Kommandanten zu Münden wegen ungebührlicher Abgiften (1677).

nr. 51: Die konzedierte Umzäumung der Juden-Grabstätte zu Münden (1678).

Northeim

nr. 84: Beschwerde über die ungewöhnlich hohen Zölle, die von den durchreisenden Juden zu *Northeim* gefordert werden (1667—1673).

Wunsdorf

nr. 7: Der Magistrat verbietet einem Juden in *Wunsdorf*, sich ein Haus zu kaufen (1560).

Calenberg 9.

Städtesachen des Fürstentums Grubenhagen.

Osterode

nr. 23: Die Abschaffung der dortigen Juden, ihren ärgerlichen Handel und Wandel und ihren Schutz betr. (1632—1671).

nr. 48: Die Depossedierung des *Levin Lazarus* aus seinem Wohnhause (1689).

Werningerode

nr. 8: Der Aufstand zu *Elbingerode* gegen Juden und Münzfälscher (1622).

Calenberg 13.

Münz-Sachen (1544—1802).

nr. 13. 15. 22: Bestallung des Juden Phibus aus Hannover zum Pächter der Münze in Wunsdorf und die gegen ihn erhobene Anklage (1565—1569).

Korrespondenz zwischen dem Herzog Friedr. Ulrich von Braunschweig-Lüneburg und dem Landgrafen Ludwig v. Hessen in Angelegenheiten des Juden Israel Simon aus Hameln (1620).

Calenberg 15.

Privatakten, 16.—18. Jahrh.: Personalia.

Bacharach

Empfehlungsschreiben der Stadt Münden für Salomon Bacharach (1657).

Behrens

Aufenthalts-Erlaubnis für die Schwiegermutter des Oberhoffaktors Gumpert Behrens in Hannover (1710—1712).

Die Arretierung des Oberhoffaktors Isaac Behrens (1720).

Logier-Privileg für Herz Behrens in Hannover (1707).

Geld- und Handelsgeschäfte des Kammeragenten Leffmann Behrens (1700—1717).

Leffmann Behrens Schuldforderungen an Maximilian Wilhelm, Herzog von Braunschweig-Lüneburg (1694 bis 1700).

Konzept eines Interzessionschreibens des Kurfürsten Georg Ludwigan Churmainz für Leffmann Behrens und Sohn, betr. eine Schuld, die letzterer von Chaym Gandersheim und Herz Cassel in Mainz zu fordern hatte (6. IX. 1701).

Kurfürst Georg Ludwig verwendet sich bei dem Kaiser Joseph für eine Schuldforderung, die Leffmann Behrens und Sohn an den verstorbenen kaiserl. Agenten Samuel Oppenheimer und dessen Sohn Emanuel haben (1703—1704).

Prozessakten betr. die Schuldforderung von Leffmann Behrens an die in Frankfurt a. M. wohnenden Juden Emanuel Drach, Isaac Goldtschmidts Wittwe und Erben und Herz zum weissen Schwan (1706).

Empfehlungsschreiben des Kurfürsten Georg Ludwig an den Fürsten von Dietrichstein für den Ober-Rabbi David Oppenheimer (13. I. 1702).

Akten betr. die Erbschaftsangelegenheit des Schutzjuden Wolf Oppenheimer in Hannover nach dem Tode seines Schwiegervaters Marx Modell in Onolsbach (1711).¹⁾

Schutzjude Wolf Oppenheimer in Hannover beschwert sich bei den Hofräten, dass von ihm bei seiner Rückreise aus Hamburg der dortige Magistrat das Geleitsgeld gefordert habe, obwohl er als Schutzjude von Hannover davon befreit wäre und auch Geheimrat v. Grote (Gesandter des Kurfürsten in Hamburg) den Bürgermeister darüber informiert hätte. Er bittet daher, den Geh. Rat v. Grote zu beauftragen, von dem Magistrat zu Hamburg nicht allein die Rückgabe der erpressten 12 Rthlr. 30 mgr. zu verlangen, sondern auch, dass künftig die Hannoverschen Schutzjuden ungehindert „pass- und re-passiren können.“ Ein dem entsprechender Auftrag wird auch dem Gesandten in Hamburg erteilt (1712).

Kurfürst Georg Ludwig richtet an Kurpfalz ein Schreiben, in welchem er bittet, dass der Verwandte und Korrespondent von Leffmann Behrens, der in Düsseldorf wohnende Schutzjude Joseph Jacobs von Geldern, der lange Zeit in Jülich gefangen war, nicht so sehr nach der Strenge des Rechts als vielmehr nach Clemenz behandelt werde (17. III. 1702). Am 4. IV. 1702 antwortet Kurfürst Joh. Wilhelm, dass er auf die erhaltene Fürsprache den Juden Joseph Jacobs von Geldern aus der Haft entlassen habe.

Konzession für Isaac Behrens, nach den Hannoverschen Landen zurückkehren zu dürfen (1745).

David

Anleihe des Grafen von Waldeck bei Michael David (1714; enth. einen von dem Grafen Friedr. Anton Ulrich zu Waldeck-Pyrmont-Rappoltstein ausgestellten Schuldschein von 3000 Thlr. auf die Gläubiger, den Hof- und Kammeragenten Michael David und Herz Behrens Wittwe zu „Sechs pro Cento jährlich“; es werden für diese Schuld „zur hypotec gesetzt“ die

¹⁾ An dem Prozesse sind folgende Personen beteiligt: Der Obervorsteher zu Onolsbach Elkan Frankell, sein Bruder Hersch, Rabbiner in Onolsbach, Isaac Seckel, Barnos zu Gunzenhausen, Salomon Oscher, B(P)arros zu Wassertrüdingen; ausserdem legt ein Schreiben des Caurf. Georg Ludwig an den Markgrafen zu Brandenburg-Onolsbach in derselben Angelegenheit bei (dat. 23. VI. 1711).

inn- und ausserhalb des Landes liegenden gräflichen Güter, die in der Grafschaft Pyrmont belegene Mühle, die Einnahmen aus der Brauerei etc.)

Anweisung für den Hofagenten Michael David, an die Söhne der Gräfin von Schaumburg-Lippe zu Utrecht bestimmte Renten zu zahlen (1718; König Georg wurde von der Gräfin ersucht, den Michael David zu beauftragen, dass er ihren zu „Utrecht itzo Subsistirenden Söhnen für das itzo laufende Quartal von Johannis bis Michaelis 800 Thaler, hernach aber für jedes Quartal 1000 Taler bis zu anderer weiteren Verordnung übermachen sollte“).

Die Glaubwürdigkeit jüdischer Handelsbücher besonders die des Hofagenten Michael David (1725).

Michael David bittet um Geleits- und Schutzbriefe für seinen Bruder Abraham David (1710).

Oppenheimer

y 3297: David Oppenheimer bittet um Schutz- und Geleitsbriefe für seine Niederlassung in der Neustadt-Hannover (1715).

Schay

y 3958: Israel Schay gegen Bürgermeister Becker zu Bodenwerder (1590).

y 4816: Bericht des Rats zu Bodenwerder in Sachen Heinrich Wedemeyer gegen Schay (1590).

Calenberg 23 IX.

Innere Angelegenheiten 1488—1705.

1. Schutzbriefe (für den Judenfärber Jost „zu Wendhe wohnend“ Münden 5. IV. 1537 — für „den Juden Laewen“ 29. IV. 1543 — für Isaac in Münden 3. IV. 1547 und ein Gesuch der Judenschaft zu Münden an die Herzogin Elisabeth von Braunschweig und Lüneburg 21. III. 1547).

2. Gesuch der Judenschaft zu Weende betr. das von Herzog Erich erlassene Ausweisungsedikt (22. XII. 1574) („etzlicher unserer Vorfahren wohnen lenger als zwei und drei jahrhunderte hier und wir auch in dem Fürstenthum der unseren Begrebniß haben“) — Gesuch des Schutzjuden Heinemann zu Münden an Herzog Erich um Schutz und Schirm (1. I. 1575).

3. Schutz- und Geleitsbrief für „Israel Juden oder einen andern idoch mit vnserm Vorwissen“ ausgestellt von Joh. Heinrich dem Mittleren, Herzog von Sachsen, Landgraf zu Thüringen und Mark-

graf zu Meissen (12. XII. 1564). — Bestätigung der Judenprivilegien Karls V. durch Kaiser Maximilian II. (In beglaubigter Abschrift, Augsburg 8. III. 1566) — Schutzbrief für Israel Schay aus Bodenwerder (ausgestellt von Herzog Erich 5. V. 1575).

3a: Bittschrift der unter dem Herzoge Heinr. Julius von Braunschweig-Lüneburg wohnenden Juden an den Kaiser (9. I. 1570; vgl. Zeitschr. d. histor. Vereins für Niedersachsen 1861 S. 279 bis 280). — Schreiben des Kaisers Maximilian an den Herzog Heinrich Julius in derselben Angelegenheit (Prag 20. I. 1570; vgl. daselbst S. 281—282). — Schreiben der sächsischen Juden an Joachim v. Nordhausen (2. II. 1570). — Herzog Heinrich Julius kündigt den Juden in seinen Landen Schutz und Schirm (Wolfenbüttel 15. VII. 1591; Zeitschr. d. h. V. f. Nieders. 1861 S. 257). — Bittschrift der Ältesten und Gemein-Ältesten der Judenschaft zu Prag an den Kaiser Rudolph, betr. das Ausweisungsmandat des Herzogs Heinrich Julius (Prag 11. IX. 1591; vgl. Z. d. hist. V. 1861 S. 291—294). — Dieselben Bittschriften in derselben Angelegenheit (Prag 16. IX. 1591 u. 14. VII. 1592 Zeitschr. 1861 S. 294—301). — Ein Schreiben des Kaisers Rudolph II. an Herzog Heinrich Julius, den Juden in seinen Fürstentümern nicht die Landstraßen zu versperren (21. VIII. 1592 Zeitschr. daselbst S. 301—303). — Schreiben von demselben an Herzog Heinr. Julius das Ausweisungsmandat betr. (Prag 16. IX. 1592). — Anmahnung des Kaisers Rudolph II. an denselben, die gemeine Judenschaft betr. (Prag 16. IX. 1593 Ztschr. S. 303—304).

4: Jude Mosche zu Nordheim, unterstützt von dem Rate, wendet sich um Schutz an Herzog Erich von Braunschweig-Lüneburg (Nordheim 30. V. 1575).

6: Kanzler und Räte verfügen die Schließung der Synagogen auf der Neustadt vor Hannover, in Wunsdorf, Weende und Göttingen (6. V. 1589). — Vorstellung der Judenschaft hierüber an Kanzler und Räte in Wolfenbüttel und an den Herzog Heinrich Julius (15. V. 1589 u. 30. VI. 1589). — Hirsch v. Bockenheim bittet um einen Paßbrief für fremde Juden (4. IX. 1590). — Schriftstücke und Verhandlungen betr. das Ausweisungsedikte des Herzogs Heinrich Julius (1592—1594). — Nathan Schay ersucht Herzog Heinrich Julius, noch einige Bestimmungen über den verlängerten Aufenthalt der jüdischen Kaufleute in seinem Lande aufzunehmen

(18. XII. 1594). — Schriftstücke. betr. eine Beschwerde des **Nathan Schay** wegen der seinem Bruder abgenommenen Waren (1595).

7: Verordnungen und Ausschreiben (1590).

8 u. 9: Judenschutz (1590—1591).

9a: Schreiben des Schulrats **Wichmanns** aus **Ronnenberg** wegen eines Juden **Victor** auf der **Neustadt** vor **Hannover**, der zum Christentum übertreten will, und eine Anklageschrift gegen die Juden, daß sie wiederum in der Neustadt ihre conventicula in der Synagoge haben (1. II. 1613) — **Erytropel**, Prediger zu **St. Georgii**, bestätigt dies (22. II. 1613). — Schreiben der Konsistorialräte zu **Wolfenbüttel** an den Herzog wegen der Zusammenkünfte der Juden in der Synagoge (25. II. 1613). — über die Zusammenkünfte der **Göttinger** Juden in ihrer Synagoge (27. IX. 1613). — Berichte über die Synagoge in **Clettenberge**, **Bleichrode** und **Ellrich** (1620). — Lateinischer Brief des Grossvogtes zu **Calenberg** (**Lucas Langenmantel**) aus d. J. 1614 und ein Schreiben des **Basilius Sattler** vom 4. V. 1620, in derselben Angelegenheit.

10: Streitigkeiten der **Hameler** Juden mit der Stadt **Hamel** in Schuldangelegenheiten (1622).

11: Jude **Löf** und Sohn ersuchen Kanzler und Räte zu **Hildesheim** um Erteilung eines Schutzbriefes (10. II. 1636). — desgl. **Herz Samson** in **Hildesheim** (15. III. 1636). — **David Schay** wendet sich an Herzog **Georg**, um für die Erbschaftsansprüche, die sein Sohn **Israel** an **Phöbus Salomon** in **Münden** hat, zu interzedieren „sonderlich weil der Juden zu **Münden** geleidt vndt Schutz baldt umb vnd Vorbey vnd daher gefährlich vnd zu besorgen sein Sohn ihme in weihte abgelegene örter nachlauffen müsse“ (**Hildesheim** 28. III. 1636). — Wiederholte Bittschrift um Schutz von **Herz Samson** (**Hildesh.** 5. V. 1636; beigelegt ein Zeugnis über denselben, ausgestellt von den Geh. Kriegsräten und Landvogt zu **Hildesheim**, **Heinrich v. Dannenberg** und **Veit Curt von Mandellon**, und eine Abschrift des Ediktes von Herzog **Georg** (**Hild.** 28. XI. 1634), in welchem es u. a. heisst dass die Juden in der Stadt **Münden** mit Weib und Kindern in den Spezial-Schutz und Schirm des Herzogs **Georg** genommen sind, daher sie von keiner Seite mit Einquartierung zu beschweren sind „villweniger mit Raub, brandt, Plünderung“ etc. — Akten betr. den Prozess zwischen **David Schay** aus **Hildesheim** und der Stadt **Münden**.

12: Führungsattest für **Salomon Bacharach**, ausgestellt von dem Bürgermeister zu **Dransfeld** (1657).

- 13:** Beschwerde des **Leffmann Behrens** gegen die judenfeindlichen Schriften des **Lic. Gulich** zu **Göttingen** (1679—1692)¹⁾
- 14:** Interzessionsschreiben bei der Stadt **Cöln** für **Leffmann Behrens** wegen zurückgehaltener 2000 **Thr.** (1680).
- 15:** Interzessionsschreiben für denselben bei dem **Hamburger Rat** (1681).
- 16:** Der **Tabakshandel** des **Schutzjuden Cosmann Gans** zu **Hamel n** (1682).
- 16a:** Bittschrift des **Schutzjuden Lazarus Samuel** zu **Bergen im Amte Gronau** um **Wiedergestattung** des ihm verbotenen **Lackenhandels** (1684).
- 17:** Interzessionsschreiben für **Leffmann Behrens** wegen zurückgehaltener **Gelder** im **Halberstädtischen** (1689).
- 18:** Über einige zurückgehaltene **Gelder** des **Leffmann Behrens** in **Weissenfels** und **Jena** (1692).
- 19:** Interzession für **Leffmann Behrens** und **Sohn** wegen einer **Schuldforderung** an **Sachsen-Gotha** (1696).
- 20:** **Sekretarius Reck** zu **Regensburg** c/a. dortige **Juden** wegen **Versetzung falscher Pfänder** (1696).
- 22:** Interzession für **Leffmann Behrens** wegen einer **Schuldforderung** an **Lippe-Detmold** (1697).
- 23:** **Akta** der **Geh. R.** zu **Hannover**, betr. den **Juden Gumpert** wegen eines durch **Wertheim** in **Wien** gegen ihn am **Kaiserl. Hofe** angestregten **Kriminal-Prozesses** (1698; **Gumpert** wurde in **Spandau** gefangen gehalten und sollte von dort nach **Wien** ausgeliefert werden).
- 24:** **Nathan Simon** zu **Hemeringen** bittet um einen **Schutzbrief** (1700).
- 25:** **Lazarus Herz** aus **Osterode** bittet für seinen **Sohn** und dessen **Familie** um einen **Schutzbrief** (**Osterode** 7. I. 1696); desgl. **Herz Alexander** aus **Osterode**. — Die **Handelsleute** der Stadt **Osterode** beschwerten sich bei dem **Herzog Georg Ludwig** über „den extendirten Handel“ der dort ansässigen **Schutzjuden**, „vormals gab es dort nur zwei, jetzo ist deren Zahl auf sieben angewachsen“ (s. a.) — **Kramer** und **Handelsleute** zu **Osterode** beschwerten sich über den **Warenhandel** der dortigen **Handelsjuden**, „sie haben sich in 9 grosse separierte **Oeconomien** ausgebreitet“ (6. VII. 1699). — **Lazarus Herz**, seit 30 Jahren **Schutzjude** in **Osterode**, bittet um weitere **Handels-**

¹⁾ *S. Magazin f. d. Wissensch. d. Judentums* 1879, S. 43—33.

konzessionen (20. III. 1700). — Die im hiesigen Lande sich aufhaltenden Judenfamilien (1702; mit ausführlichen statistischen Angaben über deren persönliche Verhältnisse, Gewerbe etc.).

26: Schutzjuden zu M ü n d e n gegen die dort befindlichen ohnvergleiteten Juden (1701; darin: Abschrift des Landrabbinerprivilegs vom 10. III. 1687 und ein Schreiben des Königs G e o r g an Bürger und Rat zu M ü n d e n „dass sie auf dergleichen ausser dem Jahrmarkte einschleichende fremde Juden fleissiger achthaben und denselben keine längere subsistierung als 24 Stunden zu verstatten“).

27: Vergleitung und Niederlassung des Schutzjuden L e v i n M e y e r in E i n b e c k (1701).

28: Concessio Protectoria auf zwei Jahre für W o l f f S e c k e l in H a m b u r g zur Erledigung seiner Rechtssachen (19. V. 1701).

29: Schutzjuden im Amte M ü n d e n (1701—1702).

30: Schutzjude L e v i n L a z a r u s zu O s t e r o d e c/a. dortigen Bürgermeister und Rat wegen eines Hausverkaufs (1701).

Darin: Schreiben des Herzogs H e i n r i c h J u l i u s an Bürger und Rat der Stadt O s t e r o d e , den daselbst wohnenden Juden M o s c h e h nicht länger bei sich zu dulden. (Hertzberg 16. V. 1596) und ein Schreiben von L e f f m a n n B e h r e n s an die Geh. Kammerräte zu O s t e r o d e , dem L a z a r u s H e r z zu gestatten, da die Freiheit vor Osterode abgebrannt sei, sich in Osterode selbst niederzulassen (Hannover 8. XII. 1671).

31: Erneuerung der Geleitsbriefe (1702).

32—50: Schutzbriefe für die Juden zu B o d e n w e r d e r , E r i c h s b u r g , M o r i n g e n , P o l l e , R a d o l f s h a u s e n , S p r i n g e , S t o l z e n a u , H a m e l n , N e u s t a d t - H a n n o v e r , H a r p s t e d t , H e r z b e r g , L o c h e m , L a u e n a u , L a u e n s t e i n , L e m f ö r d e , N e u s t a d t a. R. , R i c k l i n g e n , W i l d e s h a u s e n u. W u n s d o r f (1702).

51: Berichte aus den Ämtern, in denen sich keine Juden aufhalten (1702).

52: Einige Juden, wohnhaft zu H e b e n h a u s e n im Hessischen, ersuchen um Erlaubnis, in den Hannoverschen Landen Handel treiben zu dürfen (1702).

53: Schutzjuden und deren Vergleitung (1703).

54: Juden in H a m e l n (1703).

55: P h i l i p p H e i n e m a n n zu G ö t t i n g e n c/a. Bürgermeister und Rat daselbst wegen eines Hauskaufs (1703).

56: Angelegenheiten der Schutzjuden, Schutzverleihung, Aufkündigung etc. (1703—1714).

Darin: Schreiben der Handelsleute der Stadt Einbeck an die Kurf. Br. Lüneburg. Geh. Räte, durch scharfe mandata den inländischen Juden nicht allein das Hausieren auf dem platten Lande, sondern auch die Verhandlung neuer Waren, sowohl wollener als seidener Stoffe, gänzlich zu untersagen, auch sonst in anderer Handlung ihnen Ziel und Maas zu setzen (Einbeck 14. III. 1703). — Leffmann Behrens verwendet sich bei den Geh. Räten von Hannover, zu gestatten, dass von den aus der Grafschaft Bückeburg vertriebenen Juden sich 3 bis 5 Familien in den Kurfürstl. Landen niederlassen dürfen (Hannover 27. VI. 1706). — Geleits- und Empfehlungsbriefe für den Hoffaktor Gumpert Behrens zu seiner Reise nach Wien (Okt. 1712). — Empfehlungsschreiben des Kurfürsten Georg Ludwig für den Prager Oberrabbiner David Oppenheimer, der sich längere Zeit bei seinem Schwiegervater, dem Hof- und Kammeragenten Leffmann Behrens, auf der Neustadt-Hannover aufgehalten und nun im Begriffe ist nach Prag und Wien zu reisen. (28. X. 1712). — Interzession für den Kammeragenten Michael David zu Hannover bei dem Fürsten Georg Albrecht v. Ostfriesland betr. eine Schuld, die ersterer von dem Hofjuden Abr. Beer zu Aurich zu fordern hatte (14. II. 1713). — Reisepässe für Joseph David Oppenheimer, Schwiegersohn des Oberhoffaktors Samson Wertheimer, zu seiner Reise von Eger nach Hannover (Dez. 1713 bis Febr. 1714).
57: Schutzjuden zu Münden gegen die fremden Juden (1704).
58: Die Bekehrung des Juden Herschen (1704).
59: Moses Gans bittet um die Erlaubnis, dass sich sein Sohn zu Rothorst, im Amt Münden, niederlassen dürfe (1705).

Calenberg 22.

Äussere Angelegenheiten.

Frankfurt a. M.

20: Eingabe des Hauses Meier Michael David & Comp. zu Frankfurt betr. eine Fouragelieferung für die Wahlgesandtschaft (1741).

Hildesheim

30: Die Verwendung der Regierung zu Hannover bei dem Rate zu Hildesheim wegen der Forderungen des Schutzjuden Leffmann Behrens auf der Neustadt-Hannover an Dr. Andreas Kolmar (?) zu Hildesheim (1672).

95: Streitigkeiten zwischen Alt- und Neustadt-Hildesheim wegen einiger Schutzjuden (1713).

111b: Klage des Hildesheimer Rates bei dem Reichskammergericht gegen die Stift-Hildesheimsche Regierung und das Amt Peine in Sachen Nathan Salomon Seckels (1729).

115d: Stadt-Hildesheim c/a. Hochstift-Hildesheimsche Regierung und Nathan Jacob zu Peine (1752).

124: Rekurs des Bischofs von Hildesheim gegen ein Erkenntnis des Reichshofrats in Sachen des Juden Baruch Simon gegen die Padebornschen Landstände (1783—1794).

Hamburg

61: Die Ernennung des Juden A ben z u r zum polnischen Residenten in H a m b u r g (1708—1714).

Mansfeld

3: Schulforderungen einiger Juden an den Grafen Christoph v. M a n s f e l d (1572).

4: Das Schuldenwesen des Grafen v. M a n s f e l d und die jüdischen Gläubiger (1574—1577).

Mecklenburg

82a: Die von Gumpert und Isaac Behrens zu Hannover an den polnischen Residenten Behrend Lehmann zu Halberstadt zedierte Mecklenburgische Obligationen und die Behrenssche Konkurrssache (1721—1732).

83: Manualakten des Subdelegierten Geh. Kammerrat v. Haus zu R o s t o c k betr. die Behrenssche Konkurrssache und besonders das corpus bonorum (1722—1736).

Polen

32: Die Sendung des Juden Behrend Lehmann im Auftrage des Königs August v. P o l e n in schwedischen Angelegenheiten und den polnischen Königstitel betr. (1709).

Sächsische Häuser

118: Das Ansuchen des Herzogs Ernst August von Sachsen-Weimar betr. eine Kollekte zum Bau einer Kirche und eines Prose-lytenhauses für übertretende Juden in D o r n b u r g (1741).

Schweden

163: Verhandlungen des Juden Behrend Lehmann mit K u r s a c h s e n in schwedischen Angelegenheiten (1709).

207: Verhandlungen der L e f f m a n n B e h r e n s s c h e n Erben über eine ausstehende Schuld von 20 751 Rthl. bei der schwedischen

Krone (1720—1724; darin Briefe von Joseph David Oppenheimer an den schwedischen Gesandten v. Dalwig).

Frankreich

26: „Kontrakt mit dem Juden Leffmann Behrens, betr. Überwachung der dem Residenten Brousseau in Paris auf Grund des Neutralitätsvertrags mit Frankreich vom 27. Nov. 1690 und dessen geheimen Zusatz-Artikels vom 11. Dez. auszuzahlenden 500 000 Rthl. (die zur Erlangung der Kurwürde verwandt werden sollten), darunter auch einige auf die Herzog Joh. Friedr. v. Frankreich zu zahlende Subsidien bezügliche Stücke, v. Haften“ (3. IV. 1691).

Worms

3: Prozessakte des Bischöflich. Wormsschen Fiskals und des dortigen Juden Nathan gegen die Stadt Worms (1608).

Calenberg 32.

Sammlung Erskein I.¹⁾

nr. 16: Akten betr. Judenwucher, Judenprivilegien und Judenschutz aus dem 16. und 17. Jahrh.

Darin: Abschriften von Freiheitsbriefen gegen den Juden-Wucher für die Stadt Reutlingen, ausgestellt von Kaiser Ferdinand (Wien 25. IX. 1560). — Anmahnung an Herzog Heinr. Julius von Braunschweig-Lüneburg betr. den von ihm verbotenen Durchzug der Juden durch seine Länder (Prag 11. X. 1593). — Ein ähnliches Schreiben von Kaiser Rudolph an Herzog Heinrich Julius (Prag 15. IX. 1591). — Bestätigung des Juden Isaac zum Rabbiner „der gemeinen Jüdischait im Schwabenlande“ und dessen Privilegien von Kaiser Maximilian (Wien 25. XII. 1566). — Schutz- und Geleitsbrief für den Judendoktor Elia Halfanum (Prag 5. VII. 1598). — Vorstellung von Bürgermeister und Rat zu Nürnberg bei dem Kaiser Maximilian betr. den Judenwucher (12. VIII. 1575). — Bittschrift „Gemeiner Jüdischheit zu Fürth, Zürndorf und Paierstdorf“ an den Kaiser betr. die Judenprivilegien von Kaiser Karl V. (15. VII. 1575) und darauf bezügliche Aktenstücke. — Ausweisungsmandat der Juden aus Worms (Konzept Prag 17. IX. 1558). — Bestätigung der von Karl V. den Juden er-

¹⁾ Über diese Sammlung vgl. Bär, Geschichte d. K. Staatsarchivs zu Hannover (Mitteil. der k. Preuss. Archivverwaltung Heft 2), Leipzig 1900, S. 49 u. f.

teilten Privilegien durch Kaiser Maximilian (Augsburg 8. III. 1566; Abschrift). — Die Kommissarien des Stiftes zu Fulda ersuchen den Kaiser, den Juden auch fernerhin den Aufenthalt daselbst zu gestatten (Mergentheim 24. IX. 1579) und die hierauf erfolgte Erwiderung des Kaisers (Prag 12. X. 1579).

Calenberg 33.

I. Herrschaft Plesse, Landesarchiv 1431—1571.

- 169: Joh. Siverdes, Pfarrer zu Germershausen, berichtet dem Amtmann zu G. über die an Juden verübte Gewalttat des Heinrich Emanuel (1532).
- 170: Levin Vetmilch ersucht den Edelherrn Diederich zu Plesse um Ansetzung eines Rechtstages für die Juden Levin und Süssekind (1534).
- 586: Bericht des Fiskals auf dem Leineberg bei Göttingen an den Edelherrn Diederich den Jüngeren zu Plesse betr. die Klage des Juden Isaac zu Weende gegen einen Plessischen Untertanen in Redinghausen (1534).
- 624: Bader Heinrich Leiffardes zu Göttingen bittet den Edelherrn Dietrich zu Plesse um sein Recht gegen mehrere Juden zu Weende (1571).

II. Die Herrschaft Plesse unter hessischer Herrschaft 1571—1815.

A. Inneres

- 6c: Die Schutzjuden zu Bovernden (1607—1624).
- 8a: Die Auszugsgelder der Schutzjuden (1730).
- 8f: Beschwerde der Einwohner in Bovernden über die allzuhäufige Rezeption der Juden (1748).
- 76a: Die neu zu errichtende Judenschule in Bovernden (1740 bis 1785).
- 1106d: Gesuch der Schutzjuden zu Bovernden, ihnen zu gestatten, eine Münze in Plesse anzulegen (1621—1622).
- 1177: Akta des hessischen Rechtsgelehrten Wolfgang Günther betr. das Judenschutzgeld (1625).

B. Äusseres

- 8: Akta des Landgrafen Philipp zu Hessen betr. die Verwendung für den Juden Lewin in Cassel bei dem Edelherrn Dietrich zu Plesse (1534).

Celle 8.

Münzsachen 1554—1704.

- nr. 56:** Schreiben an die fürstlichen Räte zu Hannover betr. die von dort durch Juden bewirkte Ausfuhr gangbarer Münzsorten (1681).
nr. 74: Akta betr. den Juden Samuel Hamerschlag, welcher „devalvierte“ Münzen ausgegeben (1689).
nr. 104: Akta betr. die Erlaubnis zur Auswechselung der „verrufenen“ Scheidemünze durch den Juden Philipp Aron (Lüneburg 1695).

Celle 13.

Kriegs- und Friedenssachen.

- d 14:** Anweisung des Herzogs Georg Wilhelm zur Auszahlung der durch Leffmann Behrens und Sohn an die Truppen gegebenen Vorschüsse (1704).

Celle 65.

Konstitutionen und Verordnungen 1560—1706.

- 7:** Verordnung, dass die Schutzjuden die aufgekauften Ochsen- und andere Häute nicht nach auswärts bringen dürfen, sondern im Lande selbst verkaufen sollen (9. I. 1696).

Celle 131.

Akten der Geh. Räte zu Hannover betr. das Herzogtum Bremen.
1715—19. Jahrh. Anfang.

- 22 nr. 1:** Gesuch der Schutzjuden des Herzogtums Bremen, die unvergleiteten Juden fortzuschaffen (Hagen 15. VI. 1739; darin Akta betr. die Wegschaffung der bei der Armee als Händler und Marketender sich aufhaltenden Juden).
Verzeichnis der im Herzogtum Bremen mit Schutzbriefen versehenen Juden (16. II. 1733).
nr. 2: Gesuch des Landrabbiners Levi Josua zu Hannover „dass die in den Herzogtümern Bremen und Verden befindlichen Juden in Ansehung der Beobachtung ihrer Gesetze . . . seiner

Aufsicht in eben den Maasse wie die übrige Judenschaft in den hiesigen Landen untergeben werden müßten (1782).¹⁾

Darin: Seine Bestätigung zum Landrabbiner vom 10. XII. 1761 und eine Abschrift der Landrabbinerprivilegien von 1716.

Hannover 9.

Akten des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten.
Im Wesentlichen 18. u. 19. Jahrh.

Stadt Bremen

29: Den von den Schutzjuden aus den hiesigen Landen in der Reichsstadt Bremen willkürlich erhobenen Leibzoll betr. (1799).

Fideikommiss

9a: Die Aufhebung des von dem Hofagenten Isaac J. Gans auf das Haus an der Blumenlage vor Celle, die Fortuna genannt, gelegten Fideikommisses (1799).

9a: Das Gesuch der Senioren der Gansschen Familie in Celle um Einwilligung zur Aufnahme einiger Kapitalien ihres Fideikommisses (1817).

9a u. 27: Das von dem Proviantmeister Isaac Israel in Hannover gestiftete Fideikommiss (1816).

24: Das Gesuch des Georg Ludwig Meyer zu Hannover um Aufhebung eines von dem Kammeragenten Meyer Michael David auf das vormals v. Bernstorffsche Haus an der Calenbergerstr. gelegenen Fideikommisses (1816).

30: Das Gesuch des Negozianten Ezechiel Simon in Hannover um Erlaubnis zur Abänderung einer von dem verstorbenen Kammer-Agenten Michael David in dessen Fideikommiss errichteten Stiftung zum Unterhalte dreier jüdischer Gelehrten (1824).

Holstein

42: Anleihen des Herzogs Carl Friedrich von Schleswig-Holstein bei Michael David unter Garantie des Herzogs Georg Ludwig von Braunschweig-Lüneburg (1713, 1719).

Prädikate

A. vol. I: Hofjuwelier-Patent für den Schutzjuden Salomon Lewi in Hannover (1. XII. 1719).

¹⁾ S. M. Zuckermann, Zur Verwaltungsgeschichte des Hannoverschen Landrabbinats (Hannover 1910) S. 1.

Oberhoffaktoren-Patent für die Brüder Gumpert und Isaak Behrens in Hannover (29. VI. 1720).¹⁾

A. vol. II: Hofjuwelier-Patent für den Schutzjuden Nathan Lewi in Hannover (28. VII. 1738).

A. vol. III: desgl. für Aron Schlesinger in Hannover (11. VI. 1742).

desgl. für Moses Levy in Hannover (6. XII. 1745).

A. vol. VII: Hofagent-Patent für Isaac Gans in Celle (16. X. 1722).

A. vol. IX: Kriegsagent-Patent für Leffmann Herz Cohen in Hannover (26. IV. 1791).

A. vol. X: Hofagent-Patent für Phil. Isaac Gans in Celle (25. V. 1798).

A. vol. XI: Finanzagent-Patent für Levi Salomon, Sohn des Kriegsagenten Salomon Michael David, in Hannover (26. XI. 1802).

A. vol. XII: Kriegsagent-Patent für Jacob Leffmann Cohen in Hannover (13. II. 1816).

B. vol. I: Patent für David Jacques in Hannover als Schaumburg-Lippescher Kammeragent und als Fürstl. Waldeckscher Finanzrat.

Patent für den Judendoktor Marx in Hannover als Hofmedikus des Kurfürsten von Köln.

Hof- und Kammeragent-Patent des Herzogs von Mecklenburg-Strelitz für Philipp Salomon in Hannover.

Privilegia

vol. V nr. 66: Freiheits-Konzession für Herz Behrens auf der Neustadt-Hannover (1692).

Hannover 16.

Akten des Ministeriums der ausw. Angelegenheiten betr. die Verhandlungen der Bundesversammlung zu Frankfurt a. Main 1815—1866.

F. 1: Der Streit zwischen dem Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. und der dortigen Judenschaft (1816, 17).

Darin folgende Druckschriften:

1: An die Hohe deutsche Bundes-Versammlung Untertänigste Denkschrift der Israelitischen Gemeinde zu Frankfurt. Die bürgerl. Rechte und Verfassungsverhältnisse derselben betr. Rödelheim 1816.

¹⁾ S. M. Zuckermann: Dokumente zur Geschichte der Juden in Hannover Heft 1, Hannover 1908, S. 8—9.

2: Abdruck der Gegen-Erklärung des Senats der freien Stadt Frankfurt a. Main an die Hohe Deutsche Bundes-Versammlung. Die Widerlegung der von der Frankfurter Judenschaft an den Hohen Bundestag gebrachten Ansprüche betr. Frankfurt a. M. 1817.

3: Über die Ansprüche der Judenschaft zu Frankfurt a. M. auf das volle Bürgerrecht dieser Stadt.

4: Kurze Erledigung des sogenannten Nachtrags zu der an die Hohe Teutsche Bundes-Versammlung gerichteten Beschwerdeschrift der Frankfurter Judenschaft, deren Ansprüche auf das Bürgerrecht in der freyen Stadt Frankfurt betr. Frankfurt a. M. 1817.

J. 1: Akten betr. die Absicht der Judenschaft bei dem Kongresse in Wien eine völlige Gleichstellung mit den christlichen Landes-Einwohnern in Deutschland auszuwirken und die Verhandlungen am Bundestage zu Frankfurt über die bürgerliche Verbesserung der Juden (1816 bis 1848).

Darin: Schreiben des Grafen Münster, die Aufnahme der Juden in den Militärdienst betr. (London 17. XII. 1816). — Vorschläge desselben über die Verbesserung der bürgerlichen Verhältnisse der Juden (London 2. XII. 1817). — Bemerkungen über die Erweiterung der bürgerlichen Rechte der Juden. — Vortrag in der Kommission zur Herbeiführung einer gütlichen Ausgleichung in betreff der den Israeliten in Frankfurt einzuräumenden privatbürgerlichen Rechte (29. XII. 1824). — Akten betr. die Zurückweisung der Juden von Lübeck nach Moisling (7. VI. 1821).

Hannover 19 c.

Akten der Geh. Räte betr. die Grafschaften Hohnstein und das Stift Ilfeld.
15. Jahrh. — Anf. 19. Jahrh.

X. Allgemeine Landespolizeisachen.

H. Judenschutz

nr. 1: Die Aufnahme der Juden in Bischofroda (1746).

nr. 2: Die in der Grafschaft Hohnstein sich aufhaltenden Schutzjuden (1746).

nr. 3: Das von dem Spiegelschen Gerichte zu Werna und Salzham beanspruchte Judenschutz-Recht und die bei dessen Ausübung entstandenen Missbräuche (1780).

nr. 4 u. 5: Personalien betr. Schutzerteilung (1782—1790).

nr. 6: Judenschutz in der Grafschaft Hohnstein (1794—1795).

nr. 7—14: Schutzerteilung und Erneuerung der Schutzbriefe (1741 bis 1816).

Hannover 19d¹.

Judensachen in der Grafschaft Spiegelberg und dem Amt Coppenbrügge.

- 298: Judenschutz in der Grafschaft Spiegelberg (1717—1738) (Nassau-Hessische Akten).
299: Die Verhältnisse der Juden in der Grafschaft Spiegelberg (1735 bis 1817) (Nassau-Oranische Akten).
300: Akten der Nassauischen Regierung zu Dillenburg betr. das Judengeleit in der Grafschaft Spiegelberg (1745—1763).
301: Einschränkung des Handels der Judenschaft in Koppenbrügge (1765).
302: Judensachen in der Grafschaft Spiegelberg (1772—1780).
303: Schutz und Aufnahme der Juden in der Grafschaft Spiegelberg (1772—1780).
304: Judensachen in der Grafschaft Spiegelberg (1785—1806).
307: Dasselbe (1815).

Hannover 29.

Akten betr. die Verwaltung d. Innern 1838—1848.

21. 2: Gesuche der israelitischen Gemeinden Hannover, Aurich, Emden, Osnabrück, Lüneburg und Osterode betr. die Verbesserung der bürgerl. Verhältnisse der Juden (1837—1841).
3: Der Landrabbiner für Ostfriesland (1839—1841).
4: Vorstellung des Religionslehrers Fuld zu Boverden wegen Einführung eines deutschen Gebets für das Königliche Haus in den Synagogen (1843).
6: Der Erwerb des Stephanschen Wohnwesens in Dannenberg durch die dortige jüdische Gemeinde behufs Einrichtung einer Synagoge (1844).
7: Die Befreiung der jüdischen Handwerker von der Domanalabgabe (1845).
8: Vorstellung des Vorstandes der Synagogen-Gemeinde Hannover wegen des verfügten Anschlusses von Grubenhagen und Göttingen an das Land-Rabbinat Hildesheim (1845)¹⁾

¹⁾ Am 31. März 1845 wurde der Vorstand bei dem Cabinetts-Ministerium vorstellig wegen „der ungeschmälernten Erhaltung des hiesigen Landrabbinatsbezirkes“ oder „für den Fall, dass dies nicht

10: Die von dem Kriegsagenten **Jacob Leffmann Cohen** in **Hannover** gemachte Stiftung zur Unterstützung inländischer Israeliten, welche sich einem Handwerke oder einer Kunst widmen (1845).

12: Die Errichtung einer Bildungsanstalt für jüdische Lehrer (1846 bis 1848).

14: Der Ankauf eines Bürgerwesens durch die Judengemeinde in **El-dagsen** zur Errichtung einer Synagoge (1846).

Hannover 51.

Akten aus der Westphälisch-Französischen Zeit 1806—1813.

XIII 1: Die Anmassung des Gerichts **Wellersen**, Schutzbriefe an Juden zu verleihen (1807).

2: Die Judenschutzgelder aus dem Gerichte **Leineberg** und der Stadtvogtei **Göttingen** (1807).

3: Judentabellen des Reservatdistrikts **Bovenden** (1807).

4: Schutzverleihung an Juden im Amte **Diepenau** (1807).

5: Das von den als Häuslinge im Gericht **Wichtringhausen** wohnenden Schutzjuden erhobene Dienstgeld (1807).

6: Schutzverleihung an Juden im Amt **Hagen** (1807—1808).

7: Die Steuern der Judenschaft zu **Peine** und die Rechnungen des dortigen Syndikats (1808—1811).

erreichbar sein sollte, dass die Herzogtümer Bremen und Verden dem hiesigen Landrabbinate beigelegt werden möge.“ Darauf erfolgt am 19. April 1845 vom C.-M. die Erwiderung: „Es ist schon längst anerkannt worden, dass der Bezirk des hiesigen Landrabbinate, welcher den hiesigen Landdrosteibeizirk, den Landdrosteibeizirk Lüneburg und ausserdem vom Landdrosteibeizirke Hildesheim die Provinzen Göttingen und Grubenhagen begreift, zu gross, der Bezirk des Landrabbinate Hildesheim, welcher bloss das Fürstentum Hildesheim und Goslar befasst, zu klein ist.“ Schon früher wären derartige Anträge auf Erweiterung des Landrabbinate Hildesheim gestellt, jedoch schien, solange der gegenwärtige Landrabbiner im Amte ist, eine Schmälerung des Landrabbinatebezirks nicht angebracht; diese Bedenken fallen nun mit der nachgesuchten Dienstentlassung des Landrabbinate fort, infolgedessen wurde unter dem 28. Januar 1845 bestimmt: „Da eine Anschliessung der Landrabbinatebezirke an die Landdrosteibeizirke im allgemeinen zweckmässig, auch der hiesige Landrabbinatebezirk zu gross, der Landrabbinatebezirk Hildesheim dagegen zu klein sei, so sei Grubenhagen und Göttingen mit dem Eichsfelde vom hiesigen Rabbinat zu trennen und mit dem Landrabbinate Hildesheim zu vereinigen. Am 28. April 1845 erfolgt die Resolution: „dem Vorstande der Gemeinde wird zur Kenntnis gebracht, dass des Königs Majestät Sich allerhöchst nicht bewogen gefunden haben, die von dem Königl. Ministerio des Innern über den Umfang des hiesigen Landrabbinatebezirkes getroffenen Verfügungen wieder aufzuheben.“ (Vergl. M. Zuckermann: Zur Verwaltungsgeschichte des Hannoverschen Landrabbinate. Hannover 1910).

- 8: Die Judenschutzgelder im Leinedepartement (1808—1812).
- 9: Der israelitische Kultus und andere Judensachen im Distrikt Einbeck (1808—1813).
- 10: Die Niederlassung der Juden in Goslar und ihre Rechtsverhältnisse (1808—1813).
- 11: Die Aufbringung der israelitischen Steuern im Leinedepartement (1809—1810).
- 12: Die Verwaltungskosten der jüdischen Gemeinden im Distrikt Einbeck (1809—1810).
- 13: Das israelitische Kirchenwesen im Leinedepartement (1809—1813).
- 14: Die von den Israeliten im Distrikt Goslar zur Erhaltung ihres Gottesdienstes und ihrer Unterrichtsanstalten zu errichtenden Steuern (1809—1813).
- 15: Die Judenschutzgelder im Amte Himmelpforten (1810).
- 16: Das Verfahren bei Reklamationen oder Remissionsgesuchen gegen die den Israeliten auferlegte Kultussteuer (1810).
- 17: Reklamationen der Israeliten im Leinedepartement gegen die ihnen auferlegte Kultussteuer (1810).
- 18: Steuerreklamationen der Israeliten im Syndikatsbezirk Dransfeld (1810—1811).
- 19: Die Steuern der Israeliten im Leinedepartement für d. J. 1810 bis 1811.
- 20: Dasselbe für die Israeliten in Gandersheim, Greene und Delligsen.
- 21: Schutzgelder, Handels- und Gewerbe-Konzessionen der Juden in der Stadt Hannover (1810).
- 22: Die Kultussteuern der Juden im Syndikatsbezirk Einbeck (1810).
- 23: Die Einrichtung der Synagogenbücher (1810—1812).
- 24: Die Aufbringung der israelitischen Kultussteuern im Syndikatsbezirke Holzminen (1810—1812).
- 25: Steuerrechnungen der Israeliten im Leinedepartement (1810 bis 1813).
- 26: Die durch die Versammlung der israelit. Syndiken i. J. 1808 verursachten Kosten, ihre Aufbringung und Bezahlung (1810—1813).
- 27: Reklamationen und Remissionsanträge gegen die auferlegten Kultussteuern im Leinedepartement (1810—13).
- 28: Desgl. im Syndikatsbezirk Einbeck (1810—1813).
- 29: Desgl. im Syndikatsbezirk Göttingen (1810—1813).

- 30: Desgl. im Syndikatsbezirk **H o l z m i n d e n** (1810—1813).
31: Judensachen in **H i l d e s h e i m**, das israelitische Syndikat dasselbst, die Verteilung der Steuern etc. (1810—1813).
32: Vorstellung der Ältesten und Vorsteher der israelit. Gemeinde zu **H a n n o v e r** wegen Aufhebung des Schutzgeldes (1811).
33 34: Judenschutzgeld und Erteilung von Schutzbriefen (1811).
35: Der Kultus der Israeliten, ihr Konsistorium und ihre Kultussteuern (1811—1813).
36: Die Organisation der israelitischen Gemeinden (1811—1813).
37: Die Kultussteuern und ihre Verteilung im Distrikt **C e l l e** (1811 bis 1813).
38: Die israelitischen Kultuskosten im **L e i n e d e p a r t e m e n t** p. a. 1811.
39: Die den Juden im ehemals hessischen Teile des **L e i n e d e p a r t e m e n t s** auferlegte Vermögenssteuer zur Bezahlung der der Kriegskasse schuldigen Kapitalien (1811—1813).
40: Steuerreklamationen im Syndikatsbezirk **R i n t e l n** (1811—1813).
41: Das unter den retrozedierten Domainen befindliche Judenschutzgeld (1812).
42: Verzeichnisse sämtlicher im Distrikt **E i n b e c k** wohnenden Israeliten (1812).
43: Die mosaischen Einwohner in der Kantonmairie **B o v e n d e n** (1812).
44: Die Aufhebung der Judenschutzgelder (1812—1813).
45: Die israelitischen Kultussteuern p. a. 1812.
46: Die Organisation eines jüdischen Konsistoriums in **B r e m e n** (1812—1813).
47: Die Beitreibung der israelitischen Kultussteuern durch Exekutoren (1813).
48: Die Korporationsschuld der früher hessischen Judenschaft (1813).
49: Die israelit. Kultussteuern im **L e i n e d e p a r t e m e n t** p. a. 1813.
50: Die Veranlagung zur israelitischen Konsistorial- und Vermögenssteuer im Distrikt **E i n b e c k** (1813).

Hannover 72.

Amtsgerichtsakten 16.—19. Jahrh.

C. 1: Akta betr. die angeordnete Kriminal-Untersuchung gegen den sogenannten jüdischen Baron **C h a i m d e V i t t a l** in pto imputati criminis falsi (1797 u. f.)

Hannover 74.

Akten der Königl. Ämter 16.—19. Jahrh.

Amt Achim L II G Fach 62.

nr. 6: Schutzjuden in Otterstedt (1815). — 7: Desgl. in Willstedt (1820). — 8: Die von den Schutzjuden im Amte angenommenen Familiennamen (1828).

Amt Alfeld, O.

nr. 1: Das jüdische Schulwesen (1828). — 2. Die Errichtung einer Bildungsanstalt für jüdische Lehrer (1846). — 5. Das Schulwesen der Synagogengemeinde Alfeld (1853). — 6. Die Regulierung der Schulverhältnisse der Synagogengem. Gr. Freden (1854). — 7. Desgl. für die Gemeinde Wrisbergholzen (1854). — 4: Populationslisten der Juden (1814—1854). — 5 u. 10: Statistisches über die Verhältnisse der Juden (1825—1830). — 6 u. 7: Judenschutz u. Handelskonzessionen (1815—1845). — 8: Das Landrabbinat im Landdrosteibezirk Hildesheim (1826—1846). — 11: Verfassung der jüd. Gemeinde und Erteilung von Schutz u. Handelskonzessionen (1818—1842). — O, B 9: Auszüge aus den Steuerrollen über die von den Mitgliedern der Synagogen-Gemeinden zu zahlenden direkten Steuern (1847—1902). — O, D 7: Auszüge aus den Geburts-, Trauungs- und Sterbelisten der Synagogengemeinden (1854—1859). — O, D 12: Die Errichtung einer neuen Synagoge in Gr. Freden (1858). — O, D 13: Die Erhebung eines Einzugs geldes bei der Aufnahme neuer Mitglieder (1858—59).

Amt Bergen II L:

1: Aufenthalt u. Handel der Juden im Lande (1696).

Amt Bleckede Loc. 62.

nr. 1: Verordnungen, betr. den Aufenthalt, die Handlung und andere die Schutzjuden angehende Sachen (1718). — 2: Schutzbriefe und Berichte über die Umstände und das Verhalten der Schutzjuden (1723—1791). — 7: Ausschreiben der Königl. Regierung vom 2. I. 1796 betr. die in den Ämtern sich aufhaltenden Schutzjuden (1796).

Amt Bockenem XIV A Fach 1492.

nr. 6: Schutzverleihung (1819—1845). — 7: Die persönlichen Veränderungen unter der Judenschaft. — 8: Abgaben in sp. Einzugs geld u. Stolgebühren. — 9: Annahme unveränderlicher Familiennamen. — 11: Erwerbung von Grundeigentum. — 12: Die Verheiratung der Juden.

Amt Bruchhausen VIII A 2 Fach 2.

nr. 9: Handel (1733). — **10:** Handelsknechte (1821).

Amt Celle, Hoheitssachen Fach 135.

nr. 3: Stolgebühren (1737 u. f.) — **14:** Die Domanalabgabe (1844 bis 1847).

Amt Dorum Hoheitssachen C 3 Fach 20.

nr. 1: Verordnungen und andere Ausschreiben (1735—1825). — **4:** Annahme von Familiennamen (1828).

Amt Ebstorf, Hoheitssachen L, Fach 90.

nr. 3: Verzeichnisse der im Amt Ebstorf wohnenden Schutzjuden (1738 bis 1823). — **4:** Judenknächte u. Schulmeister (1798). — **5:** Verleihungen u. Verlängerungen des Schutzes (1750—1825). — **7:** Bestallung der Landrabbiner, Fundierung einer Landrabbinerkasse und die zu leistenden Beiträge (1824). — **9:** Die bürgerlichen Verhältnisse der Juden im Königreiche (1828). — **10:** Annahme unveränderlicher Familiennamen (1828). — **11:** Die Nichtzulassung von Rechtskandidaten jüdischen Glaubens zur Advokatur (1828). — **12:** Stolgebühren-Äquivalente (1840). — **16:** Judenschutz (1826).

Polizei-Sachen M. 2 Fach 242 nr. 19. Die Handelsbefugnisse der Juden (1723).

Amt Ehrenberg, Hoheitssachen 19, Fach 17.

nr. 1: Schutzjuden und deren Religion (1816—1844). — **2:** Schutzbriefe (1709—1809). — **6:** Schutzerneuerung (1821). — **Fach 18 nr. 17:** Einführung einer allgemeinen Synagogenordnung (1832). — **18:** Der Ankauf eines Hauses durch die Judenschaft in S u l i n g e n zum Bau einer Synagoge (1841). — **19:** Die Rechtsverhältnisse der Juden (1843). — **23:** Die Acquisition eines Kirchhofes von der Synagogen-Gemeinde zu S u l i n g e n (1845). — **25:** Geburts-, Trauungs- u. Sterbelisten der Synagogen-Gemeinden im Amte Ehrenberg (1844). — **36:** Das jüdische Volksschulwesen im Amte Ehrenberg (1852).

Amt Einbeck O V.

Fach 1 nr. 1. Judensachen, Verordnungen, Ausschreiben etc. (1673 bis 1828).

Fach 3 nr. 3. Wahl eines Landrabbiners für die Fürstentümer C a l e n b e r g , G ö t t i n g e n , G r u b e n h a g e n , L ü n e b u r g , dessen Dienstfunktionen u. Gebühren (1826—1832). — **4:** Gesuch der israelit. Gemeinde zu S i e v e r s h a u s e n um Erlaubnis zum Bau einer Synagoge (1841). — **5:** Das Synagogenwesen (1843—1885). — **6:** Geburts-, Trauungs- und Sterbelisten (1843—1873). — **7:** Der Begräbnisplatz der Synagogen-Gemeinde zu L ü t h o r s t (1843—1875). —

9: Die Wahl eines Landrabbiners für den Landdrosteibezirk **Hildesheim** (1845—1874). — **10:** Der jüdische Begräbnisplatz bei **Dassel** (1846—1848).

Fach 4 nr. 14. Übersicht der Begräbnisplätze (1873). — **Fach 7 nr. 2—5:** Das jüdische Schulwesen in **Mackensen**, **Sievershausen** und **Lüthorst** (1843. 1882). — **6:** Errichtung einer Bildungsanstalt für jüdische Lehrer (1846). — **Fach 9 nr. 1:** Stolgebühr-Äquivalente (1826. 1849). — **8 u. 9:** Feststellung des Repartitionsfusses in den Gemeinden **Mackensen** und **Sievershausen** für die Kosten des Synagogen- u. Schulwesens (1844—1867).

Amt Fallersleben L.

nr. 2: Die Weigerung der Judenschaft, an die hiesige Geistlichkeit die Gebühren zu zahlen (1779).

Amt Freudenberg VIII A 2a.

nr. 2: Handelsbetrieb der Juden (1707—1825). — **A 5 nr. 5:** Der Garnhandel der Juden (1793—1838).

L nr. 8: Hessische Verordnungen wegen der von den Juden zu entrichtenden Hoheits-Abgaben (1732—1779).

Amt Göttingen II, IV Regierungssachen 8 Fach 18.

nr. 1: Hessische Judenverordnungen (1707—1796). — **2:** Hannoversche Judenverordnungen (1710). — **5:** Die Vergleitung der Juden (1678 bis 1744). — **6:** desgl. (1745—1783). — **7:** Berichte über die im Amte sich aufhaltenden Juden (1722). — **8:** Judentabellen (1722—1812). — **10:** Ein- und Abzugsgeld ((1730). — **16:** Vertreibung der Juden aus **Göttingen** und deren Aufnahme im Amte **Bovenden** (1793 bis 1797). — **Fach 118 nr. 8:** Das Hausieren der Juden in der Herrschaft **Plesse** (1797).

Amt Göttingen III B 4 Loc. 42.

nr. 20: Verfügungen gegen die Göttinger Schutzjuden wegen unerlaubten Wuchers und sonstiger Überschreitung der in ihren Schutzbriefen vorgeschriebenen Grenzen in sp. deren Schlachten zum feilen Verkauf (1708—1775).

C 3a Loc. 68.

nr. 5: Das Gewerbewesen der Juden in **Göttingen** (1742—1790). — **6:** Anstellung der Landrabbiner und deren Befugnisse (1721—1804); darin: **a:** Akten betr. einen vom Landrabbiner **Joseph Meier** in **Hannover** über den Schutzjuden **Gumprecht Jacob** zu **Göttingen** verhängten Bann (1721). — **b:** Beschwerden der Göttinger Judenschaft über die vom Landrabbiner zu **Hannover** getroffenen eigenmächtigen Verfügungen (1738). — **c:** Die Befugnisse des Land-

rabbiners in Ehesachen (1747). — **8:** Synagogen-Ordnung und sonstige Angelegenheiten der Juden-Gemeinden (1743—1807); (darin: Gerichtlich konfirmierter Vergleich der Judenschaft in Göttingen, die dortige Synagoge betr. von 17. II. 1784 und Akten betr. den Gottesdienst, das Bethaus und den angestellten Chason L a e m l e i n I n z l e i n). — **10:** Die persönlichen Verhältnisse, innere Verwaltung und kirchliche Verfassung der jüdischen Gemeinde zu Göttingen, Gewerbe-Umfang u. Handelskonzessionen (1796—1819), (darin: Göttinger Judenlisten aus d. J. 1796. 1806. — Akten aus der westphäl.-franz. Zeit und Schriftstücke betr. die Äquivalente für die Stolgebühren). — **11:** Verordnung und sonstige Ausschreiben, betr. Judenschutz, Verfassung etc. (1738—1828). — **12:** Annahme unveränderlicher Familiennamen (1828). — **14:** Religionsgebräuche, in sp. bei Beerdigungen und Beschneidungen (1828—1838). —

Loc. 71 nr. 1: Bestimmungen wegen Aufnahme der Juden in den adel. Gerichten und wegen Beibehaltung des Schutzes bei Veränderung des Domizils (1742—1754). — **2:** Erhebung und Beitreibung der Fiskalgebühren für die Königl. Regierung infolge der Erneuerung der Schutzbriefe (1768—1777). — **3:** Erhebung der Judenschutzgelder aus den adel. Gerichten (1752—1780). — **4:** Verfügungen wegen nicht bezahlter Schutzgelder (1753—1784). — **5:** Die von dem Schutzgelde befreiten Juden (1744—1784). — **6:** Die alle zehn Jahre zu erneuernden Schutzbriefe in der Stadt G ö t t i n g e n , dem Gericht L e i n e b e r g und den adel. Gerichten (1748—1786). — **7:** Die Erteilung des landesherrlichen Schutzes an verschiedene Juden in G ö t t i n g e n , G e i s m a r und andern adel. Gerichten (1766—1789). —

Doman. J. K. loc. 56 nr. 2: Straf gelder der Judenschaft (1737).

Amt Göttingen IV O.

A 1: Die Jurisdiktion des Landrabbiners im Amt B o v e n d e n (1729 bis 1815). — **2:** Der Aufenthalt jüdischer Einwohner im Gerichtsbezirk W a a k e (1770—1816). — **3:** Einsendung der Geburts- und Sterbelisten der Göttinger Judenschaft (1780—1806). — **4:** Die während der westphälischen Usurpations-Periode über die Göttinger Juden geführten Zivilstands-Register (1808—1813). — **5:** Geburts-, Sterbe- und Aufgebots-Urkunden der Juden im Bezirke der Kanton-Mairie B o v e n d e n (1809—1813). — **6:** Populationslisten der Juden im Gericht L e i n e b e r g und Amt G ö t t i n g e n (1814—1849). — **7:** Die bürgerlichen Verhältnisse und die Vergleitung der Juden im Amt B o v e n d e n (1816 bis 1834). — **9:** Die Verfassung der Judengemeinde in B o v e n d e n (1825). — **B 1:** Die der Judenschaft zu B o v e n d e n konzedierte An-

legung einer Synagoge und die dafür jährlich zu zahlenden Rekognitions-gelder (1740—1800). — **F 1:** Der am Leineberg befindliche der Juden-gemeinde zu Göttingen gehörende Kirchhof (1746—1751).

Amt Gronau Juden-Sachen B.

1: Der Ankauf eines Bauplatzes durch die Judenschaft in Gronau zum Bau eines Tempels (1828).

Amt Hagen C 3.

1 u. 2: Judenschutz, Schutzgeld und Beschwerden wegen Überschreitung der Handelsbefugnisse (1814—1843). — **4:** Erwerbung von Grundbesitz. — **5:** Annahme von Familiennamen (1828).

Amt Hannover vol. I, VIII A 2a.

2: Handelsbefugnisse der Juden (1723—1847). — **6:** Haltung von Handlungsgehülften und Judenknechten (1816—1851).

Amt Langenhagen vol. II, II L.

4: Aufhebung des Judenschutzes, der Schutzgelder und Domanialabgaben (1817—1847).

vol. II, VI B.

1: Allgemeine Nachrichten über die Juden im Amte Langenhagen und die Annahme von Familiennamen (1748—1828). — **2:** Bestimmungen über das Synagogen-, Schul- und Armenwesen, die politischen und bürgerlichen Rechtsverhältnisse der Juden (1839—1858). — **4:** Annahme von Lehrern für die Judenschulen (1827—1841). — **5:** Die Synagoge zu Herrenhausen — das Synagogenwesen im Amte überhaupt — die Verlegung der Synagoge von Herrenhausen nach Hainholz (1820—1871). — **6:** Das jüdische Schulwesen in Herrenhausen und im Amte überhaupt (1823—1859). — **7:** Beiträge zur Landrabbinatskasse (1834—1859). — **9:** Beeidigung der Vorsteher (1845—1853). — **10:** Geburts-, Trauungs- und Sterbelisten (1845—1865). — **13:** Begräbnisplätze der Judenschaft (1854).

Amt Harburg Regimin. Ia 8.

1: Schutzbrief für den Harburger Juden Bendix und seinen Sohn (12. III. 1610).¹⁾ — Harburger Schutzjuden (David Samson und Levi)

¹⁾ Derselbe enthält folgende Bestimmungen: **1.** Es wird ihm, seiner Frau und seinen Kindern gestattet, vom nächsten Ostern an sich in H. niederzulassen, und keinem anderen Juden ist es erlaubt, ohne deren Wissen und Willen dort zu wohnen; **2.** es wird ihnen freie Religionsübung gewährt und sie dürfen wider ihren Willen zu keiner andern Religion gezwungen werden; **3.** ihre Kirchenordnung und Zeremonieen steht ihnen frei in ihren Häusern zu halten; **4.** es soll ihnen ein Ort zum Begräbnisplatz angewiesen werden; **5.** sie dürfen mit „keinem Herrendienst belegt“ werden und sind gleichwohl als Untertanen zu behandeln „vor F.-Gn. zu Recht stehen, klagen und beklagt werden, auch gebühlicher Strafe unterworfen sein“; **6.** verfallene Pfänder dürfen

wenden sich an Herzog Wilhelm mit der Bitte, den unter ihnen wegen der von ihnen für das Territorium des angewiesenen Begräbnisplatzes zu zahlenden Goldgulden ausgebrochenen Streit schlichten zu wollen (Harburg 3. V. 1614; beigelegt ein ausführliches Protokoll hierüber vom 26. IX. 1614). — Schutzjuden zu Harburg (Jacob Schay, Heinrich Judt und Moses Marburg) bitten Herzog Wilhelm, sie von der ihnen auferlegten Kriegs-Kontribution zu befreien (Harburg 1. VII. 1628). — Harburger Schutzjuden werden bei dem Herzog Friedrich v. Braunschweig-Lüneburg vorstellig, dass ihnen der Schutz und das Geleit, das ihren Vorfahren seit 1618 von den Herzögen zuteil wurde, auch fernerhin erhalten bleiben möge (1. IX. 1647); dem Gesuch wird stattgegeben unter der Bedingung, dass sie statt der bisherigen 16 Rtlr. ein jährliches Schutzgeld von 20 Rtlr. zahlen (16. IX. 1647); auch Bürgermeister und Rat der Stadt Harburg verwenden sich bei dem Herzoge für den ferneren Schutz der Juden (1. IX. 1647). — Herzog Christian Ludwig von Braunschweig kündigt den Juden in Harburg zu Ostern 1649 das Geleit auf (21. II. 1649); der Probst Joh. Wilh. Hildebrandt verwendet sich für sie bei dem Herzog, ihnen noch ein Jahr das Geleit zu lassen (Zelle 24. II. 1649); der Schutz wird ihnen bis Michaelis 1649 verlängert (11. III. 1649). — Konzept eines Schreibens des Oberhauptmanns zu Harburg an Statthalter etc. zu Zelle in welchem er denselben mitteilt, er habe den dortigen Schutzjuden eröffnet, dass ihnen nur unter der Bedingung der Schutz verlängert würde, dass sie dem Gottesdienst in der Kirche beiwohnen würden, diese jedoch hätten behauptet „dass sie den leuthen nur ein gelächter seyn würden“ und bäten in demselben Orte, wo sie geboren und erzogen wären, auch fernerhin bleiben zu dürfen (Harburg 13. III. 1650); Kanzler und Räte teilen hierauf dem Oberhauptmann mit, dass die Juden, weil „sie nur dabey beharren und sich

sie verkaufen, gestohlene Sachen, die ihnen als Pfänder gegeben wurden, brauchen sie nicht früher zurückzugeben, als bis sie befriedigt sind; 7. der freie Abzug ist ihnen zu jeder Zeit gestattet; 8. sie sind verpflichtet, jährlich ein Schutzgeld von zehn Goldgulden zu zahlen; 9. das Einzugs geld beläuft sich auf 12 Goldgulden; 10. Wenn einer seiner Kinder sich hier „befreyen will“, sind 15 Goldgulden zum Einzuge und ausserdem, wenn er ein Haus besitzt, pro recognitione jährlich 12 Goldgulden zu zahlen; 11. Von dem ihnen angewiesenen Begräbnisplatze sollen sie und die andern Juden jährlich 10 Goldgulden „auch wenn einer ihrer mit Todt abgeholt wird“ eine Mark Lübis ch an die Gemeinde zahlen; 12. sollen sie aufrichtigen unverbottenen Handel treiben und von 100 Reichstaler nicht mehr als zwei Mark Zins monatlich nehmen; 13. sie dürfen schlachten und, was sie nicht gebrauchen, andern verkaufen, selbst aber kein Vieh halten oder „auf die gemeine weide treiben“; 14. Feuerschaden, der durch sie entsteht, haben sie zu ersetzen; 15. Vor dem Abzuge sind zwanzig Reichstaler zu zahlen.

zur besuchung des christlichen Gottesdienstes nicht bequemen wollen“ nicht länger geduldet werden können (Zelle 18. III. 1650).

Bittschrift der Juden zu Harburg an Kanzler und Räte, ihnen den Aufenthalt in H. mit Schutz und Geleit wieder zu gestatten (4. I. 1651); dem Gesuch wird nicht stattgegeben (Zelle 18. I. 1651), jedoch auf Fürsprache des Oberhauptmanns zu Harburg wird der Schutz bis Ostern verlängert (8. IV. 1655).

Abschrift eines Schutzbriefes für **Benedix Hertzig** in Harburg (Zelle 3. VIII. 1655) und ein Interzessionsschreiben für denselben an Herzog **Christian Ludwig** (23. VI. 1655) und weitere Akten betr. **Benedix Hertzig** (darin ein Brief von **Levin Ephraim** aus **Magdeburg** an die fürstl. Regierung zu Zelle (Osterode 18. III. 1663) und ein hebräischer Brief von demselben an **Benedix Hertzig**).

Schutzbrief für **Nathan Benedict** in Harburg (17. IV. 1680).

2: Statistisches über die Vermögensverhältnisse und den Handel der Harburger Schutzjuden (11. X. 1721). — Beschwerde der Harburger Kaufmannschaft gegen **Hamburger Juden**, die in Harburg Handel treiben (1722)

Akta, betr. den Harburger Schutzjuden **Heine Behrens** (1722).

Michael David (Hannover) beschwert sich bei Kanzler etc., dass den Juden in Harburg wegen Rückstandes einiger Schutzgelder die Torah gepfändet wurde (Hannover 22. II. 1725).

3: Verzeichnis der am 1. Mai 1728—1748 in Harburg wohnenden Schutzjuden.

Beschwerde des Landrabbiners **Selig Levin** zu **Hannover** gegen die Harburger Judenschaft wegen der Beisteuer zu seinem Gehalte (Juli 1751). — Statistisches über die Harburger Schutzjuden (1760). — Der Landrabbiner **Levin Josua** zu **Hannover** in Angelegenheiten der Harburger Judenschaft (Jan. 1768).

5: Verzeichnis der Schutzjuden in Harburg (1770). —

Das Amt Harburg wird bei der Königl. Regierung zu Hannover vorstellig, dass die für die Harburger Schutzjuden ausgestellten Schutzbriefe nicht von dem Magistrat sondern von dem Amt zur Verteilung gelangen, da die Juden unter der Jurisdiktion des Königl. Kurfürstl. Amts und nicht unter der Patrimonial-Jurisdiktion der Städte stehen, das Schutzgeld als ein Regale in den Amts-Registern berechnet wird und die Schutzbriefe daher immediate an das Amt geschickt werden (Harburg 16. VIII. 1770).

6: Streitigkeiten der Harburger Judenschaft, betr. den Schulmeister (1772; darin Entscheidung des Ober-Landrabbiners **Levin Josua** in **Hannover**).

7: Akten betr. die von **Simon Behrens** zu Harburg eingerichtete neue Synagoge und bei dieser Gelegenheit unter der Harburger Judenschaft entstandenen Streitigkeiten (1773; darin mehrere Gutachten von dem Ober-Landesrabbiner **Levin Josua in Hannover**, aus dem Hebräischen ins Deutsche übersetzt von **Maier Mayntzer**, Schutzjude in Zelle).

9: Statistische Angaben über Geburten und Todesfälle (1774—1779).

10: Einsendung der jüdischen Familienlisten (1775—1780).

13: Der Harburger Judenschaft wird bekannt gegeben, dass bis zur Wahl eines neuen Hannoverschen Landrabbiners sie sich nach den Entscheidungen der drei Rabbiner zu Hannover, **Isaac Salomon**, **Michael Meyer** und **Marcus Adler**, zu richten haben (Hannover 22. VIII. 1804).

14: Bericht an die Königl. Regierung über die im Amt befindlichen Juden (1814).

17: Erneuerung der Schutzbriefe (1776—1824). — **18:** monatliche Verzeichnisse der Sterbefälle in der Harburger Judenschaft, zwecks Erbschaftssteuer (1815—1817). — **19:** Die Landesrabbinerwahl (1824 bis 1826). — **20:** Annahme von Familiennamen (1828). — **22:** Schul- (Synagogen-) Reglement, ausgearbeitet von Dr. Adler. — **23:** Statistisches (1822—1830). — **48:** Die veränderte Einrichtung der Landrabbinats-Kasse (1847).

Regiminal. I b 10.

74. 116. 148: Streitigkeiten betr. die vom Magistrat beanspruchte Jurisdiktion über die Harburger Schutzjuden (1729. 1748. 1800).

Amt Himmelforten Ca, 8.

1: Die Rechtsverhältnisse der Juden (1735).

Amt Ilten, Regiminalia.

Fach 318 nr. 24: Die vergleiteten Juden im Amt Ilten (1820).

Fach 319 nr. 37: Die Familiennamen der Juden (1828).

Fach 337 nr. 22: Die bürgerlichen Verhältnisse der Juden im hiesigen Königreich (1828).

Fach 337 nr. 23: Die Wahl der Landrabbiner. — Jüdisches Schul- und Armenwesen (1829).

Amt Hoya, Kirchen- und Schulsachen B.

3: Die Stolgebühren der Juden (1761—1850). — **5:** Die von den Juden der Synagogen-Gemeinden **Hoya-Bücken** angenommenen Familiennamen (1828—1831). — **10:** Rechtsverhältnisse der Juden (1842—1843).

11: Errichtung einer Bildungsanstalt für jüdische Lehrer (1844—1847).

Amt Isenhagen.

Fach 130 nr. 1: Judenschutz (1798).

Fach 131 nr. 3: Familiennamen der Juden (1828).

Amt Lauenstein I Regiminalia 37.

3: Schutzgeld der Juden (1731—1801). — **22:** Domanialabgabe (1843). —

24: Geburts-, Trauungs- und Sterbelisten (1843).

Amt Lilienthal.

22: Allgemeine Verfügungen (1814). — **24:** Aufnahme von Juden (1817).

— **25:** Ausführung des Gesetzes vom 20. Sept. 1842.

Amt Marienburg O a.

1: Judensachen (1818—1822). — **5:** Bildung geschlossener Judengemeinden und Synagogen-Bezirke (1830). — **6:** Jüdisches Schulwesen (1847). —

O b: 3: Geburts-, Trauungs- und Sterbelisten der Synagogen-Gemeinde **M o r i t z b e r g** (1860). — **5:** Errichtung einer Bildungsanstalt für jüd. Lehrer (1846). — **7:** Einrichtung des jüdischen Schulwesens in **M o r i t z b e r g** (1843). — **8:** Verkauf des israelitischen Schulhauses (1849 bis 1851). — **10:** Rechnung der jüdischen Gemeinde zu **M o r i t z b e r g** (1836). — **11:** Standesamts-Register der jüd. Gemeinde zu Gr. Rhüden und **M o r i t z b e r g** (1854—1867). — **15:** Judenschutzgeld (1820). — **16:** Anstellung der Landrabbiner (1829). — **19:** Ausübung des Stimmrechts bei Wahlen (1857). — **20:** Rechtsverhältnisse der Juden (1843).

Amt Medingen: Fach 45.

1: Verordnungen und Ausschreiben betr. die im Lande sich aufhaltenden Schutzjuden, deren Verkehr und Handlung (1719 u. f.). — **2:** Reglement der Waren, mit denen die Schutzjuden hiesigen Landes zu handeln befugt sind (1723). — **3:** Verordnungen und Ausschreiben, dass die Juden auf den Märkten keine öffentliche Boutiquen haben sollen (1739). — **5:** Ausschreiben der Königl. Kammer betr. die Schutzjuden (1788). — **14:** Schutzjuden im hiesigen Amt (1796—1843). — **18:** Die Vernehmung der Schutzjuden im hiesigen Amt wegen Aussetzung der Landrabbinerwahl und die erfolgte Wahl und Anstellung des Landrabbiners (1826 bis 1829). — **20:** Ausschreiben der Königl. Landdrostei zu Lüneburg betr. die Nichtzulassung von Rechtskandidaten jüdischen Glaubens zur Advokatur im Königreiche Hannover (1828). — **22:** Die bürgerlichen Verhältnisse der Juden im Königreiche (1828). — **23:** Annahme unveränderlicher Familiennamen (1828). — **25:** Beiträge zur Landrabbinars-Kasse (1839). — **29:** Die von den Israeliten des hiesigen Distrikts zu entrichtenden direkten Steuern (1847 u. f.). — **30:** Der Unterricht der jüdischen Schulkinder (1852).

Amt Münden i. H.

Fach 203 nr. 1—3: betr. einzelne Schutzjuden (1700—1712).

Fach 203 nr. 4: Akten betr. die von der Landes-Regierung getroffene Verfügung, dass diejenigen Schutzjuden, welche ihre Schutzbriefe nicht einlösen, das Land räumen müssen (1718).

Fach 203 nr. 5: Erneuerung der Schutzbriefe für die im Amt sich aufhaltenden Juden (1722—1726).

Fach 203 nr. 7: Der dem Handelsdiener des Kammeragenten Michael David erteilte Schutzbrief für die Stadt Münden (1727).

Fach 203 nr. 8: Erneuerung der Schutzbriefe (1732—1734). — **10:** desgl. (1738—1743).; **17 u. 19:** desgl. (1752—1763); **22:** desgl. (1770); **24:** desgl. (1775); **32:** desgl. (1786); **46:** desgl. (1796); **68:** desgl. (1806); **74:** desgl. (1807).

Fach 204 nr. 2—5, 9, 12—17: enth. Verzeichnisse der im Amt mit Schutz versehenen Judenfamilien (1825—1843).

23: Ausführung des Gesetzes vom 30. Sept. 1842. — **25:** Verordnungen und Ausschreiben betr. Judenschutz (1826—1835). — **26:** Erneuerung der Schutzbriefe (1833—1842).

Fach 205: 3. 4: Vergleitung der Juden und Schutzgeld (1814—1845).

Fach 207, 1: Reskript der Kurfürstl. Landes-Regierung betr. den den hiesigen Schutzjuden zu untersagenden Faktorey- oder Kommissionshandel (1711). — **7:** Schutzverleihung und Handelskonzessionen (1824 bis 1830).

Fach 211, 1—11: Gesuche um Erlaubnis zur Akquisition von Grundstücken (1794—1843).

Fach 212, 1—8: enth. Akten über die Wahl des Landrabbiners, die Instruktion für denselben und die Beiträge zur Landrabbinats-Kasse (1804—1852).

Fach 214, 1: Reskript der Fürstl. Landes-Regierung, dass den Juden zu gestatten sei „ihre Grabstätte mit einem Zaune zu umziehen“ (1678). **2:** Der geforderte Bericht, ob und was die hiesigen Schutzjuden an Einquartierungsgeldern zu entrichten haben.

11. 14—20. 22. 25. 30: enthalten Akten über Statistisches unter den Juden im Amte, Judentabellen, Geburts-, Trauungs- u. Sterberegister aus den Jahren 1768. 1801. 1807. 1809. 1811. 1814. 1816. 1824—1829. **33. 34:** Tabellarische Verzeichnisse über die persönlichen Verhältnisse der Juden im Amt (1830—1833).

37: Die allgemeine Synagogen-Ordnung, Wahl von Vorstehern, Schätzung etc. (1832—1833).

Fach 215, 1: Judentabellen (1840). — **5:** Beschwerde der Bürger-Deputierten zu **D r a n s f e l d** über zu häufige Vergleitung von Juden und die daraus erfolgte Abgabe der Jurisdiktion des Amtes Münden über die hiesige Judenschaft an den Magistrat zu Dransfeld (1822 bis 1833). — **6:** Berichte über die Personalien der Juden in **D r a n s f e l d** (1834—1844). — **9:** Bau und Unterhaltung der Synagoge (1837—1839). — **11:** Bildung von Synagogen-Gemeinden (1843). — **12. 13:** Schutzjuden im Bezirke des Gerichts **I m b s e n** (1767—1807). — **15:** Regulierung des jüdischen Schulwesens (1845). — **16. 17:** Verordnungen und Ausschreiben über Judensachen (1816. 1853—1857). — **20—34:** enth. Synagogen-, Schul- und sonstige allgemeine Angelegenheiten der Synagogen-Gemeinden **D a n k e l s h a u s e n** und **D r a n s f e l d** (1846 bis 1860).

Fach 216, 2—9: Angelegenheiten der Synagogen-Gemeinde **D r a n s f e l d** (1854—1863).

10: Übersicht der Synagogen-, Schul- und Armenlasten der im Amtsbezirk befindlichen Gemeindén (1865).

Amt Neustadt a. R.

191: Anzahl der Juden und deren Schutzgeld (1738). — **192:** Missbräuche bei der Judenschaft (1687—1748). — **771:** Die im Amte **R i c k l i n g e n** wohnenden Schutzjuden (1833). — **910:** Die im Amte sich aufhaltende Judenschaft (1814—1824). — **1746:** Vergleitung der Schutzjuden im Amte (1762—1783). — **2200:** Aufnahme der Juden und deren Ehen (1821—1824). — **2204:** Judenlehrer und Judenknechte (1823—1851). — **2211:** Vergleitung der Juden im Amte (1823—1843).

Amt Nienburg, Hoheitssachen Fach 90.

1: Judensachen in sp. Abgaben an die Geistlichkeit (1754—1862).

Amt Oldenstadt I.

647: Die Schutzjuden im Amte (1820). — **648:** Nähere Bestimmungen über deren Rechtsverhältnisse (1843). — **649:** Beiträge zur Landrabbinats-Kasse (1848). — **650:** Die Domanalabgaben der Schutzjuden (1835).

II Regiminalia.

Fach 190, 1: Die Verhältnisse der Juden im Allgemeinen (1738 bis 1865).

Amt Osterholz.

Fach 19, 1: Das Schutzwesen der Juden (1687—1825). — **2:** Der den Israeliten erteilte Schutz (1730—1800). — **4:** Untersuchung wegen eines zu **Ritterhude** errichteten Judentempels und der daselbst vorhandenen Juden (1734); die im Amtsbezirke sich aufhaltenden Juden (1762—1843).

Amt Otterndorf.

Fach 27, 1—8: Schutzgeld (1743—1769).

Amt Reinhausen, N.

A 1: Verordnungen und allgemeine Ausschreiben in Judensachen (1702—1839).

B 2: Erbauung einer Synagoge in Mollenfelde (1818—1840).

Reinhausen, C.

A 20: Aufstellung und Einsendung der Populations-Tabellen (1844—1854).

Reinhausen, N.

F 3: Kammerjunker v. Uslar zu Sennickerode gegen die Judenschaft im Gerichte Alten-Gleichen (1807—1821). — 4: Vergleitung der Schutzjuden (1807—1825). — 7: Erhebung des Schutzgeldes im Amte Neuen-Gleichen und Gerichte Garte (1816—1834). — 10: Acquisition von Grundstücken (1817—1847). — 11: Berichte über die Personalien der Juden (1825—1850). — 12: Polizeiliche Beaufsichtigung der Juden (1828—1842). — 18: Vergleitung der Juden im Amte Friedland (1836—1840).

Amt Rotenberg.

181: Die von den im Herzogtum Bremen und Verden sich aufhaltenden Hamburger Juden zu zahlende Abgabe (1760). — 182: Beschwerde des Fleckens Rotenberg wegen Konzessionierung einer dritten Judenfamilie (1796). — 183: Der Nothandel der Juden (1799 u. f.).

Amt Soltau, II L.

5: Die im Gerichtsbezirke der Stadt wohnenden Juden, die der städtischen Gerichtsbarkeit unterworfen sind (1823).

Amt Stolzenau VIII, A 1.

2: Gewerbebetrieb der Juden (1723—1843).

Amt Sulingen II L.

5: Judenschutz-Geld (1785).

VI B.

5: Das Synagogen-, Schul- und Armenwesen in Sulingen (1842 bis 1872). — 16: Aufnahme von Mitgliedern in den Synagogen-Gemeinden (1859). — 21: Gemeinde- und Armenrechnungen der Synagogen-Gemeinde Barenburg (1859). — 23: Die Aufhebung der jüdischen Armenverbände und die Vermögensauseinandersetzung zwischen den wegfallenden und den an ihre Stelle tretenden Armenverbänden (1871).

Amt Uchte.

G 1 u. 3: Aufnahme fremder Juden und Erneuerung der Schutzbriefe (1702—1847, 1787—1837). — 4: Ausweisung fremder Juden (1814 bis 1829).

L 6 u. 10: Erhebung des Judenschutz-Geldes (1806—1842, 1824 bis 1843). — **18:** Einzugsgelder (1838—1856). — **21.** Die Domanalabgabe (1843—1846).

Amt Verden, L 2.

277: Anzahl der vergleiteten Juden in den Ämtern Weshen und Verden (1748—1843). — **778:** Schutzgesuche (1796—1840). — **779:** Erneuerung der Schutzbriefe (1806—1835).

Amt Wennigsen II Hoheitssachen.

19: Judenschutzgeld im Amte (1731—1842). — **41:** Domanalabgabe (1843—1847). — **59:** Judenschutzgeld im Klosteramt Barsinghausen (1702—1842).

Hannover 80.

Akten der Landdrosteien und Regierungen.

Landdrostei Hannover.

S. 33: Handel und Hausieren der Juden (1733).

S. 63: Verzeichnis der Judenfamilien im Amte Diepholz (1814 bis 1816). — Die Judenherberge und das Schulwesen in Diepholz (1817—1819). — Gesuch der israelitischen Gemeinde zu Diepholz um Erlaubnis zum Ankauf eines Hauses behufs Einrichtung einer Synagoge (1835). — Die Neujahrgelder der Juden (1838).

S. 80: Judenfamilien im Amte Ehrenburg (1814). — Ankauf eines Kirchhofplatzes von der Synagogen-Gemeinde Sulingen (1845).

S. 96: Stolgebühren der Juden in Bassum (1818—1822). — Anlegung eines Schul- und Bethauses daselbst (1826).

S. 110: Judenfamilien im Amt Grohnde-Ohsen (1814). — Der Gottesdienst der israelitischen Gemeinde in Borry (1824).

S. 126: Judenfamilien im Amt Hameln (1814). — Fleischverkauf der Juden in Hemeringen (1819).

S. 149b: Die von den Juden zu entrichtenden Stolgebühren (1800). — Jurisdiktion über die Juden im Gericht Linden (1797—1815). — Vorstellung der israelitischen Gemeinde in Linden um Verweigerung der Schutzerteilung an fremde Israeliten in Linden (1823).

S. 178 b nr. 730: Beschwerde über den Handel der Juden (1803).

S. 213 nr. 496: Streitigkeiten zwischen den Beamten und Bürgermeister und Rat in Nienburg betr. die Jurisdiktion über die dortigen Schutzjuden (1738—1761).

219b nr. 6: Gesuch der Juden zu *Stolzenau*, ihnen das Hausieren zu gestatten (1723).

Landdrostei Stade.

S. 51: Israelitische Gemeindeangelegenheiten, Rechnungsablagen der Vorsteher etc. (1828—1876).

Hannover 92.

Akten der deutschen Kanzlei in London.

XVII, V. nr. 13 vol. I—III:

Prozessakten in der gegen die Oberhoffaktoren *Gumpert* und *Isaac Behrens* zu *Hannover* gerichteten Anklage wegen betrügerischen Bankerotts.¹⁾ (vergl. *Jahrb. d. Gesch. d. Juden* II, 39—82 und *M. Zuckermann: Dokumente* I S. 29—35).

Darin: **1:** König *Georg* erteilt seinem Faktor *Gumpert Behrens* zu seiner Reise nach *Frankfurt a. M.* und *Ems* einen Reisepass (30. V. 1718). — **2:** König *Georg* gibt seinem Gesandten in *Wien*, *Daniel Freiherrn v. Hulderich*, die Vollmacht, die in der *Kaiserl. Bank* zu *Wien* auf seinem Namen als Kurfürst von *Braunschweig-Lüneburg* notierten 66 538 fl. den *Leffmann Behrensschen Erben—Gumpert Behrens, Herz Behrens Witwe* und *David Oppenheimer* — zuzuschreiben (4. X. 1715). — **3:** *Gumpert* und *Isaac Behrens* werden bei dem König *Georg I.* vorstellig, ihnen die *Truppenverpflegung* zu übertragen (22. III. 1715). — **4:** *Gumpert* und *Isaac Behrens* werden bei dem König *Georg* mit folgender Bitte vorstellig: Ihr Schwiegervater und Vetter, der Königl. polnische und kursächsische Resident *Behrend Lehmann*, habe 1707 und 1714 dem König *Stanislaus* 104 533 $\frac{1}{3}$ Rtlr. species und dem Starosten *Benedikt Sapiha* 80 000 Rtlr. baar vorgeschossen. Auf dem bevorstehenden Kongress zu *Braunschweig* biete sich die beste Gelegenheit die *Schuldbezahlung* zu befördern. Da sie bei der Sache auch interessiert seien, möge der

¹⁾ enthält u. a. 1. Das Responsum der Königl. Preuss. Schöppen des Herzogtums *Magdeburg* (Halle Sept. 1722), welches die Frauen der Angeklagten *Sprinzche* und *Eleonore* an den König nach *London* schickten, um die Unschuld ihrer Männer zu beweisen. 2. Ein umfangreiches Protokoll enth. die articuli probatoriales. 3. Eine 167 Seiten umfassende Verteidigungsschrift. Dieselbe zerfällt in vier Teile. I. Ursachen, durch welche die Gebr. *Behrens* in dieses Unglück geraten. II. Eine Generalrechnung über die eingegangenen und ausgegebenen Gelder. III. Die Geldverluste. IV. Alle gegen die Inhaftierten vorgebrachten indicia sind unbegründet und beruhen auf Irrtum. 4. Sententia der Juristenfakultät zu *Ingolstadt* (1723 März 21).

König seinen Ministern, die er zu dem Kongress senden werde, aufgeben, die gedachte Forderung bei den von der polnischen Krone daselbst anwesenden Bevollmächtigten zu baldiger Bezahlung feststellen zu lassen (12. XII. 1719). — 5: Die Geheimräte übersenden dem Gerichtsschulzen auf der Neustadt-Hannover eine Spezifikation der von neuem auf 10 Jahre vergleiteten Judenfamilien nebst einer Abschrift ihrer Schutzbriefe mit dem Befehle, die unvergleiteten Juden nicht länger zu dulden (27. V. 1713).

XVIII B nr. 26:

Die Forderung der Leffmann Behrensschen Erben an die Krone von England (1824—1828, vgl. Hannover 9 England 54).

nr. 27: Bittschrift der Ältesten und Vorsteher der israel. Gemeinde zu Hannover für sämleiche Untertanen des Königreichs um Verbesserung ihrer bürgerlichen Verhältnisse (Hannover 23. V. 1828). — Eingabe von denselben an den Staats- und Kabinetts-Minister Grafen v. Münster in derselben Angelegenheit (3. VI. 1828). — Antwort des Grafen v. Münster an die Ältesten auf deren Gesuch (London 8. VII. 1828). — Schreiben des Ministeriums in Hannover an den Grafen v. Münster nach London in derselben Angelegenheit (18. VII. 1828). (Vergl. hierzu M. Zuckermann: Die Stellung der Hannoverschen Regierung zur Judenemanzipation auf dem Wiener Kongress und der Bundesversammlung zu Frankfurt a. Main, Hannover 1909).

XXXVIII B nr. 21:

Instruktionen des Kabinetts-Ministeriums zu Hannover für den Abgesandten v. Martens in Frankfurt a. M. betr. die Verbesserung der bürgerl. Verhältnisse der Juden im Königreich Hannover (März 1818). Darin: Bemerkungen über die Erweiterung der bürgerlichen Rechte dsr Juden von Martens (Konzept). Memorandum: Über die Verhältnisse der Juden zu den christlichen Untertanen in deutschen Staaten — Abschrift eines Briefes des Gesandten A. O. Grote in Hamburg an das Hannoversche Ministerium in derselben Angelegenheit (Hamburg 10. X. 1817) und Bemerkungen des Grafen v. Münster (London 2, XII. 1817).

Vergl. hierzu: M. Zuckermann: Die Stellung der Hannoverschen Regierung etc.“ und „Vorarbeiten der Hannoverschen Regierung zur Emanzipation der Juden etc.“ Hannover 1909).

nr. 22: Berichte des Hannoverschen Gesandten in Frankfurt a. M. nach Hannover in Angelegenheit der Streitigkeiten der Judenschaft zu Frankfurt a. M. mit dem dortigen Senat betr. ihre bürgerlichen Verhältnisse (1816—1824).

nr. 23: Berichte des Hannoverschen Gesandten v. Hammerstein in Frankfurt a. M. an den König Georg betr. die Rückweisung der Juden aus Lübeck nach Moisling (1821).

LXXVII Düsseldorf.

1. Kurfürst Georg Ludwig ernennt den mit Leffmann Behrens in Handlung stehenden Juden Josef Jakob v. Geldern in Düsseldorf zu seinem Faktor (7. VII. 1710).

LXXVII 4 W 1 nr. 5:

Kriegsagent-Patent für Salomon Michael David in Hannover (30. III. 1762). — Finanzagent-Patent für Levi Salomon Michael David daselbst (22. III. 1782). — Kammeragent-Patent für Meier Michael David in Hannover (15. VI. 1743). — desgl. für David Michael David in Hannover (11. VIII. 1732). — Desgl. für Alexander David, Sohn des Michael David, in Hannover (26. IX. 1721).

LXXVII 4 W 1 Wien:

Hof- und Kammeragent-Patent für Leffmann u. Herz Behrens in Hannover (10. II. 1608). Vergl. M. Zuckermann: „Dokumente zur Geschichte d. Juden in Hannover“ Heft 1, Hannover 1908, S. 1).

Hannover 93.

Akten der Geh. Räte betr. die innere Landesverwaltung,
1705—1802.

- 23, 1:** Verzeichnis der im Amte Fallersleben ansässigen Juden (1786).
- 2:** Der Einbruch der Metzgergilde zu Münden in das Haus des dortigen Schutzjuden Abraham Salomon (1706).
- 3:** Sechs reiche portugiesische Judenfamilien ersuchen um die Erlaubnis, sich in den Hannoverschen Landen niederlassen und daselbst Handel treiben zu dürfen (1706).
- 4:** Empfehlungsschreiben an den Magistrat zu Hamburg für Leffmann Behrens wegen einer Schuldforderung (1708).
- 5:** Interzession wegen einer Schuldforderung für Leffmann Behrens bei dem Bischof zu Lübeck (1708).
- 6:** Desgl. bei Sachsen-Gotha (1709).
- 7:** Interzession bei Hamburg wegen Wechsel, welche Leffmann Behrens für den Geh. Rat Baron v. Schütz auf einen Juden Benedix Salomon ausgestellt hat (1709).

- 7a:** Abschrift „bürgerlicher Verschreibung“ wegen 20 000 Rtlr. von Mecklenburg an Leffmann Behrens gelieferter Gelder (1710).
8: Interzession für Leffmann und Gumpert Behrens in Schuldsachen (1711).
9: Judensachen in Stadt und Land (1711).
9a: Interzession an den Rat nach Kopenhagen betr. eine abgeschlossene Pferdelieferung zwischen den Kontrahenten Isaac Libman in Berlin und den Schutzjuden Wolf Oppenheimer, Salomon Levi, Gumpert Berend und Michael David in Hannover (19. VI. 1711). — Ein Schutzprivileg für den Fürstl. Wolfenbüttler Hofjuden Alexander David (19. VI. 1711). — Leffmann und Gumpert Behrens erbitten für ihren Faktor Herz Lehmann in Wien dieselben Privilegien, wie sie die dortigen Juden Oppenheimer und Wertheimer haben (7. XII. 1711).
10: Interzession für Michael David und Herz Behrens Wwe. bei dem Magistrat zu Hamburg (1715).
12: Interzession für die Leffmann Behrensschen Erben wegen einer Schuldforderung an die Wohlschen Erben zu Frankfurt a. M. (1718).
13: Desgl. für Michael David wegen seiner Forderung an den Grafen v. Windischgrätz (1721—1725).
14: Desgl. für Nathan Schay bei der hessischen Regierung (1726).
15: für den Faktor Samson Salomon (1730); **17:** für den Sohn des Kammeragenten Michael David, Alexander Michael David (1731); **18:** für den Kammeragenten Michael David (1731); **19:** für den Schutzjuden Salomon Nathan Gans in Hannover (1733); **20:** für den Kaiserl. Faktor Joseph David Oppenheimer (1733); **21:** für den Hofjuwelier Salomon Levi in Hannover (1733—1738).
25: Judenfamilien im Gifhorn (1722); **26:** desgl. zu Burgdorf (1722—1725).

Hannover 104. II 4.

Akten des Ministeriums des Innern, 19. Jahrh. — 1868.

Aa Generalia.

- 1:** Aufhebung des Leibzolles (1813).
2: Erklärung der Königl. Justiz-Kanzlei, dass die Juden sich ihrer unter westphälischer Usurpation gewählten Beinamen bei gerichtlichen Verhandlungen auch fernerhin bedienen dürfen (1815).

- 3: Annahme unveränderlicher Familiennamen (1815—1829).
5: Erneuerung der Schutzbriefe (1817 u. f.).
6: Ehe-Dispensationen (1817 u. f.).
7: Die Unfähigkeit der Juden Meyer-Güter eigentümlich zu erwerben (1818).
8: Die Beerdigung der Juden (1820; darin ein Gutachten des Rabb. Marcus Adler).
9: Vorschläge des Dr. med. Wolfers zu Diepenau zur Verbesserung der Schulen und des Zustandes der Juden überhaupt (1820 u. f.).
12: Grundsätze über die Eheschliessung (1825).
13: Die Befugnis zur Erwerbung von Grundeigentum (1825 u. f.).
14: Die Verpflichtung zur Entrichtung von Stolgebühren (1826—1850).
15: Gebühren für Erneuerung der Schutzbriefe (1827).
16: Bestimmungen über die Annahme auswärtiger und einheimischer Judenknechte und Schullehrer (1828).
17: Der Getreidehandel der Juden (1830—1833).
18: Die von dem Rabbiner Herxheimer in Eschwege eingesandten Exemplare seiner israel. Glaubenslehre (1830).
20: Die Verbesserung des jüdischen Schulwesens (1831 u. f.).
21: Portofreiheit der Landrabbiner (1831 u. f.).
22: Anfertigung der Geburtslisten (1832).
23: Die Rechtsverhältnisse der Juden in den von Kurhessen abgetretenen Landesteilen (1832).
24: Dispensationen von der gesetzlichen Trauerzeit (1833).
25: Die von Dr. Fränkel zu Dessau herausgegebene Zeitschrift „Sulamith“ (1833—1846).
26: Die Entrichtung eines Einzugsgeldes (1834).
27: Die von der Königl. Dänischen Bundestags-Gesandtschaft erbetenen Notizen über die Verhältnisse der Israeliten im Königreich Hannover (1834).
27a: Collectanea betr. die Regulierung der Rechtsverhältnisse der Juden (1834).¹⁾

¹⁾ Hierzu gehören: 1. Generalia et varia. 2. Ständische Verhandlungen. 3. Lage der Juden
4. Rechtsverhältnisse der Juden in Hannoversch-Osnabrück, Preussisch-Hildesheim, Ostfriesland, Lingen, Bentheim, Arenburg-Meppen, Emsbüren, Hessen-Kassel, Hessische Landesteile.
5. Schutz und Aufenthalt im Lande, Schutzgeld, Leibzoll. 6. Annahme von Knechten. 7. Bürgerliche Verbesserung. 8. Armenwesen. 9. Kirchen- und Schulwesen. 10. Lehrsätze. 11. Rabbiner.
12. Stolgebühren. 13. Schacher- und Nothandel. 14. Übersicht und Zusammenstellung der Bestimmungen verschiedener Staaten über die Verhältnisse der Juden. 15. Die Verhältnisse der Juden im Grossherzogtum Baden. 16. in Bayern. 17. in Belgien. 18. im Herzogtum Braun-

- 28: Die Abänderung des bisherigen Judeneides (1834 u. f.).
29: Die Feier der Geburtstage Ihrer Majestäten in den Synagogen (1835 u. f.).
31: Der Prozess gegen die adelichen Gerichte wegen Aufnahme unvergleiteter Juden (1830).
33: Die von Dr. Philippson zu Magdeburg ergangene Aufforderung zu Geldbeiträgen für die zu errichtende jüdisch-theologische Fakultät (1838).¹⁾ 34a: Die Errichtung eines Schullehrer-Seminars für die Israeliten im hiesigen Königreiche vol. I (1839 u. f.).
34b: Die Erweiterung der jüdischen Lehrer-Bildungs-Anstalt vol. II (1858 u. f.).
35: Die von dem Herzogl. Weimarschen Landrabbiner Dr. M. Hess überreichte und von ihm herausgegebene Zeitschrift „Der Israelit des 19. Jahrh.“ (1842).
38: Bestimmungen über das Domizil der Juden (1843).
40: Das Stimmrecht der Juden in Gemeinde-Angelegenheiten (1844 u. f.).
42: Die für die Superrevision der Synagogen-Rechnungen zu entrichtenden Gebühren (1845).
43: Die Dienstsiegel der Landrabbiner (1846 u. f.).
48: Die Beurlaubung der Landrabbiner (1847—48).
49: Die Verbesserung des Synagogen- und Schulwesens (1847).
54: Die beantragte Mitteilung der Gesetzessammlung an den Landrabbiner (1851).
56: Die Landrabbiner-Konferenzen (1852 u. f.).
57: Die Aufnahme ausländischer jüdischer Lehrer (1853—1858).
61: Das Verfahren gegen jüdische Schulabsenten (1855).
62: Vorschriften über das Aufgebot bei jüdischen Ehen (1856 u. f.).
63: Die von Landrabb. Dr. Heilbutt zu Geestemünde beabsichtigte Zusammenstellung und Herausgabe der die Juden im Königreiche betr. Gesetze, Verordnungen etc. (1856).
64: Die Zulassung von Israeliten zum Staatsdienst (1857).
66: Gebühren bei Eheschliessungen (1858).

schweig. 19. in Dänemark. 20. in England. 21. in Frankreich. 22. in den freien Städten Frankfurt a. M., Hamburg, Lübeck, Bremen. 23. Kurhessen. 24. Holland. 25. Mecklenburg-Schwerin. 26. Grossherzogtum Hessen. 27. Österreich. 28. Preussen. 29. Russland. 30. Königreich Sachsen. 31. Herzogtum Sachsen-Koburg-Meiningen. 32. Herzogtum Sachsen-Hildburghausen. 33. Grossherzogtum Sachsen-Weimar. 34. Schweden. 35. Fürstentum Waldeck. 36. Königreich Westfalen. 37. Königreich Württemberg. 38. Allgemeine Vorschriften und Bestimmungen anderer Staaten. 39. Verhältnisse der Israeliten zu den Gemeinden. 40. Berufswahl und Gewerbebetrieb. 41. Ehe- und Familienverhältnisse. 42. Schulwesen. 43. Kirchenwesen.

¹⁾ S. Allg. Z. d. J. 1909 nr. 27.

- 67:** Die Erhebung eines Eintrittsgeldes bei der Aufnahme neuer Mitglieder in die Synagogen-Gemeinden (1858).
- 68:** Feststellung einer allgemeinen Gebühren-Taxe für die Landrabbiner (1859 u. f.).
- 69:** Zusammenstellung der Vorschriften über die Rechtsverhältnisse der Juden (1859 u. f.).
- 73:** Die Anhörung der Synagogen-Gemeinden bei Niederlassung von Juden (1861).
- 74:** Die Nichtigkeit der ohne obrigkeitlichen Trauschein geschlossenen Ehen (1862).
- 75:** Die Anordnung eines Gebetes in den Synagogen infolge des Friedensschlusses (1866).
- 76:** Die Errichtung einer jüdischen Lehrer-, Witwen- und Waisenkasse (1866).
- 77:** Der Erlass eines Gesetzes wegen Einrichtung und Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse des jüdischen Volksschulwesens (1867).
- 78:** Die Regelung der Verhältnisse der Juden infolge des Anschlusses des Königreichs Hannover an Preussen (1867—68).¹⁾
- 80:** Der Antrag des Vorstandes der jüdischen Gemeinde zu Hildesheim auf Modifizierung des durch die Gesetzgebung des vormaligen Königreichs Hannover bestimmten Verhältnisses des Landrabbiners zu den Synagogen-Gemeinden (1868).
- 81: a. b. c. d:** enthält die amtlichen Vorarbeiten zur Regulierung der Rechtsverhältnisse der Juden im Königreiche Hannover (1813 u. f. 1838. 1842. 1846 u. f.).²⁾
- 82:** Berichte der Landdrosteien über die Frage, ob ausser den Königl. Renteien auch von Gütern, Städten etc. ein Judenschutzgeld erhoben wird (1835).³⁾

¹⁾ Darin: 1. Bericht des Landrabb. Dr. S. Meyer an das Königl. Preussische General-Gouvernement, die Verhältnisse der Juden im ehemaligen Königreiche Hannover betr. (10. V. 1867). 2. Gesuch des Vorstandes und des Gemeinde-Ausschusses der Synagogen-Gemeinde Hannover, Namens und im Auftrage von 92 Synagogen-Gemeinden des ehemaligen Königreichs Hannover an das Königl. Preussische Staatsministerium zu Berlin, die Verhältnisse der Juden betr. (1867).

²⁾ Vgl. M. Zuckermann: „Vorarbeiten der Hannoverschen Regierung etc.“ Hannover 1909.

³⁾ Darin: 1. Abschrift einer Handelskonzession für Jacob Behrens Lüneburg (Zelle 11. Nov. 1680). Vergl. Zuckermann: Dokumente zur Geschichte der Juden. Heft 1 S. 2. 2. Rechtliches Gutachten des Konsistorialrats Witte über die Frage, ob Patrimonialgerichtsherrn die Befugnis zustehe von den in ihrem Gerichtsbezirke sich aufhaltenden Israeliten, denen durch einen

83: Das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Juden vom 30. Sept. 1842; in spec.: die Ausführung desselben; enthält folgende Aktengruppen: 1. Führung der Geburts-, Trauungs- und Sterberegister (darin: Gutachten von S. R. Hirsch-Emden, vom 20. XII. 1842, Gutachten von Dr. Adler-Hannover vom 21. XII. 1842 nebst Vorschlägen und Berichten der Landdrosteien). 2. Die an Stelle des Schutzgeldes zu tretende Domanialabgabe (darin statistische Angaben über die Juden im Königreiche). 3. Die Feststellung der Landrabinats-Bezirke: (darin Gesuch des L.-R. Bodenheimer-Hildesheim (1. XI. 1842), die Landdrostei möge bei dem Ministerium die Erweiterung des Hildesheimer Landrabinats auf den ganzen Landdrostei-bezirk beantragen, und Berichte der einzelnen Landdrosteien). 4. Rechte und Pflichten der Landrabbiner (darin Entwurf von S. R. Hirsch-Emden 7. XII. 1842, Berichte der Landrabbiner Adler, Bodenheimer und der Landdrosteien). 5. Die Verwaltung des Vermögens der Synagogen, Schulen, Armenanstalten und sonstiger milden Stiftungen. 6. Das Synagogenwesen in sp, die Feststellung der Synagogen-Gemeinden (darin: Verzeichnis der Synagogengemeinden und der Synagogen eventl. Bethäuser). 7a: Das Synagogenwesen. 7b: Die Synagogenordnung. 7c: Die von den Synagogengemeinden zu tragenden Synagogen-, Schul- und Armenlasten. 8a: Das jüdische Schulwesen. 8b: Der Fonds zur Förderung des Schul- und Synagogenwesens. 8c: Die Ausführung der jüdischen Schulordnung. 9a: Das Armenwesen. 9b: Die Aufhebung der jüdischen Armenverbände und Verbindung des jüdischen Armenwesens mit dem christlichen. 10: Gewerbebetrieb der Juden. 11: Das Wandern der jüdischen Handwerksgesellen. 12: Die Jurisdiktionsverhältnisse der Juden. 13: Die Stimmfähigkeiten der Israeliten bei den Wahlen der Bürgervorsteher. 13: Die Gemeindeversammlungen.

84: Ausführung des Gesetzes vom 15. April 1847; ergänzende Bestimmungen zu § 6.

85: Bewilligung von Beihilfen für die Synagogengemeinden in den einzelnen Landdrosteien (1853 u. f.).

Ab Generalia.

1: Anstellung eines neuen Landrabbiners für die Fürstentümer Calenberg, Göttingen, Grubenhagen, Lüneburg, das Eichsfeld u. die Grafschaft Hoya-Diepholz vol. I u. II (1823 u. f.).

von der Regiminalbehörde erteilten Schutzbrief die Niederlassung daselbst gegen ein an die Landesherrschaft zu entrichtendes Schutzgeld gestattet wird, neben diesem Schutzgeld noch ein Schutzgeld für sich zu beziehen (copia 31. Juli 1835).

- 2: Die durch die Einrichtung der Landrabbinats-Kasse erwachsenen Kommissions-Kosten (1831).
- 3: Die Landrabbinerkasse. Einziehung der Beiträge durch die Renten (1831).
- 4: Die von den Schutzjuden zu Verden nachgesuchte Extendierung des Wirkungskreises des hiesigen Landrabbiners auf die dortigen Israeliten.
- 5: Die Inspektionsreisen des Landrabbiners (1832—1836).
- 6: Die Beiträge der Göttinger Judenschaft zur Landrabbinerkasse (1834).

B. Landdrostei Aurich. Generalia.

- 1: Gesuch der Juden Schwabe, Seckel und Ballin zu Aurich um Erteilung der Bürgerrechte für die gesamte Judenschaft in Ostfriesland (1816—1831).
- 3: Pensionierung des Landrabbiners Parnass Isaak Beer zu Aurich (1819—1826).¹⁾
- 4: Die der Regierung erteilte Befugnis, Konzessionen zur Treibung von Handel und Gewerbe zu erteilen (1821).
- 5: Unterhaltung der Wahnsinnigen (1824).
- 6: Regulativ für Schutzverleihung und Handelskonzessionen (1824).
- 7: Die Anstellung der Landrabbiner in Ostfriesland (1827 u. f.).
- 8: Vorstellung des Landrabbiners Löwenstamm wegen polizeilicher Beitreibung der von ihm erkannten Ordnungsstrafen (1834—1837).
- 9: Die Bildung eines grösseren Verbandes für jüdische Armenpflege in der Provinz Ostfriesland (1846 u. f.).
- 19: Die Einrichtung einer Landrabbinats-Kasse für den Landrabbinats-Bezirk Aurich (1862).

Specialia.

- 2: Die der israel. Gemeinde in Wittmund bewilligte Beihilfe zur besseren Einrichtung ihres Schulwesens (1853 u. f.).
- 9: Desgl. für die Gemeinde Bunde (1855).
- 11: Die Unterstützung der Synagogengemeinde Emden und die Gründung eines Vereins zur Beförderung des Betriebs von Handwerken unter den Israeliten (1855 u. f.).
- 21: Die Regelung der Schulverhältnisse in Leer, Bunde, Jemgum und Dornum (1859).
- 22: Der israelitische Unterstützungs-Verein in Aurich (1861).

¹⁾ S. Israelit 1909 nr. 46 u. 48.

- 29:** Die Revision des Statuts der israelitischen Gemeinde zu Emden (1864).
31: Die Bewilligung einer Beihilfe zu den Schulkosten für die Synagogengemeinde Aurich (1865).

C. Landdrostei Hannover. 1. Generalia.

- 8:** Der infolge des Ablebens Sr. Maj. Wilhelm IV. in den Synagogen abzuhaltende Trauergottesdienst (1837).
9: Die Anstellung der Landrabbiner (1845 u. f.).
10: Die Landrabbinats-Kasse und der Armenverband (1846 u. f.).

C. 2: Specialia.

- 14:** Der israelitische Krankenpflege-Verein in der Stadt Hannover (1857 u. f.).
15: Die Unterstützung des israel. Frauenvereins in der Synagogengemeinde Hannover (1857 u. f.).
17: Die Errichtung eines jüdischen Waisenhauses durch den Ober-Kommerz.-Rat Simon hieselbst, genannt „Israel Simonsches Waisenhaus (1859 u. f.).
18: Gemeinde- und Schullasten in der Synagogengemeinde Stolzenau (1860).
20: Die jüdischen Schulen im Amte Freudenberg (1861).
24: Die Erbauung einer neuen Synagoge in hiesiger Residenzstadt (1862 bis 1864).
39: Verschiedene testamentarische Dispositionen des Kriegsagenten Salomon Michael David in Hannover (1791—1826).
40: Die Errichtung einer jüdischen Religionsschule in Hannover (1835 bis 1836).
41: Die Meyer-Michael-Davidsche Stiftung einer jüdischen Freischule in Hannover (1831—1836).¹⁾
42: Der Verein zur Beförderung von Handwerken unter den israel. Glaubensgenossen in der Stadt Hannover (1834—1857).
43: Die Michael-Davidsche Stiftung zu Hannover für Gelehrte und arme Verwandte (1837 u. f.).
44: Bestätigung der Geschw. Oppenheimer-Stiftung für die jüdische Religionsschule in Hannover (1839).
45: Der israelitische Wohltätigkeitsverein in der Stadt Hannover (1843 u. f.)

¹⁾ S. M. Zuckermann, Dokumente z. Gesch. d. Juden in Hannover, Heft I, S. 16 u. f. (Hannover 1908.)

46 u 47: Stiftungen des Kriegsagenten Jakob Leffmann Cohen zu Hannover für arme Kinder und gewerbetreibende Israeliten (1844. 1847).

49: Das provisorische Statut für die Synagogengemeinde Hannover (1851).

D. Landdrostei Hildesheim. 1. Generalia.

1: Allgemeine Bestimmungen über die Verhältnisse der Juden (1816 u. f.).

3: Anstellung eines Landrabbiners für das Fürstentum Hildesheim (1823 u. f.).

6: Die bei Beschneidungen anzuordnenden Vorsichtsmassregeln (1828).

9: Pensionierung der Witwe des Landrabbiners Wolfsohn zu Hildesheim (1831 u. f.).

10: Publikation einer Tempelordnung für die Judenschaften des Landrabbinats Hildesheim (1834 u. f.).

11: Regelung der Beiträge zur Landrabbinats- und allgemeinen Armen-Kasse (1846 u. f.).

14: Bildung eines Vereins für den Landrabbinatsbezirk Hildesheim zur Beförderung des Handwerks unter den Juden (1836. 1861—1862).

D. 2: Specialia.

3: Die jüdische Schule in Mollenfelde (1853).

6: Erbauung einer Synagoge in Mehle (1853).

11: Das Gesuch der Synagogengemeinde Hildesheim um Unterstützung zum Bau einer Schule (1854 u. f.).

12: Desgl. der Gemeinde Gr. Freden (1854).

27: Bewilligung einer Beihilfe zum Bau einer Synagoge in Sudheim (1860).

38: Die Erweiterung des jüdischen Begräbnisplatzes in Moringen (1867).

41: Das jüdische Schulwesen in der Stadt Hildesheim.

42: Die von Meyerhof in Hildesheim gegründete jüdische Unterrichts-Anstalt (1839).

43: Der Pfennigfonds der jüdischen Gemeinde in Hildesheim (1849. 1865).

E. Landdrostei Lüneburg 1. Generalia.

5: Die Verhältnisse der Landrabbinats-Kasse (1846—47).

F. Landdrostei Osnabrück 1. Generalia.

1: Aufhebung des Leibzolls (1814).

2: Der Etat über das Personal der Juden (1816).

3: Verzeichnisse und Berichte über die Juden in der Grafschaft Bentheim (1816).

- 4:** Der Etat über das Personal der Juden in den Bezirken Meppen, Lingen und Emsbüren (1816).
7: Aufnahme der Juden in der Grafschaft Bentheim (1824—1834).
8: Die Regulierung der politischen Verhältnisse der Juden im Herzogtum Ahrenberg-Meppen (1828 u. f.).¹⁾
11: Die im Landdrosteibezirk Osnabrück sich aufhaltenden ausländischen Juden (1843).
12: Die Bildung einer Landrabbinatskasse für Osnabrück (1862 u. f.).

F. 2. Specialia.

- 1:** Die Ordnung der Synagogen-Verhältnisse zu Veldhausen, Neuenhaus und Uelsen (1859).
2: Die Erlaubnis zu einer Hauskollekte für das Synagogen- und Schulgebäude zu Meppen (1854).
5—12: Unterstützung der Synagogen-Gemeinden der Grafschaft Bentheim, zu Nordhorn, Sögel, Freren, Badbergen, Meppen und Buer (1860—1864).
16: Die Abgaben der Juden in der Stadt Osnabrück (1818—1845).

G. Landdrostei Stade. 1. Generalia.

- 1:** Aufnahme der Juden (1814).
6: Anstellung eines Landrabbiners (1824 u. f.).
7: Gemeinde-Regulativ für die Rotenburger Judenschaft (1825).
8: Die Befugnis, Grundstücke zu erwerben (1825).
9: Zulassung zu Zünften und Gilden (1827).
10: Gebühren für die Amts-Verrichtungen der Lehrer und Rabbiner (1828).
11: Errichtung einer allgemeinen Armenkasse (1828).
12: Die israelitischen Vorsteher-Distrikte im Bezirke der Landdrostei Stade (1830).

¹⁾ Das Münstersche Amt Meppen wurde durch § 3 des Reichsdeputations-Hauptschlusses vom 25. Februar 1803 dem Herzoge von Arenberg überwiesen, der am 1. Februar 1809 dort den Code Napoleon einführt. Im Jahre 1811 wurde es dem Kaiserreiche einverleibt; nach Vertreibung der Franzosen nahm es Hannover in Besitz, hob durch die Verordnung vom 24. Dez. 1814 den Code Napoleon vom 1. Januar 1815 auf und stellte den früheren Rechtszustand her. Durch die Wiener Kongress-Akte vom 9. Juni 1815 § 32 wurde das Amt Meppen dem Königreiche Hannover als mediatisiertes Gebiet beigelegt, und durch die Verordnung vom 9. Mai 1826 wurden die Standesherrlichen Verhältnisse des Herzogs von Arenberg resp. des Herzogtums Arenberg-Meppen geregelt. Bei den hierbei mit dem Herzoge stattgefundenen Verhandlungen wurde demselben „die Einnahme an Schutzgeldern von den Jüdischen Glaubens-Genossen, so weit sie hergebracht, unter dem Vorbehalte überlassen, dass über die Reception der Juden lediglich von den Landesherrlichen Behörden entschieden werde.“

- 13:** Die Verbesserung des jüdischen Schulwesens (1833).
14: Maassregeln des Senats zu Bremen gegen die eigenmächtigen Verheirathungen der Juden (1837).
17: Das Verfahren bei Niederlassung jüdischer Landeseinwohner (1848).
19: Die Konfirmation (1851).
20: Die Heranziehung des Landrabbiners zu den Lasten der Synagogengemeinde seines Wohnorts (1853).
21: Die Regulierung des Schächtwesens im Landdrosteibezirke Stade (1856—1859).
22: Die Bildung eines Vereins zur Beförderung des Handwerks unter den Juden im Landdrosteibezirke Stade (1862).

G. 2. Specialia.

- 2:** Die der Synagogengemeinde Lehe-Geestemünde bewilligte Beihülfe (1853).
3: Desgl. für die Gemeinde Aumund (1853).
5: Die Trennung der Synagogengemeinde Lehe-Geestemünde und die Anstellung des L.-R. Dr. Heilbut zu Stade als Unter-rabiner der zu bildenden Synagogengemeinde Geestemünde-Geestendorf (1853).
7: Die Regelung der Schulverhältnisse zu Aumund u. Lesum (1855).
8: Beschwerde gegen den Landrabb. Dr. Heilbut zu Geestemünde wegen Abänderung des für den Gottesdienst daselbst bestehenden Ritus (1856).
12: Bewilligung einer Beihülfe zum Bau einer Synagoge in Verden (1857—58).
19: Die Überweisung eines Bauplatzes an die Gemeinde zu Geestemünde behufs Errichtung eines Tempels (1860).
24: Die Erbauung einer Synagoge in Hagen durch den Rentier Gotschalk daselbst (1862).
28: Bewilligung einer Beihülfe zum Synagogen- und Schulbau für die Gemeinde Scharmbeck-Osterholz (1865).

Hannover 104 a II 4.

Akten des Ministeriums des Innern.

18. bes. 19. Jahrh.

I. L. D. Hannover.

a) Stadt Hannover.

- nr. 2:** Das Regulativ für die Judenschaft in der Stadt Hannover (1834).
nr. 3: Die Wahl des Dr. jur. Cohn zum Bevollmächtigten bei der

S*

Errichtung einer jüdischen Religionsschule sowie die Berichtigung der durch die Errichtung der Religionsschule erwachsenen Kommissionskosten (1834—1837).

nr. 4: Die dem Finanz-Agenten **Israel Simon** erteilte Erlaubnis zu gottesdienstlichen Privat-Versammlungen (1840).

II. L. D. Hildesheim.

a) Stadt Einbeck.

nr. 5: Das durch den Landrabbiner **Dr. Adler** für die Judenschaft zu Einbeck erlassene Regulativ (1833—1834).

nr. 6—8: Personalia (1837—1846).

b) Gericht Hardenberg.

nr. 9: Personalia betr. die Befreiung von der Entrichtung des Judenschutz-Dienstgeldes an die Gutsherrschaft (1832).

c) Stadt Hildesheim.

nr. 10: Die Einrichtung einer jüdischen Schule in der Stadt **Hildesheim** (1828).

nr. 11: Wahl und Befugnisse der Vorsteher für die Judenschaft zu **Hildesheim** (1839—1842).

nr. 12: Beschwerde des Magistrats zu **Hildesheim** wegen der von der dortigen Judenschaft erhobenen Gebühren (1843).

nr. 13: Das Gesuch der jüdischen Gemeinde zu **Hildesheim** um Bewilligung einer Beihülfe zu den Kosten des dortigen Synagogenbaues (1848—1849).

nr. 14: Das Gesuch der Vorsteher der jüdischen Gemeinde zu **Hildesheim** betr. das jüdische Armenwesen daselbst (1849).

nr. 15: Vorstellung wegen eines Erlasses betr. Bestimmungen über die Verteilung der Lasten der Synagogengemeinde in **Hildesheim** (1849).

nr. 16: Die Beschlussfähigkeit der jüdischen Gemeinde zu **Hildesheim** (1849. 1852).

III. L. D. Lüneburg.

b) Stadt Burgdorf.

nr. 20: Die Wahl zweier Juden zu Bürger-Deputierten in der Stadt **Burgdorf** (1846).

c) Stadt Lüneburg.

nr. 21 u. 22: Gesuche um die Erteilung des landesherrlichen Schutzes für die Stadt und Landdrostei **Lüneburg** (1827—1838).

d) Stadt Soltau.

nr. 23: Eine Anfrage des Magistrats zu **Soltau** über die Jurisdiktionsverhältnisse der Juden (1843).

e) Stadt Ülzen.

nr. 25—28: Gesuche um Erteilung des landesherrlichen Schutzes, um Handelskonzessionen, um Zulassung zur Bürger- und Meisterschaft und zur Aufnahme in die Krämer-Innung (1818—1848).

IV. L. D. Stade.

a) Amt Blumenthal.

nr. 29: Vorstellung der israelitischen Gemeinde zu A u m u n d betr. die Beiträge zur Distrikts-Armenkasse (1845).

nr. 30: Personalia betr. die Befreiung von der Beitragspflicht zu dem christlichen Kirchen-, Schul- und Armenwesen (1845).

nr. 31: Gesuch der jüdischen Gemeinde zu A u m u n d um Bewilligung einer Beihilfe zu den Kosten ihres Schulwesens (1850).

b) Land Kehdingen.

nr. 32: Die Heranziehung der Israeliten zu F r e i b u r g zu den Gemeindelasten (1841—1842).

c) Amt Osterholz.

nr. 33: Die Schuleinrichtung der Synagogengemeinde S c h a r m b e c k (1852).

d) Amt Ottersberg.

nr. 34: Gesuch um Schutzerteilung (1824).

e) Amt Rotenburg.

nr. 35: Beschwerde des Flecken Rotenburg über allzustarke Vermehrung der Juden (1814).

nr. 36: Gesuch um Erteilung des landesherrlichen Schutzes (1816—1818).

f) Stadt Verden.

nr. 37: Die Beschwerde der Gewandschneider- und Krämer-Innung zu Verden über den Aufenthalt und Handel der während der Fremdherrschaft in die Stadt gekommenen Juden (1814—1822).

Hildesheim I.

Hildesheimisches Landesarchiv. Archiv der Bischöfe um 1500 bis 19. Jahrh.
Anfang. Teil XVIII Abschnitt 1 Abteil XI.

1: Beschwerde der drei Knochenhauer-Ämter beim Rat und Bürgermeister über das den Juden gestattete Schlachten (Hildesh. 12. I. 1667). Darin: „Catalogus der Juden, so wegen ihres unbefugten Schlachtens von den drei Knochenhauerämtern zu Hildesheim, am Markte, bei St. Andrea u. St. Martin bestraft wurden“ enthält Abschriften aus den Knochenhauer-Amtsbüchern aus den Jahren 1592. 1595. 1598. 1637. 1640. 1658. 1662 und 1663.

- 2: Michael Hammerschlag in Hildesheim c/a. Rat der Stadt Hildesheim (1734).
- 3: Die Arretierung des Nathan Seckel aus Hildesheim (1725 bis 1727).
- 4: Klagesache des Hildesheimer Schutzjuden Nathan Süssel (1695). — Beschwerde der Hildesheimer Schutzjuden David und Nathan Schey betr. drei Synagogenstellen (1684). — Hildesheimische Judenschaft c/a. Peinische Judenschaft betr. die beizutragende Quote für das Schutzgeld (1652). — Geleitsbrief für Rabbi Salomon, Samuel und Magnus Schay aus Hildesheim „in die Seestadt leuneburg, Hamburg und Lubeck“ (Hildesh. 10. XII. 1591). — Beschwerde der Kurfürstl. Kölnische im Stift Hildesheim verordneten Kanzler und Räte bei dem Bürgermeister und Rat der Stadt Hamburg über den Hildesheimer Schutzjuden Nathan Schay (Hildesh. 5. V. 1609).
- 6: Die landesherrliche Ernennung eines Kommissarii zur Bestrafung der jüdischen Delinquenten (Auf dem Aktendeckel ist folgendes hinzugefügt: „officium eius consistit in causis Judaeorum civilibus et criminalibus cognoscendi et decidendi. Die Stadt hat diese Ernennung als einen Eingriff in ihr prätendiertes ius primae instantiae angesehen und den Weg Rechtens eingeschlagen de Anno 1696 pp.; die Sache ruhet unausgemacht zu Wetzlar“.)
Darin: Ein Schreiben von Ernst, Bischof zu Köln an den Rat zu Hildesheim den Schutz von Nathan Schay nach dessen Tode auf seine Frau und Kinder zu extendieren (Schloss Walbeck 22. X. 1607). — Abschrift eines Schutzbriefes für Lefmann, Sohn des Juden Marx, und Edelle, Tochter des Nathan Schay, ausgestellt vom Bürgermeister und Rat der Stadt Hildesheim (8. VII. 1591). — Abschrift eines Garantiebriefes der Juden in Alt- und Neustadt-Hildesheim für Nathan Schay (Hildesh. 1. VII. 1631).
- 7: Akta betr. den Hildesheimer Schutzjuden Seckel Nathan, der von der Stadt Hannover aufgefordert wird als Zeuge in dem Prozess der Oberhoffaktoren Gumpert und Isaac Behrens in Hannover zu erscheinen, sich dessen weigert und hierfür den Schutz der Fürstl. Regierung anruft (1721).
- 8: Die Fürstl. Hildesheimische Regierung beanstandet, dass Bürgermeister und Rat der Stadt Hildesheim den Schutzjuden David Würzburg als „ihren Schutzjuden“ bezeichnen, da dies Privilegium ein regales sei; dagegen erhebt die Stadt Einspruch (1728).
21. 22: Die Vertreibung der Juden aus Hildesheim (1585—1598).

Darin: Abschrift eines Schutzbriefes für die Büder *Schaya* und *Aron* (Augsburg 25. IX. 1550). — Erneuerung des Schutzbriefes für *Nathan Schay* und dessen Bruder *Samuel* (3. XII. 1596). 

23: Verhandlung zwischen Bischof Ernst und dem Rat der Stadt Hildesheim wegen des Geleits zweier Schutzjuden (1602—1603).

26: „Interrogatoria, darüber samtliche Judenschaft zu befragen“ (1633); enthält ausführlich protokollarisch aufgenommene Angaben über die Verhältnisse der Judenschaft in Hildesheim und Peine. Aus Hildesheim werden genannt: *David Schay*, *Selke Schay*, *Herz Israel*, *Abraham Schmul*, *Schmul Musche*, *Levy Israel*, *Schay Leffmann*, *Gottschalk Schay*, *David Sambson* und *Sambson Israel*. Aus Peine: *Salomon Hammerschlag*, *Marx Heinrich*, *Meyer Borchardt*, *David Himmelsthür*, *Bendikt Lazarus*.

27: Beschwerde über *David Schay*, der „sich unterstehe der publizierten Judenordnung sich freventlich zu widersetzen und dem Rabbiner in den jüdischen Ceremonieen folge zu leisten sich verweigere“ (Hildesh. 9. I. 1655).

30: Akta betr. das landesherrliche Privilegium der Hildesheimer Judenschaft, ihre Waren öffentlich verkaufen zu dürfen, wogegen die Kramer Gilde protestiert (1666—1684).

31: Beschwerde der Stadt Hildesheim über die der Judenschaft erteilten Konzessionen (1667).

32: Erneuerung der Schutzbriefe für die Hildesheimer Judenschaft und Erweiterung deren Privilegien (1672).

33: Die Arretierung des Hildesheimer Schutzjuden *Nathan David Schay* in *Steuerwald* (1676).

34: Beschwerde des *Nathan David Schay* über Vorsteher und Beisitzer der Hildesheimer Judenschaft (1682).

35: Das Knochenhaueramt protestiert gegen das der Hildesheimer Judenschaft am 24. X. 1662 erteilte Privilegium des Schlachtens (1683).

36: Das Capitulum St. Mauritius entscheidet, dass das Geld, welches die Juden auf dem Bergflecken zahlen nicht als Schutzgeld, sondern als Beiwohnungsgeld zu betrachten sei (15. IV. 1686).

39: Das Recht der *Neustadt-Hildesheim* jüdische „Delinquenten zu inquirieren“ (1699).

40 u. 46: Der Rat der *Neustadt-Hildesheim*, beansprucht das *ius primae instantiae* über die dort wohnenden Schutzjuden (1707—1729).

41: Gravamina der Stadt Hildesheim wegen des Einlasses der Juden in die Stadttore, des Geleits und Schutzes (1714).

43: Prozessakten über den Konkurs der Oberhoffaktoren **G u m p e r t** und **I s a a c B e h r e n s** in **H a n n o v e r** (1721).

44: Die Jurisdiktion über die Hildesheimer Judenschaft (1724).

47: Requisitionsschreiben der Stadt **H a n n o v e r** an den Rat zu **Hildesheim** wegen eines arretierten und durch das Hochstift zu führenden Juden (1739).

49: Die Rückständigkeit der Schutzgelder der Stadt-Juden in **Hildesheim** (1779).

Hildesheim 1, VI. Teil 33, Abschnitt 12.

nr. 1: Statistisches über Judenschutz und Schutzgeld im Hochstift **Hildesheim** (1777, 1778).

nr. 2: Beschwerde der Judenschaft auf dem **D a m m v o r P e i n e** „über die frevelhafte Violierung ihres Gottesackers“ (23. IV. 1775).

nr. 3: Erneuerung des allgemeinen Schutzbriefes für die Judenschaft im Hochstift **Hildesheim** mit Angabe der Namen sämtlicher Schutzjuden (**Hildesh.** 15. II. 1724).

nr. 4: Gesuch der Judenschaft auf dem **D a m m v o r P e i n e** an die **Stift-Hildesheimsche Hofkammer** um Anweisung eines Friedhofsplatzes, da der alte „mit toten Körpern angefüllt ist“ (9. IV. 1728).

Hildesheim 1, Teil 79, Abschnitt 1.

nr. 84: Die von der Judenschaft auf dem **D a m m v o r P e i n e** an die **Kapuziner** zu entrichtenden Äquivalentgelder für die *iura stolae* (1699—1756); darin Verzeichnisse über die den Juden gehörigen Grundstücke.

Hildesheim 1, VIII. Teil 51, Abschnitt 1.

1: Juden-Ordnungen und einzelne darauf bezügliche Schriftstücke. Darin: „Ordnung vnd Weisstumb in vnserm Erztift Cöln über alle vnd gemeine Juedenschafft“ vom 1. XI. 1600. — „Ernewert- vnd verbesserte Juden-Ordnung dess Ertz-Stifts Cölln (**Bonn** 16. XI. 1686) und Ergänzungen hierzu (**Bonn** 15. I. 1687). — Proiect der neuen Köllnischen Juden-Ordnung (1686 „Auss dem gemeinen geist- und weltlichen Rechte, Päpstlichen Satzungen, Reichsabschieden, voriger Ordnung, glaydtsbriefen, Churfürstl. erklärungen und andere Chur- und Fürsten Juden-Ordnungen zusammengetragen und verfasset durch den verstorbenen **Kanzler v. Z i m m e r m a n n** alss damahligen Chur-Cöllnischen Hof-

rathen.“) — Gedruckter Schutzbrief nebst Verzeichnis der im Fürstentum Münster verbleibenden Juden (Münster 12. I. 1720). — Konzept eines Schreibens des Hildesheimer Hochstifts an den dortigen Bürgermeister und Rat betr. einige Bestimmungen über Juden-Domizil (2. X. 1762). — Gedruckte Verordnung betr. die Handlungspässe der Juden im Hildesheimschen (Hildesh. 1. VI. 1781).

2: Generalia des ius recipiendi et conducendi Judaeos, Bitt- und Beschwerdeschriften (1577—1795).

Darin: Verzeichnis der im Hochstift Hildesheim wohnenden Schutzjuden. — Protokolle betr. die Ausweisung der nicht mit Schutz versehenen Juden.

3: Landesherrliche Jurisdiktion über die zu Salzdettfurt delinquirten Juden (1696).

4: Landesherrliche Jurisdiktion über die delinquirten Juden zu Peine und im Hochstift Hildesheim.

Darin: Konzept eines von dem Dekan R u s c h e n zu St. Mauritius verfassten Gutachten „Warumb ein Würdig Cap(itu)l(u)m St. Maurity den gemeinen Juden allhier uff dem Berge undt in der Stadt nicht vergonnen soll noch kann, dass Sie ein eigene Gerichtszwang, Rabbi vndt Synagoge halten vndt aufrichten sollen“. A^o 1620. — Abschrift eines Schutzbriefes für die Judenschaft in Hildesheim, auf dem Berge und in Peine (13. II. 1689). — Edikt des Bischofs J o b s t E d m u n d von Hildesheim gegen einige Juden „welche mit wehr und waffen, alss Pistole und Säbel, wieder ihren stand und Vorgeschiebener Ordnung durch das Land ziehen“ und unter seinen Untertanen Schaden anrichten (22. II. 1696). — Bestimmungen über Judenschutz, Schutzgeld etc. (25. II. 1736). — Der Judenschaft zu Peine wird gestattet, einen eigenen Rabbiner zu halten. (1. IX. 1785). — Patent für Moses Abraham Levi Chelma aus D e s s a u als Rabbiner der Peineschen Judenschaft (19. X. 1785). — Memorial der Judenschaft zu Peine an den Bischof Friedrich Wilhelm zu Hildesheim betr. „eines zu bestellenden unabhängigen Rabbiners (1785 „sie hätten schon immer einen Unterrabbiner, der jedoch von dem Oberrabbiner bestätigt werden musste und von dessen caprice abhing“). — Patent für den Rabbiner Salomon Isaak zu Peine (15. IX. 1790).

5: Judenschutz.

Darin: Verzeichnis der Schutzjuden im Amte Gronau (1724). — General-Schutzbrief für die Hochstift-Hildesheimsche Judenschaft (Bonn 17. III. 1744). — Verzeichnis der Judenschaft zu Peine (1761). — Vorstellung der Hildesheimschen Judenschaft bei dem Domkapitel

betr. die Zahlung von 400 Louisdor für Bestätigung des General-Schutzbriefes (1. VI. 1761). —

6: Hildesheimsche Rabbiner betr. (1733. 1766. 1770). Judenschaft in Peine c/a. Judenschaft in Hildesheim (1775).

Darin: Die Ältesten und Vorsteher der Hildesheimer Judenschaft zeigen die Wahl des „Hochgelahrten und in unsern Gesetzen wohl fundierten Rabbiner Hirschel Isaac Oppenheimer aus Wien und Königl. Gross-Britannischen Privilegierten Schutzjuden zu Hannover“ zu ihrem Landrabbiner an (Hildesh. 3. X. 1733). — Patent für den Hildesheimer Landrabbiner Hirsch Victor (10. IV. 1765); desgl. für den Hildesheimer Landrabbiner Abraham Moses (26. IV. 1770). — Beschwerden der Hildesheimer Judenschaft c/a. Peinische wegen Nichtanerkennung ihres Landrabbiners (1775). — Vorstellung der Vorsteher der Peineschen Judenschaft bei dem Bischof Friedrich Wilhelm v. Hildesheim betr. ihre vollständige Trennung von der Hildesheimer Judenschaft bezüglich ihrer Gemeindeverwaltung und Anstellung ihrer Gemeindebeamten (7. VI. 1775).

7: Kognitionsrecht der Rabbiner, Abgaben, Juden auf dem Moritzberg. Darin: Abschrift des Hildesheimer Landrabbinerprivilegs vom 12. V. 1618 u. Ergänzungen vom 15. IV. 1672 und 13. X. 1689. — Beschwerde gegen David Schay-Hildesheim im (9. IV. 1654). — Edikt des Erzbischofs Maximilian Heinrich zu Cöln an die Hochstift-Hildesh. Judenschaft, den Anordnungen ihrer Rabbiner und „Vorgänger“ auf das bestimmteste Folge zu leisten (Lüttich 20. II. 1654). — Beitrag der Juden auf dem Moritzberg zur Unterhaltung des Hildesheimer Landrabbiners (1735).

8: Judenrabbiner, Vorsänger, Vorsteher etc., deren Funktion und Gewalte. Darin: Anstellung des Landrabbiners Abraham Moses (1770). — Vorstellung der Hildesheimer Judenschaft „über die Widersetzlichkeit der Peinischen Judenschaft“ gegen die Machtbefugnisse des Hildesheimer Landrabbiners und der Vorsteher (26. IV. 1770).

9: Jurisdiktion des Rabbiners.

Darin: Beschwerde des Hildesheimer Landrabb. Hirschel Isaac Oppenheimer wegen der Widersetzlichkeit des Bergjuden Abr. Mos. Pollack (26. III. 1734) und eine Bestimmung über die Schätzung unter den Juden von demselben, in hebr. Sprache und nebenstehender deutscher Übersetzung.

10: Bittschrift der Peineschen Judenschaft, dass ihr gestattet sein möge, nach voriger Entrichtung der Gebühren an den Hildesheimer Landrabbiner, Trauungen durch ihren Ortsrabbiner vollziehen zu lassen

(19. XII. 1781); diesem Wunsche wird von der Regierung stattgegeben (29. I. 1782).

11: Bittschrift des Stadt-Hildesheimischen Rabbiners **Abraham Moses Levi** an **Friedrich Wilhelm** Bischof von Hildesheim betr. eine ihm von der Regierung auferlegte Strafe (Hildesh. 25. XI. 1769).

12: Verhandlungen betr. den Neubau einer Synagoge der Hildesheimer Judenschaft auf dem **Bergflecken** vor Hildesheim (1756—1792). Darin: Prospekt und Grundriss der **Juden-Schule** auf dem **Bergflecken** St. **Mauritii** anno 1755. — Verhandlungen zwischen dem Bischof **Friedrich Wilhelm** und dem Domkapitel über die Zuständigkeit der den Juden zu erteilenden Erlaubnis zum Synagogenbau. — Protokolle der Hildesheimischen Kanzlei in derselben Sache. — Abschrift einer Konzession des Domkapitels an die Hildesheimer Judenschaft zur Erwerbung eines Grundstücks, in welchem „die **Juden-Schule** gehalten werden soll“ (1582). — Ein Schreiben von **Michael Mayer Breslau** an den Bischof zu Hildesheim „dass der Judenschaft auf dem Berge doch wenigstens gegen Erlegung einer recognition geholfen werden möge, da doch in Rechten ohnehin erlaubt ist, wenn die alte (Synagoge) abgebrannt oder baufällig eine andere zu bauen“ (Münster 29. XII. 1765). — Grundriss des Hauses, in welchem die alte „**Beth-Kammer**“ sich befand. — Vorstellung der Hildesheimer Judenschaft betr. den Neubau einer Synagoge in der **Mühlenstrasse** (21. III. 1792).

13: Verordnete Hildesheimische Kanzler und Räte ersuchen den Erzbischof zu **Köln** für den Hildesheimer Schutz-Verwandten auf **St. Maurit. Berg** wohnenden **Juden Burchard**, einen nächsten Verwandten „des abgelebten **Meussel** **Juden** zu **Prag**“ bei dem Kaiser zu intercedieren, dass er den ihm zufallenden Teil aus der **Meusselschen** Erbschaft erhalte. Der **Jude Burchard** hat sich trotz seiner Armut bisher so betragen, dass keine Klage gegen ihn noch irgend welche Ungebühr vorgekommen. Kanzler und Räte können ihm dieses gute Testimonial nicht verweigern (11. I. 1610).

Schriftstücke betr. die Ausweisung der unvergleiteten **Juden** aus dem **Hochstift Hildesheim** (1664).

Darin: Abschriften der **General-Schutzbriefe** für die Hildesheimer Judenschaft aus den Jahren 24. X. 1662 u. 15. IV. 1672. — Bittschrift der Hildesheimer Schutzjuden **Israel Abraham**, **Samson Abraham** und **Israel Schay** betr. die Ausweisung (25. VI. 1664). — Akten betr. die von der **Hochstift-Hildesheimer Judenschaft** zu zahlenden **iura stolae** (1677).

Die Juden auf dem Moritzberg c/a. Capitulum in Sachen des geforderten Schutzgeldes (1687).

Akten betr. den durch die auf dem Moritzberg wohnenden Schutzjuden Sambson Samuel und Herz in der Synagoge hervorgerufenen Tumult (1736).

Darin: ein Schreiben des Land- und Stadtrabbiners Herschel Isaac Oppenheimer in dieser Angelegenheit.

14: Schutzbrief für den Juden Klein Israel auf der Neustadt-Hildesheim (Cöln 13. XI. 1577).

Desgl. für die Stift-Hildesheimer Juden Nathan Schay, Jacob v. Verden, Salomon Burchard u. Samson. (Bonn 29. IX. 1585). — Attestat für den Schutzjuden Lippmann Marburg auf dem Moritzberg (Hildesh. 27. XI. 1601). — Geleitsbrief für den Juden Salomon auf dem Moritzberg ((Hildesh. 19. IX. 1605). — Abschrift der den Hildesheimer Juden erteilten Erlaubnis zur Anstellung eines Rabbiners und dessen Privilegien (Auf der Rückseite Vermerk „insinuiert durch Nathan Juden den 13. Nov. 1607“). — Akten betr. die von der Hildesheimer Judenschaft geforderten 500 Reichstlr. Kontributionssteuer (1609). — Beschwerdeschriften bei den verordneten Hildesheimer Räten von „Herz Jude“ (17. VI. 1618), Meier Burchard „vergleiteter Jud“ (Hildesh. April 1627) und Sussmann Hammerschlag auf dem Moritzberg (1629). — Herz u. Abraham Schay auf dem Moritzberg c/a. Abraham Samuel betr. den Tumult in der Synagoge (1714).

15: Judensachen in dem Fürstl. Hildesheimschen Amte Steuerwald (1580—1723).

Darin: Konzept betr. die den Juden auf dem Moritzberg erteilte Erlaubnis zum Bau einer Synagoge. — Verzeichnis der von den Juden auf dem Moritzberg bei ihrer Aufnahme an das Kapitel entrichteten Schutzgelder. — Ein von den Juden Herz, wohnend auf der Neustadt-Hannover ausgestellter Schuldschein für den Rentenmeister Heinrich v. Rhoda auf 100 Tlr. 10 Mgr. (24. V. 1580).

16: Judenschutz im Amte Poppenburg (1630—1798).

17: Die Schutzjuden im Amte Gronau (1731—1796).

Darin: Verzeichnisse der im Amte Gronau wohnenden Schutzjuden. — Beschwerden über das Hausieren fremder Juden, mehrere Schutzbriefe und Akten betr. die Heranziehung der Juden zu Hand- und Spanndiensten bei dem Neubau der Stadtmühle zu Gronau (1737).

18: Judensachen im Amte Rethel (1719—1796).

19: Akten betr. den jüdischen Schulmeister in Gleidingen (1772 bis 1773).

20: Juden im Amte Winzenburg (1711—1796).

21: Desgl. im Amte Bilderlah (1732—1790).

22: Desgl. im Amte Hunnesrück (1732—1798).

23—25: Judenschutz im Amte Peine (1761—1798).

Darin: Verpflichtung der Juden für die Unterhaltung zweier Windhunde jährlich 6 Malter Roggen zu geben (1621). — Beschwerden über den Ankauf von Häusern und sonstigen Grundstücken durch Juden. — Schätzungsregister über das Vermögen der Juden aus den Jahren 1773. 1775. 1777. — Kaufkontrakte, Schuldscheine und Judenverzeichnisse.

26: Judenschutz im Amte Woldenberg (1766).

27: Desgl. im Amte Liebenburg (1732—1749).

28: „Fiscalis c/a. Capitulum Montis St. Mauritii in pto. violati Regalis et privilegii recipiendi Judaeos (1683—1686)“.

Das Kapitel ist wegen des angemessenen Judenschutzes zu einer Geldstrafe von 300 Goldfl. und zur Rückerstattung der eingezogenen Schutzgelder verurteilt worden; auf nochmalige Vorstellung von seiten des Kapitels wurde das Urteil aufgehoben, da das Kapitel erklärte, dass die von den Juden auf dem Berge gezahlten Gelder nicht als Schutzgeld, sondern als Beiwohnungsgeld zu betrachten wäre.

29: Die Bürger zu Peine führen Beschwerde über das Schlachten der Juden auf dem Damm vor Peine (1649—1668).

Darin: Verzeichnis der vergleiteten Juden auf dem Damm vor Peine von 1650.

30: Die Bergjuden Salomon Chaim und Moses Goldschmidt c/a. Nathan Seckel und Nathan Moses (1727—1735).

31: Die Judenschaft in dem Hochstift Hildesheim (1723).

Enth. ausführliche Verzeichnisse der vergleiteten Juden auf dem Bergflecken vor Hildesheim, dem Damm vor Peine, in Gronau und Schriftstücke betr. die Fortschaffung unvergleiteter Juden; statistische Angaben über die Judenfamilien in Peine, in der Stadt Hildesheim und den Generalschutzbrief für die Hildesheimer Judenschaft vom 5. II. 1724.

32: Konzept eines General-Schutzbriefes für die Hochstift-Hildesheimsche Judenschaft (1727). — Verzeichnisse der Judenfamilien in der Alt- und Neustadt-Hildesheim, auf dem Damm vor Peine, auf dem platten Lande und in den Dörfern des Hochstifts (1719—1727).

33: Schreiben des Bürgermeisters und Rats zu H a m b u r g an den Rat zu H i l d e s h e i m betr. die Inhaftierung des Hildesheimer Schutzjuden N a t h a n S c h a y nebst seinem Diener L e i b m a n n M a r b u r g (Hamburg 17. VI. 1609).

34: Konzept eines Schreibens (ohne Namensunterschrift) an den Bischof zu K ö l n betr. die der Hildesheimer Judenschaft auferlegte Kontribution von 600 Reichstlr. vom 22. VII. 1605 mit Zusätzen vom 23. VII. 1605. Akten betr. die von der Hildesheimer Judenschaft zu zahlende Kontribution von 1300 resp. 800 Rtlr. (1630).

Darin: Schutzbriefe von 1732 und eine Abschrift der Privilegien des Rabbiners für die Judenschaft im Hochstift P a d e b o r n (Arensberg 5. IX. 1728).

35: Beschwerde der Schutzjuden der Stadt und des Hochstift-Hildesheim über die auf den Jahrmärkten herumziehenden unvergleiteten fremden Juden (1798).

Hildesheim 2.

Archiv des Domkapitels zu Hildesheim,
16.—19. Jahrh. Anf.

A. N 1 nr. 73: Hofjude S a m u e l W e r t h e i m e r zu Wien c/a. Hofkommissar G o f f e a u x zu Hildesheim, betr. Bezahlung Gräfl. Plettenbergscher Wechsel über 955 Pistolen (1764).

C. N VIIIg, fasc. 1: Erneuerung des von M a x i m i l i a n H e i n r i c h im J. 1682 für die Hildesheimer Judenschaft ausgestellten General-Schutzbriefes (Hildesh. 26. VII. 1688).

Das. Akten betr. die Vergleitung der Juden im Hochstift Hildesheim (1700—1725); darin General-Schutzbriefe, Judenprivilegien und Streit-sache zwischen der Judenschaft in P e i n e und Hildesheim.

Hildesheim 4.

Akten des St. Moritzstiftes bei Hildesheim,
Anf. 16. bis Anf. 19. Jahrh.

Teil 5, Abschnitt 3.

nr. 1. 1: Die der Judenschaft erteilten Geleitsbriefe. (Darin: Abschrift eines Schutzbriefes für die Juden in dem Stift-Hildesheim, ausgestellt von dem Erzbischof E r n s t in K ö l n (19. IV. 1595). — Schutzbrief vom Stift Hildesheim für S u s s m a n n H a m m e r s c h l a g (30. IX, 1624). — Kurfürstl. Verordnungen wegen der Zinsen auf ausgeliehene

Gelder für die hiesige Judenschaft (8. IV. 1657). — Schutzbriefe für die Judenschaft in Hildesheim, auf dem St. Moritzberg und auf dem Damm vor Peine (24. X. 1662, 14. II. 1682, 12. V. 1719, 16. VIII. 1740). — Dekret über Schutz- und Beiwohnungsgelder der Stift-Hildesheimer Judenschaft (15. IV. 1686). 2: Die Jurisdiktion des Kapitels über die die Juden betreffenden Schriften (1681). 3: Beschwerde der Juden zu Moritzberg gegen das Kapitel (1687. 1716). 4: Die vom Stadtrabbiner prätendierte Kognition über die Bergjuden (1677. 1736). 5: Diversa circa Judaeos in et extra Monte.

nr. 2: Berg- und Stadtjuden zu Hildesheim (1679).

nr. 3: Abschrift einer Judenordnung „wie sich die Juden auf dem Moritzberge mit ihrem Schulmeister, Schächter und Vorsänger zu verhalten haben“ (unterschrieben ist: Chaim Rabbiner zu Hildesheim und dem Lande, am sonntag 14 Tage in ier (Jjar) 481 nach der kleinen Zahl).

nr. 4: Judenschaft zu Moritzberg (1676—1800).

Abschnitt 5

enthält in alphabetischer Reihenfolge Prozessakten aus dem 17. und 18. Jahrh.

Hildesheim 6.

Kabinettsregistratur des Fürstbischofs Franz Egon v. Fürstenberg,
1789—1825.

J. nr. 1: Juden im Hochstift Hildesheim (1794). — nr. 2: Judenschutz in Peine (1798). — nr. 3: Schutzjuden, welche mit landesherrlicher Einwilligung Grundbesitz erworben haben (1801). — nr. 4: Handlungspässe der Juden (1775).

Hildesheim 7.

Zivilakten der Fürstl. Hildesheimischen Regierung,
16.—18. Jahrh.

A nr. 9 4: Abraham Dux c/a. Kramergilde (1755).

J nr. 44: Judenschaft in monte c/a. capitulum S. Mauritii (1705).

M nr. 44: Montis capitulum und die Judenschaft daselbst c/a. Judenschaft in Hildesheim, betr. die Jurisdiktion (1679).

O nr. 20: Akta betr. den Oppenheimerschen Konkurs und die Hildesheimische Judenschaft (1777).

P nr. 61: Peinische Kapuziner c/a. Judenschaft daselbst (1745).

S nr. 474: Sarstedtsche Juden c/a. Sarstedtsche Schlächter (1741).

Hildesheim 10.

Akten betr. Hildesheim, Goslar u. die später Hannoverschen Teile des Eichsfeldes unter Preussischer Herrschaft, 1802—1807.

XIX 2: Remission von Judenschutzgeldern im Amte R u t h e (1802 bis 1807).

3: Beschwerde der Judengemeinde zu P e i n e wegen der zu entrichtenden Abgaben (1803).

4: Einsendung der Geburts-, Trauungs- und Sterbelisten im Liebenburger Kreise (1803—1805).

5: Beschwerde der Judenschaft auf dem D a m m vor P e i n e wegen der zu entrichtenden Abgaben (1803—1805).

6: Erteilung des Judenschutzes (1803—1806).

7: Eingesandte Schutzgelder der Judenschaft auf dem Damm vor P e i n e (1803—1807).

8: Organisation des Judenwesens im Hildesheimschen (1804).¹⁾

9: Befreiung der Judenschaft auf dem D a m m e zu P e i n e von der Entrichtung des Schutzgeldes (1804).

10: Anstellung der Rabbiner in der Stadt H i l d e s h e i m (1804—1805).²⁾

11: Aufhebung der bisherigen Beschränkung des Wohnbezirks der Hildesheimer Judenschaft (1804—1807).

12: Ansetzung der Juden in der Stadt P e i n e (1806—1807).

13: Die von den Juden auf der N e u s t a d t - H i l d e s h e i m zurückgeforderten Onera-Gelder (1807).

14: Beherbergung fremder Juden (1807—1808).

¹⁾ enth. Verzeichnisse der Schutzjuden zu Goslar, Gronau, Sarstedt, Peine und Hildesheim vom Jahre 1804, eine Abschrift des Generalschutzbriefes für die Hochstift-Hildesheimsche Judenschaft vom 9. XII. 1763 und tabellarische Übersichten über Schutzgelder und sonstige Abgaben der Juden und ausführliche Angaben über deren rechtliche Lage und Vorschläge zu deren Verbesserung.

²⁾ Bis 1786 hatte das Fürstentum Hildesheim einen einzigen Rabbiner in der Stadt Hildesheim, der von der Judenschaft gewählt und sowohl von dem Magistrat wie von dem Fürstbischof bestätigt wurde. 1786 erhielt die Judenschaft in Peine ihren eigenen Rabbiner. Am 29. XII. 1793 wird Marcus Levy zum Landrabb. des Fürstentums Hildesheim mit Ausschluss von Peine bestätigt; am 11. III. 1805 erfolgt die Bestätigung des aus Minden i. H. stammenden Mendel Steinhard durch die preussische Regierung; nach dessen Berufung in das Kasseler Konsistorium wird Moses Elkan von dem Konsistorium nach Hildesheim gesetzt. Diesem folgte durch Wahl (31. V. 1826) Aron Wolfsohn aus Wollstein (Prov. Posen). Nach dessen Tode (16. V. 1830) wird Bodenheimer aus Karlsruhe gewählt und am 29. VI. 1831 vom Kabinetts-Ministerium bestätigt. Ostern 1845 geht Bodenheimer als Oberrabbiner nach Krefeld und am 9. IV. 1846 erfolgt die Beidigung seines Nachfolgers Meyer Landsberg aus Meseritz.

A. Ortsregister.

Achim 90.
Alfeld 90.
Aumund 115. 117.
Aurich 78. 86. 111. 112.

Badbergen 114.
Barenburg 101.
Barsinghausen 102.
Bassum 102.
Bentheim 113. 114.
Bergen 76. 90.
Berlin 106.
Bilderlah 125.
Bischofroda 85.
Bleckede 90.
Bleichrode 75.
Bockenem 74. 90.
Bodenwerder 73. 74. 77.
Börry 102.
Bovenden 81. 86. 87. 89. 92. 93.
Bremen 82. 89. 101. 115.
Bruchhausen 91.
Bückeburg 78.
Buer 114.
Bunde 111.
Burgdorf 106. 116.

Cassel 81.
Celle 83. 84. 89. 91.
Clettenberge 75.
Cöln 76. 120. 122.

Dankelshausen 100.
Dannenberg 86.
Dassel 92.
Delligsen 88.
Dessau 107. 121.
Diepenau 87. 107.
Diepholz 102.
Dorenburg 79.
Dorum 91.
Dransfeld 75. 88. 100.
Düsseldorf 72. 105.

Ebstorf 91.
Ehrenberg 91. 92.
Einbeck 7. 78. 88.
Elbingerode 70.
Eldagsen 87.
Ellrich 75.
Emden 86. 110. 111. 112.
Emsbüren 114.
Ericksburg 77.
Eschwege 107.

Fallersleben 92. 105.
Frankfurt a. Main 70. 71. 78. 84. 106.
Frankreich 80.
Freiburg 117.
Freren 114.
Freudenberg 92.
Friedland 101.
Fulda 81.
Fürth 80.

Gandersheim 88.
Geestemünde 108. 115.
Geismar 93.
Germershausen 81.
Gifhorn 106.
Gleidingen 125.
Goslar 88. 128.
Göttingen 69. 74. 75. 77. 81. 87. 88. 92.
93. 94. 111.
Greene 88.
Grohnde 102.
Gronau 94. 120. 128.
Gr. Freden 90. 113.
Gr. Rhüden 98.
Grubenhagen 70. 91. 110.
Gunzenhausen 72.

Hagen 87. 94. 115.
Hainholz 94.
Halberstadt 79.
Hamburg 72. 77. 79. 105. 106. 125.
Hameln 69. 71. 75. 76. 77. 102.

- Hannover 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 77.
78. 79. 83. 84. 86. 87. 88. 89. 94.
96. 97. 103. 104. 105. 106. 107.
108. 109. 110. 112. 113. 115. 116.
118. 120. 122.
Harburg 94. 95. 96. 97.
Hardenberg 116.
Harpstedt 77.
Hebenhausen 77.
Hemeringen 76. 102.
Herrenhausen 94.
Herzberg 77.
Hildesheim 69. 75. 78. 79. 89. 90. 92.
94. 109. 110. 113. 116. 117. 118.
119. 120. 121. 122. 123. 114. 125.
126. 127.
Himmelpforten 88. 97.
Hohnstein 85.
Holzminden 88.
Hoya 97.
Hunnesrück 125.
- Jemgum 111.
Jena 76.
Ilten 97.
Imbsen 100.
Ingolstadt 103.
Isenhagen 98.
Jülich 72.
- Kopenhagen 106.
Koppenbrügge 86.
- Langenhagen 94.
Lauenau 77.
Lauenstein 77. 98.
Leer 111.
Leineberg 93. 94.
Lemförde 77.
Lesum 115.
Liebenburg 125. 128.
Lilienthal 98.
Linden 102.
Lingen 114.
Lippe-Detmold 76.
Lübeck 85. 105.
Lüneburg 86. 113. 116.
Lüthorst 91. 92.
- Mackensen 92.
Magdeburg 103. 108.
Mainz 71.
Mansfeld 72.
Marienburg 98.
Mecklenburg 79. 106.
Medingen 98.
Mehle 113.
Meppen 114.
Moisling 85. 105.
Mollenfelde 101. 113.
Moringen 77. 113.
Moritzberg 98. 121. 122. 124. 125. 127.
Münden i. H. 70. 71. 73. 75. 77. 78. 99.
100. 105.
Münster 121. 123.
- Neuenhaus 114.
Neustadt a. R. 77. 100.
Nienburg 100. 102.
Nordheim 74.
Nordhorn 114.
Northheim 70.
Nürnberg 80.
- Oldenstadt 100.
Onolsbach 72.
Osnabrück 86. 113. 114.
Osterode 70. 76. 77. 86.
Ostfriesland 86. 111.
Ottendorf 101.
Otterstedt 90.
- Paderborn 126.
Paiersdorf 80.
Paris 80.
Peine 79. 87. 119. 120. 121. 122. 125.
126. 127. 128.
Plesse 81.
Polen 79.
Polle 77.
Poppenburg 124.
Polen 79.
Polle 77.
Poppenburg 124.
Prag 74. 123.
- Radolfshausen 77.
Redinghausen 81.

Regensburg 76.
Reinhausen 101.
Rethe 124.
Reutlingen 80.
Ricklingen 77. 100.
Rinteln 89.
Ritterhude 100.
Ronnenberg 75.
Rostock 79.
Rotenburg 101. 114. 117.
Rotthorst 78.
Ruthe 128.

Sachsen-Gotha 76. 105.
Sachsen-Weimar 79.
Salzdetfurt 121.
Salzham 85.
Sarstedt 127.
Scharmbeck 115. 117.
Schwaben 80.
Schweden 79. 80.
Sennickerode 101.
Sievershausen 91. 92.
Sögel 114.
Soltau 116.
Spandau 76.
Spiegelberg 86.
Springe 77.
St. Moritz 121. 125. 126.
Stade 103. 114. 115.
Steuerwald 124.
Stolzenau 77. 101. 103. 112.

Sudheim 113.
Sulingen 91. 101. 102.

Uchte 101.
Uelsen 114.
Uelzen 116.
Utrecht 73.

Veldhausen 114.
Verden 82. 101. 102. 111. 117.

Waake 93.
Wassertrüdingen 72.
Weende 73. 74. 81.
Weissenfels 76.
Wellersen 87.
Werna 85.
Wernigsen 71. 72.
Wetzlar 70.
Wichtringhausen 87.
Wien 76. 85. 106. 122. 126.
Wildeshausen 77.
Willstedt 90.
Winzenburg 125.
Wittmund 111.
Woldenberg 125.
Worms 80.
Wrisbergholzen 90.
Wunsdorf 70. 71. 74. 77.

Zürndorf 80.

B. Personenregister.

- Abenzur, polnischer Resident in Hamburg 79.
Adler, Marcus, Rabbiner in Hannover 97. 107.
Adler, N., Landrabbiner (Hannover) 110. 116.
Aron, Ph. 82.
August, König v. Polen 79.
Bacharach, Salomon 71. 75.
Beer, Abraham, Hofjude (Aurich) 78.
Beer, Isaac, Landrabbiner (Aurich) 111.
Behrens, Gumpert, Hoffaktor (Hannover) 71. 78. 79. 84. 103. 106. 118. 120.
Behrens, Heine 96.
Behrens, Herz 72. 73. 84. 105.
Behrens, Jacob 109.
Behrens, Isaac, Hoffaktor in Hannover 71. 72. 79. 84. 103. 118. 120.
Behrens Leffmann, Hof- und Kammeragent 71. 72. 76. 77. 78. 79. 80. 82. 104. 105. 106.
Behrens, Simon 97.
Bendix 94.
Benedict, N. 96.
Bodenheimer, Landrabbiner in Hildesheim 110. 128.
Borchard, M. 119.
Bresslau, Mich. M. 123.
Brousseau 80.
Brunneke 69.
Burchard, M. 124.
Burchard, S. 124.
Carl Friedrich, Herzog v. Schleswig-Holstein 83.
Cassel, Herz 71.
Chaim de Vittal 89.
Chelma, M., Rabbiner in Peine 121.
Christian Ludwig, Herzog von Braunschweig-Lüneburg 95. 96.
Cohen, Jac. Leffm. 84. 87. 113.
Cohen, Leffm. H. 84.
Cohn, D. 115.
Dalwig, v. schwedischer Gesandter 80.
Dannenberg, v. H. 75.
David, Abr. 73.
David, Alexander 105. 106.
David, L. Sal, Michael 105.
David, M. Michael 78. 83. 105. 112.
David, Michael 72. 73. 78. 83. 96. 99. 106. 112.
David, M. D. 105.
David, Sal., Michael 105. 112.
Diederich, Edelherr zu Plesse 81.
Drach, Emanuel 71.
Dux, Abr. 59. 127.
Edele 118.
Elisabeth, Herzogin von Braunschweig-Lüneburg 73.
Elkan, Moses, Landrabbiner in Hildesheim 128.
Emanuel, H. 81.
Ephraim, L. 96.
Erich II., Herzog von Braunschweig-Lüneburg 73. 74.
Ernst August, Herzog von Sachsen-Weimar 79.
Erytropel, Prediger zu St. Georg in Hannover 75.
Ferdinand, II. deutscher Kaiser 80.
Fränkel, D. 107.
Frankell, Elkan aus Onolsbach 72.
Friedrich Anton Ulrich von Waldeck 72.
Friedrich Ulrich, Herzog von Braunschweig-Lüneburg 71.
Friedrich Wilhelm, Bischof in Hildesheim 121. 122. 123.
Gandersheim, Chaim 71.
Gans, Cosmann I. 8. 69. 76.
Gans, Isaac 84.
Gans, Is. Jacob 83.
Gans, Mos. 78.
Gans, Phil. Js. 84.

- Gans, Sal. N. 106.
Geldern v. Joseph Jac. 72. 105.
Georg Albrecht v. Ostfriesland 78.
Georg Ludwig, Kurfürst 71. 72. 78.
83. 105.
Georg Wilhelm, Herzog von Braunschweig-Lüneburg 82.
Goffeaux 126.
Goldschmidt, Js. 71.
Goldschmidt, Lewin 75.
Gotschalk 115.
Grote, v. Hannoverscher Gesandter in Hamburg 72. 104.
Gulich, Lizentiat in Göttingen 76.
Gumprecht, J. 92.
Günther, W. 81.
- Halfanum, Elia 80.
Hammerschal, Mich. 118.
Hammerschlag, Sal. 119.
Hammerschlag, Sam. 82.
Hammerschlag, Sussm. 124. 126.
Hammerstein, v. Hannoverscher Gesandter in Frankfurt a. M. 105.
Hartig, S.
Haus, v. 79.
Heilbott, Phibes 69.
Heilbutt, Landrabbiner in Stade 108. 115.
Heinemann 73.
Heinemann, Ph. 77.
Heinrich, Julius, Herzog von Braunschweig-Lüneburg 69. 74. 77. 80.
Herxheimer, S. 107.
Herz 124.
Herz zum weissen Schwan 71.
Herz, Alexander 76.
Herz, Lazarus 76. 77.
Herz, Moyses.
Hertzwig, B. 96.
Hess, M., Herzogl. Weimarscher Landrabbiner 108.
Hildebrandt, Joh. W., Probst zu Celle 95.
Himmelsthür, D. 119.
Hirsch von Bockenem 74.
Hirsch, S. R., Landrabbiner in Emden 110.
Hulderich, Daniel v. Hannoverscher Gesandter im Wien 103.
- Jacob von Verden 124.
Jacob, N. 79.
Jocques, D. 84.
Ilden, M. 70.
Inslein, L. 93.
Joachim von Nordhausen 74.
Jobst auf der Neustadt-Hannover 69.
Jobst, Edmund, Bischof in Hildesheim 121.
Johann, Friedrich, Herzog von Braunschweig-Lüneburg 80.
Johann Heinrich der Mittlere, Herzog von Sachsen 73.
Jonas, El. —.
Joseph aus Wetzlar 70.
Jost aus Weende 73.
Isaac, Rabbiner im Schwäbischen 80.
Isaac aus Münden 73.
Isaac aus Weende 81.
Isaac, Isr. Proviantmeister in Hannover 83.
Judt, Heinrich 95.
- Karl V., deutscher Kaiser 74. 80. 81.
Klein-Israel 124.
- Landsberg, M., Landrabbiner in Hildesheim 128.
Langenmantel, Lucas, Grossvogt zu Calenberg 75.
Lazarus, B. 119.
Lazarus, L. 70. 77.
Lazarus, S. 76.
Lehmann, Behrend, polnischer und kur-sächsischer Resident 79. 103.
Lehmann, Herz 106.
Levi, Markus, Landrabbiner in Hildesheim 128.
Levi, Moses, Hofjuwelier 84.
Levi, Nathan, Hofjuwelier 84.
Levi, Salomon, Hofjuwelier 83. 106.
Levin, M. 77.
Lewin in Plesse 81.
Lewin in Cassel 81.
Lewin, Josua, Landrabbiner in Hannover 82. 96. 97.
Lewin, Selig, Landrabbiner in Hannover 96.

- Libman, Js. 106.
 Löf aus Hildesheim 75.
 Löwenstamm, Landrabbiner in Emden 111.
 Ludwig, Landgraf von Hessen 71.
- Mandellon, Veit Curt v. 75.
 Mansfeld, Christoph v. 79.
 Marburg, Mos. 95.
 Marburg, L. 124. 126.
 Martens, v., Hannoverscher Gesandter in Frankfurt a. M. 104.
 Marx, Judendoktor in Hannover 84.
 Marx, Modell 72.
 Maximilian Heinrich, Erzbischof zu Köln 122. 126.
 Maximilian Wilhelm, Herzog von Braunschweig-Lüneburg 71.
 Maximilian II., deutscher Kaiser 74. 80.
 Mayntzer, M. 97.
 Meier, Jos., Landrabbiner in Hannover 92.
 Meussel zu Prag 123.
 Meyer, G. Ludw. 83.
 Meyer, Mich. 97.
 Meyer, Sam., Landrabbiner in Hannover 109.
 Meyerhof 113.
 Molinus, Oberst auf der Neustadt-Hannover 69. 70.
 Moscheh aus Northeim 74.
 Moscheh aus Osterode 77.
 Moses, Abr., Landrabbiner in Hildesheim 122. 123.
 Moses, Nathan 124.
 Münster v. 85. 104.
- Nathan aus Worms 80.
- Oppenheimer, David 69. 72. 73. 78.
 Oppenheimer, Emanuel 71.
 Oppenheimer, H. Isaac, Landrabbiner in Hildesheim 122. 124.
 Oppenheimer, Jos. David 78, 80, 103. 106.
 Oppenheimer, Samuel 71.
 Oppenheimer, Wolf 72. 106.
 Oppenheimer (Geschwister) 112.
 Oscher, Sal. aus Wassertrüdingen 72.
- Peine, Abr. 69.
 Phibes 71.
 Philipp, Landgraf v. Hessen 81.
 Philippson, Ludwig 108.
 Pollack, Abr. Mos. 122.
- Reck 76.
 Rhoda, H. v. 124.
 Rudolph II. deutscher Kaiser 74. 80.
 Ruschen, Dekan zu St. Moritz 121.
- Salomon, Abr. 105.
 Salomon, Ch. 125.
 Salomon, Is., Rabbiner in Peine 121.
 Salomon, Is. 97.
 Salomon, Levi 84.
 Salomon, Phil. 84.
 Salomon, Phöb. 75.
 Salomon, Samson 106.
 Samson, Abr. 123.
 Samson, Herz 75.
 Saphiea, Benedikt 103.
 Sattler, Basilius 75.
 Schay, Abr. 124.
 Schay, David 75. 118. 119. 122.
 Schay, Gottschalk 118.
 Schay, Herz 124.
 Schay, Jacob 85.
 Schay, Israel 73. 74. 75. 123.
 Schay, Leffmann 119.
 Schay, Magnus 118.
 Schay, Nathan 69. 74. 75. 106. 118. 119. 126.
 Schay, Nathan David 119.
 Schay, Samuel 119.
 Schay, Selke 119.
 Schlesinger, Ar. 84.
 Seckel, Is. aus Gunzenhausen 72.
 Seckel, N. 118. 125.
 Seckel, W. 77.
 Seckels, N. S. 79.
 Simon, Baruch 79.
 Simon, Ezechiel 83.
 Simon Israel (Hameln) 71
 Simon, Isr. (Hannover) 112. 116.
 Simon, N. 76.
 Siverdes, Joh. 81
 Stanislaus, König v. Polen 103.

Steinhard, M., Landrabbiner in Hildesheim 128.

Vetmilch, L. 81.

Victor, Hirsch, Landrabbiner in Hildesheim 122.

Victor 75.

Wertheimer, Samson 78.

Wertheimer, Samuel 126.

Wichmanns 75.

Wilhelm IV. 112.

Windischgrätz, v. 106.

Wohlsche Erben 106.

Wolfers, D. 107.

Wolfsohn, A., Landrabbiner in Hildesheim 113. 125.

Würzburg, D. 118.

Zimmermann, v., Kurkölnischer Hofrat 121.

Süssekind 81.

Süssel, N. 118.

Uslar, v. 101.

Erscheinungen zur Geschichte der Juden in Deutschland im Jahre 1909.¹⁾

Allgemeines und Deutschland.²⁾

1. *1309 Juni 8. Urkunde³⁾ Kg. Heinrichs für Erzbischof Peter von Mainz, den Judenzehnten betr. (Regesten der Erzbischöfe von Mainz von 1289—1396, I (bearbeitet von E. Vogt) nr. 1269).
2. *1309 Juni 18. Urkunde, Änderung der vorhergehenden (a. a. O. nr. 1270).
3. 1357 Juli 26 Eltville. Schuldanweisung des Erzbischofs Gerlach von Mainz an die Juden oder die Kawerzen (a. a. O. II (bearb. von Vigener) nr. 855).
4. Die Juden im Heere (her. vom Verein zur Abwehr des Antisemitismus).
5. Inventare des Großherz. Badischen General-Landesarchivs. Her. von der Grossherz. Archivdirektion. III. Bd. Karlsruhe 1908.

S. 69: Grossh. Haus- und Staatsarchiv V. Reichssachen nr. 155. Kommission des Kaisers Rudolf II. für die Kurfürsten Johann Schweichard von Mainz und Ferdinand von Köln, die ihnen übertragene Inquisition der Judenschaft im Reich betr. 1606. 1 Fasc.

S. 136: Grossh. Haus- und Staatsarchiv V. Reichssachen nr. 551. Rezess zwischen dem Reichserbmarschall und den Reichsstädten über die dem Reichserbmarschall während der Dauer von Reichstagen zustehenden Befugnisse bezüglich der Einquartierung der Reichsstände, der Botschaften usw., über die Judensteuer, die Jurisdiktion in Zivil- und Kriminalsachen usw. 1614.

6. B e s s e r M. Der Einfluss der ökonomischen Stellung der deutschen Juden auf ihre physische Beschaffenheit (Körperliche Renaissance der Juden. Festschrift her. vom Ausschuss der Jüd. Turnerschaft S. 7—9).
7. G e i g e r A. Das Judentum und seine Geschichte. In 34 Vorlesungen. Unveränderter Abdruck der ersten Ausgabe. Breslau.
8. G e i g e r L. Aus den Kinderjahren der Reformbewegung (Liberales Judentum, Monatsschrift I S. 44—47).
Breslauer Verhältnisse.

¹⁾ Nachträgen aus dem J. 1908 ist die Jahreszahl beigegeben.

²⁾ Darunter auch nicht mehr bestehende Territorialstaaten.

³⁾ Bereits früher bekannte Urkunden sind durch einen Stern gekennzeichnet; ihre Regesten sind gekürzt wiedergegeben.

9. **H a n a u e r W.** Sozialhygiene und jüdische Volksgemeinschaft (Allgemeine Zeitung des Judentums LXXIII S. 403 f. 413 f.).
10. **H e i d e n h e i m e r H.** Zur Geschichte und Beurteilung der Juden vom XV.—XIX. Jahrhundert (Monatsschrift f. Gesch. u. Wiss. des Jdts. N. F. XVII S. 1—27. 129—158. 257—268).
11. **K r a u s e** Pest in Athen und der schwarze Tod in Deutschland. Inhaltsangabe eines Vortrags (38.—40. Jahres-Bericht des Historischen Vereins zu Brandenburg a. H. 1908 S. 140—143).
12. **R ö s e l J.** Die Reichssteuern der deutschen Judengemeinden von ihren Anfängen bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts (Monatsschrift f. Gesch. u. Wiss. des Jdts. N. F. XVII S. 679—708. Forts. in Jahrg. XVIII).
13. **W a s s e r m a n n R.** Das Wolfsche Bevölkerungsgesetz und das Bevölkerungs-Problem der Juden in Deutschland (Zeitschrift für Sozialwissenschaft, her. von J. Wolff 1909, Abdruck in „Der Israelit“ I. nr. 45. 46).
14. **Z o l l s c h a n J.** Das Rassenproblem unter besonderer Berücksichtigung der theoretischen Grundlagen der jüdischen Rassenfrage. Wien.

Kurhessen.

15. **H o r w i t z L.** Aus der Zeit des 30 jährigen Krieges. Ein Beitrag zum Rechtsschutz der Juden in Deutschland (Im Deutschen Reich. Zeitschrift des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens XV S. 424—426).
Erlass des Landgrafen Moritz von Hessen von 1622 betr. den Judenschutz.
15. **H o r w i t z L.** Hofjuden und Kurhessen (Hessenland S. 291—293. 307—309. 325—327).
Mit Benutzung des Marburger Staats- und des Casseler Ratsarchivs.

Kurmainz.

17. *1310 Mai 11.—13. Mainz. Erzbischof Peter verkündet auf einem Provinzialkonzil eine Sammlung von 157 Statuten für die Mainzer Kirchenprovinz. Darin betr. die Juden (Regesten der Erzbischöfe von Mainz I nr. 1328).
18. 1357 Mai 14. Erzbischof Gerlach nimmt Meyer von Östrich (Osterrich) zum J u d e n; er kann wohnen, in welchen mainzischen Städten er will, 6 Jahre lang, und soll jährlich am Martinstage mit 10 Gulden dienen. — 57 dominica Vocem jocunditatis.
Lat. Reg.: Würzburg, Ingrossaturbuch 4 f. 34 (a. a. O. II nr. 810).

19. **Lebermann J.** Kurmainzische Verordnungen über jüdische Lehrer aus dem 18. Jahrhundert (Der Israelit nr. 38, Pädagogische Beilage).
20. **Hensler E.** Verfassung und Verwaltung von Kurmainz um das Jahr 1600 (Strassburger Beiträge zur neueren Geschichte, her. von M. Spahn, II 1. Strassburg).
S. 24 A. 2: In den Wahlkapitulationen von 1601 und 1604 (im Würzburger Kreisarchiv, Abschrift in der Mainzer Stadtbibliothek) Art. 76 c (vergl. S. 84 unter diesem Titel): „Es solle auch hinfüro kein jud, so ferr und weit oder breit und des stifts herrschaft, eigentumb und fürstentumb ist, räichen, ausserhalb erstlich unser statt Meinz ein judenwirt zum kalten bad, und dann der jenigner, so bis heut daselbst und in unserem erzstift hin und wider begriffen seiet, welche sich alle samt gegen unseres erzstifts und dombcapituls habenden untertanen alles ongebürlichen wuechers genzlich enthalten sollen, darzue wesentlich bei den unserigen wohnen, und fürters wegen deren vilzähliger übernahm keiner weiters, es geschehe dann mit unseres dombcabituls wissen und willen angenommen werden solle.“ — S. 79; Amtsordnung von 1604 (Würzburger Kreisarchiv) nr. 29: „Den jueden soll auch ohne unsere bevelch und bewilligung kein einzueg oder gemeins recht verstattet, wie in gleichem sie des schuldigen zols nicht befreit noch desweg(en) passzettul ausgeteilt werden.“

Anhalt.

Bernburg.

21. 1457 April 4. Bernhard Fürst zu Anhalt verkauft wiederkäuflich Tylen Goltsmehde, Bürger der Altstadt-Bernburg, die Judenschule im Judendorf Bernburg mit einem Hof dazu für 51 Schock gemeiner Kreuzgroschen.
Cop. Pap. Gesamt-Archiv Registrande III 309 no. 2 (Regesten der Urkunden des Herzoglichen Haus- und Staatsarchivs zu Zerbst, 1401—1500,¹⁾ her. von W ä s c h k e , nr. 516).
22. 1474 Dezember 23. Georg und Sigmund, Fürsten zu Anhalt, überlassen ihrem Bruder Woldemar die Verwaltung der beiden Städte Bernburg auf ein Jahr.
Or. Pap. (a. a. O. nr. 874).
Er erhält u. a. „die Gerichtsgefälle, das Judengeld zum Unterhalt in der Stadt“.
23. 1498 Oktober 28. Ernst und Rudolf, Gebrüder, Fürsten zu Anhalt, belehnen Hans Zingken und dessen Erben mit Gütern in und bei Güsten.

¹⁾ In Fortsetzungen von 1903—1909; der Gesamttitel ist von 1909.

Entw. Pap. (a. a. O. nr. 1504).

Inhalt des Lehens ist u. a. ein freier Hof im Judendorf bei Bernburg.

Luckow.

24. 1442 November 26. Hans Dirsigks Vertrag mit Fürst Georg zu Anhalt.

Cop. Pap. (a. a. O. nr. 361).

Darin u. a. erwähnt eine Anleihe Dirsigks bei den Juden zu Luckow.

25. Dass.; darin, dass Johann Büchener für den Fürsten dem Juden Jacoff zu Luckow 50 böhmische Schock Groschen Kapital und 16 Schock Groschen Wucher zahlte.

Cop. Pap. (a. a. O. nr. 362).

Zerbst.

26. 1440 September 24. Zerbst. Friedrich, Markgraf von Brandenburg, stiftet einen Vertrag zwischen den Fürsten zu Anhalt und ihrer Stadt Czerbst.

Cop. Pap. (a. a. O. nr. 341).

Darin u. a.: Die Juden in der Stadt, jetzt und später, sollen der Herrschaft eigen sein, doch in Schuldsachen dem Stadtgericht unterstehen, wie auch zur Leistung der Bürgerpflicht gehalten sein. Freiwillige Gaben und Geschenke der Stadt zu gewähren, ist ihnen unbenommen.

27. 1460 November 5. Zerbst. Friedrich, Erzbischof zu Magdeburg, bekundet den Vertrag zwischen den Anhaltischen Fürsten und der Stadt Zerbst (Czerwist).

Or. Perg. 2 Sieg. an Perg. und 2 Cop. Pap. (a. a. O. nr. 574).

Baden.

28. Lewin A. Geschichte der badischen Juden seit der Regierung Karl Friedrichs (1738—1809). Karlsruhe.

Buchen.

29. 1358 Januar 17. Aschaffenburg. Erzbischof Gerlach von Mainz erklärt, seinen Juden zu Buchen (Büchheim) bis auf Widerruf die Gnade und Freiheit verliehen zu haben, dass sie vor niemand als vor Konrad Rüd̄t (Rüde), seinem Amtmann zu Wildenberg, zu Recht stehen sollten oder verklagt werden dürfen. — D. Asch(affenburg) feria quarta post octavam epiphanie domini 1358.

Kop.: Würzburg Ingrossaturbuch 4f. 276 v. (O. wie in nr. 3, dort nr. 958).

30. 1358 Juni 15. Miltenberg. Erzbischof Gerlach von Mainz verleiht Heinrich Wyrks und dessen Frau Agnes, Bürgern seiner Stadt Buchen (Bücheim), und ihren Erben sein Judenhaus in

Buchen, das weiland (eczwanne) Isaak Metschenckin gehörte
D. Miltenberg in die Viti et Modesti martirum anno 1358.

Kop.: Würzburg, Ingrossaturbuch 4 f. 300 v. (a. a. O. nr. 1029).

Liedolsheim.

31. Schwarz B. Ortsgeschichtliche Mitteilungen aus der Umgebung von Karlsruhe aus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts (Alemannia XXXVI 1908 S. 172—191).

Auszüge aus den Kirchen- und Schulvisitationsprotokollen und Berichten für die Diözese Karlsruhe von 1736 an, Grossherzogl. General-Landesarchiv. Amt Karlsruhe. Kirchen u. Schulsachen.

Darin S. 180 zu Liedolsheim: L. zählte 1742 140 Bürger; 3 Judenhaltungen sind da.

Ludwigsburg.

32. Belschner C. Die Stadt Ludwigsburg. Ludwigsburg.

S. 90: 1908 in der isr. Kirchengemeinde 3 Geburten, 1 kirchl. Trauung, 3 Beerdigungen.

Mannheim.

33. Das Innere der Klaussynagoge zu Mannheim. Mit Bild. (Israelit. Familienblatt Hamburg XI nr. 35 S. 9).

Mühlberg.

34. Schwarz B. Titel = nr. 31.

S. 175 zu Mühlberg: Juden sind keine da.

Neidenau.

35. Oberrheinische Stadtrechte. Her. von der Badischen Histor. Kommission. Erste Abt.: Fränkische Rechte. 8. Heft: Grünfeld, Neidenau, Osterburken. Bearb. von C. K o e h n e. Heidelberg.

Aus dem Jurisdiktionalbuch für Neidenau, Herbolzheim und Stein von 1667 (im Fürstl. Leiningischen Archiv zu Amorbach): Absatz 9: Judenzoll. Absatz 10: Judenschutzgellt. Absatz 11: Judenbegräbnussgellt.

Osterburken.

36. Titel wie in nr. 35.

S. 1040—1050 Stadtrecht von Osterburken, 15. Jahrh., 2. Hälfte (aus dem Stadtbuch von O. im dortigen Gemeindearchiv). Darin S. 1049 Absatz XIX: Von den pfauden.

S. 1055 f.; Aufzeichnung über die Rechte des Erzbistums Mainz in der Stadt Osterburken 1668 (aus dem Jurisdiktionalbuch des Kurmainzischen Amtes Amorbach von 1668, im Fürstl. Leiningischen Archiv zu Amorbach). Darin S. 1066 Absatz 6: Judenschutz und -zoll.

Statistisches.

37. Die Selbstmorde in Baden 1906 und 1907 (Z. D. St. J.¹⁾ V S. 173).

¹⁾ Abgekürzt Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden.

38. Schulbesuch christlicher und jüdischer Schüler im Grossherzogtum Baden 1906/7 und 1907/8 (a. a. O. S. 173).
39. Eheschliessungen in Baden (a. a. O. S. 191).

Bayern.

Ansbach.

40. Meyer J. Onoldina II. Ansbach.
S. 61: Abriss der Geschichte der jüd. Gemeinde.

Burgkunstadt.

41. Schulunterhaltungspflicht in B. (Israelit. Familienblatt Hamburg XI nr. 39 S. 5).

Donauwörth.

42. Stenger H. Verfassung und Verwaltung der Reichsstadt Donauwörth (1193—1607). Donauw.
S. 62 f.: Juden 1326 zum erstenmal erwähnt. Jährl. Schutzgeld von 50 Pf. Heller an den Kaiser, der nie zu Gunsten der Stadt darauf verzichtete (S. 19); erhoben wie in anderen kaiserlichen Städten wohl durch die Stadt (S. 107). Bis 1833 „Fremde“, nicht Beisassen, da sie nicht in das Schutzrecht der Stadt aufgenommen waren (S. 77). 1383 Privilegium, das die Juden mögen burger zu Thonauwörth werden (S. 156 f.; (Urkundenbuch I im Stadtarchiv). — 1495 Einweisung in eine Judengasse (S. 80). 1518 Juli 25: Ausweisung. — Im „Judenhaus“ bis 1495 16 Judenfamilien (S. 91). — Seit 1495 gelbe Ringe und besondere Kapuzen (S. 116).

Fürth.

43. Löwenstein L. Zur Geschichte der Juden in Fürth I. (Jahrbuch der Jüdisch-Literar. Gesellschaft Frankfurt a. M. VI 1908 S. 153—243).
Auch besonders erschienen mit dem Spezialtitel: Das Rabbinat.

Küps.

44. Pöhlmann H. Die Blutbeschuldigung zu Küps 1797. (Im Deutschen Reich. Zeitschrift des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens XV S. 401—408).

Memmingen.

45. Die Synagogen-Einweihung in Memmingen. Mit Bild. (Israelit Familienblatt Hamburg XI nr. 39 S. 3).

Mittelfranken.

46. Fuchs E. M. Über die ersten Niederlassungen der Juden in Mittelfranken. Berlin. Neudruck ohne Angabe von Ort und Jahr (1839) der Erstausgabe.

Mittenwald.

47. Sch(weizer?) Ein Ghetto im bayrischen Hochland (Der Israelit L nr. 21 S. 23).

München.

48. Segall I. Die ausländischen Juden in München (Z. D. St. J. V S. 17—23. 33—38).
49. Eheschliessungen in München (a. a. O. S. 93).

Oberpfalz.

50. Weinberg. Geschichte der Juden in der Oberpfalz. III. Der Bezirk Rothenburg. Sulzbürg.
Dazu die Rec. von Löwenstein in: Der Israelit L nr. 52 S. 14.

Regensburg.

51. Freimann A. Vorarbeiten zur „Germania judaica“ II. Der Artikel „Regensburg“ (Monatsschrift f. Gesch. und Wiss. d. Jdts. N. F. S. 589—615).

Rothenburg s. nr. 50.

Statistisches.

52. Die Kriminalität der Juden in Bayern 1896—1905 (Z. D. St. J. V S. 13).
53. Geburten, Eheschliessungen und Sterbefälle in Bayern 1906 und 1907 (a. a. O. S. 94).

Braunschweig.

54. Mack H. Die finanzielle Ausbeutung des Herzogtums Braunschweig während der französischen Okkupation 1806/07 (Jahrbuch des Geschichtsvereins für das Herzogtum Braunschweig VII 1908 S. 143—211).

S. 155 f. S. 203: Israel Jacobssohns geschäftliche Beteiligung an der Aufbringung der Kontributionslasten. Wichtig für die Beurteilung seiner Person. — S. 209: „Und noch jemand dürfte von nun an in anderem Lichte erscheinen, das ist Israel Jacobssohn. Hätte er auch vielleicht aus der Notlage des Landes bei voller Rücksichtslosigkeit noch höheren Gewinn ziehen können, als er so schon getan, der uneigennützig Patriot, als den man ihn, sich zu sehr auf sein Eigenlob verlassend, gemeinlich hingestellt, ist er nimmermehr gewesen. Das waren aber auch die christlichen Angehörigen der damaligen braunschweigischen Grosskaufmannschaft nicht, und man darf also wiederum nicht so weit gehen, Jacobssohn aus seinem Verhalten einen besonderen Vorwurf zu machen“. — S. 165: Beteiligung anderer Juden. — S. 186 f.: Abschlüsse mit dem Garde-Magasin C e r f S a l o m o n betr. Pferdelieferungen. — S. 205: Darlehen des Moses Magnus.

55. Die Juden in Braunschweig im Jahre 1905 (Z. D. St. J. V 63).
56. Die schulstatistische Erhebung im Herzogtum Braunschweig vom Jahre 1905 (a. a. O.).

Elsass-Lothringen.

57. *1309 Mai 28. Schuldurkunde König Heinrichs für Erzbischof Peter von Mainz über 585 Pfund Heller für den Judenzehnten in Frankfurt, Oppenheim, Boppard, (Ober-) Wesel, Worms und im Elsass, den der König eingenommen, obwohl er dem Erzbischof gehört (Regesten der Erzbischöfe vom Mainz I nr. 1262).
58. Gesellschaft für die Geschichte der Israeliten in Elsass-Lothringen. (Strassburger Israel. Wochenschrift VI nr. 23. 28. 30. 32. 33. 46. 48.)
Darin Berichte über erworbene Archivalien.
59. Ginsburger M. Aus der Zeit der grossen Revolution (a. a. O. nr. 32).
60. Ginsburger M. Die jüdischen Schulen im Ober-Elsass (a. a. O. nr. 51. 52, Beilage, Allgem. Kantorenblatt).
61. R. S. Zur Geschichte der Kultusverfassung in Elsass-Lothringen (a. a. O. nr. 33).
62. Wallerstein E. Die jüdische Bevölkerung in Elsass-Lothringen 1871—1900 (Allg. Zeit. des Jdts. LXXIII S. 580 f.).
63. Die Reorganisation der jüdischen Kultusverfassung in Elsass-Lothringen (a. a. O. S. 400 f.).

Ammerschweier.

64. Scharlen A. Summarisches Inventar des alten Archivs der Stadt Ammerschweier, Kreis Rappoltswiler O. E. Colmar. S. 35 unter GG 45: Judenordnung von 1562.

Blienschweiler.

65. 1514 Dezember 1. Innsbruck. Kaiser Maximilian erteilt dem Bischof Wilhelm von Strassburg und denen von Andlau auf ihre Klagen das Privileg, alle Juden und Jüdinnen bis zum nächsten Pfingstfest aus dem Gebiet der Dörfer Blienswiler, Mittelbergkaim und Nothalden auszutreiben; die fürderhin dort Handel treiben, sollen durch einen gelben Ring auf ihrem Oberkleid kenntlich gemacht sein und dortselbst nicht übernachten dürfen.
Perg. Orig. mit Siegel und Unterschrift des Kaisers (Mitteilungen der Badischen Historischen Kommission. Anlage zur Zeitschrift f. d. Gesch.

des Oberrheins N. F. XXIV, nr. 31 S. 20—189: Archivalien des gräflich von Andlaw'schen Archivs in Freiburg i. B., bearb. von J. R o s t. Darin S. 45 I Abl. von Andlaw nr. 235).

66. 1521 März 27. Worms. Karl V. bestätigt das Judenprivileg nr. 235 (oben nr. 65).

Perg. Orig., Sieg. abgefallen. Unterschrift des Kaisers (a. a. O. S. 46 nr. 246).

Diedenhofen.

67. K o h n I. Die Niederlassung der Juden in Diedenhofen (Jahrbuch der Gesellschaft für lothr. Gesch. und Altertumskunde 1908 S. 261 f., daraus: Strassb. Israel. Wochenschrift VI nr. 31).

Mittelbergkaim s. nr. 65.

Molsheim.

68. *1308 November 28. Frankfurt. Der erwählte römische König Heinrich gibt dem Bischof Johann von Strassburg u. a. die Juden in Rheinau (Rynowe) und Molsheim, Strassburger Diöcese, Rufach (Rubiaccum) und Sulz, Basler Diöcese (Regesten der Erzbischöfe von Mainz . . . I nr. 1231).

69. *1308 November 28. Frankfurt. Erzbischof Peter gibt seinen Willebrief zu der voranstehenden Urkunde des erwählten Königs Heinrich für Bischof Johann von Strassburg (a. a. O. I nr. 1232).

Mühlhausen.

70. G i n s b u r g e r M. Zur Geschichte der Juden in Mühlhausen (Strassb. Isr. Wochenschrift VI nr. 24).

Nothalden s. nr. 65.

Reichshofen.

71. S a m u e l. Zur Geschichte der Juden in Reichshofen (Strassb. Isr. Wochenschrift VI nr. 30).

Reinau s. nr. 68. **Rufach** s. nr. 68.

Schlettstadt.

72. K r i s c h e r I. Die Verfassung und Verwaltung der Reichsstadt Schlettstadt im Mittelalter. Strassburg.

S. 65—69: Juden; zuerst erwähnt 1328 (Winkelman. Ac. imp. ined. II nr. 562 S. 350). Nach der Vertreibung von 1349 ihre Existenz 1363 wieder bezeugt. — S. 68: Juden können Bürger werden gegen Zahlung von 2 Pf. 3 β Aufnahmegebühren und Nachweis eines „burgrechts“. „Sie mussten also in der Stadt auch Haus und Hof im Mindestwert von 5 Pf. besitzen.“ Überwachung ihrer Geldgeschäfte durch einen vom Rat eidlich verpflichteten Juden. — Im 16. Jahrh. nur wenig Juden in der Stadt. Bisweilen ausgewiesen auf Grund des Privilegs Friedrichs III. (1479: Kaiserl. Privileg für den Rat, sie nach Belieben aufzunehmen und auszuweisen). — Nie zahlreich. Das Gewerregister von 1396 nennt 5, das

von 1465 4 jüd. Steuerzahler. Vergleich ihrer Stellung mit Adel und Geistlichkeit mit Bezug auf Ratsherrn- und Zunftmeisteramt und Kriegsdienst.

Strassburg.

73. v. Borries E. Geschichte der Stadt Strassburg. I. ib.
S. 75. 254: bald nach Verfolgung von 1349 einigen Juden die Rückkehr gestattet. Von 1388—1757 kein Jude in Str. 1778 40 Juden in der Stadt.
— Anlage, Karte II: Judengass, Judenturm, inneres, äusseres Judentor).

Sulz s. nr. 68.

Weitersweiler.

74. Jacoby A. Sagen und Gebräuche aus Weitersweiler und Umgegend (Jahrbuch für Geschichte, Sprache und Literatur Elsass-Lothringens XXV S. 95—105).
S. 99: „Der Dorfhammel“ und S. 102: „Von der Zanberkutsche“ zwei Sagen über Juden.

Hansestädte.

Hamburg.

75. Der israelitische Friedhof in Hamburg (Der Israelit L nr. 16 S. 5).
76. Baasch E. Der Einfluss des Handels auf das Geistesleben Hamburgs (Pfungstblätter des Hansischen Geschichtsvereins V).
S. 2f: „Die portugiesischen Juden haben (schwächer als die Niederländer, stärker als die sich abgeschlossen haltenden Engländer) das wissenschaftliche Leben Hamburgs nicht minder beeinflusst als das kaufmännische; sind sie in letzterer Beziehung namentlich von Bedeutung für den Handel mit Spanien und Portugal und für das Bankwesen, so kennzeichnen die Namen Rodrigo a Castro, Rosales u. a. den wissenschaftlichen Einfluss dieser Einwanderung“. — Weiter S. 7. 8. 10. 18 (Moses Wessely).
77. C(a s s u t o ?) I. Aus dem ältesten Protokollbuch der portugiesisch-jüdischen Gemeinde in Hamburg. Übersetzung und Anmerkung von I. C. (Jahrbuch der Jüdisch-Literar. Gesellsch. Frankfurt a. M. VI 1908 S. 1—54).

Lübeck.

78. Hoffmann M. Die Strassennamen der Stadt Lübeck (Zeitschrift des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde XI S. 215—293).
S. 223: über das Synagogengrundstück.

Hessen.

79. Lebermann I. Aus der Geschichte der Juden in Hessen am Anfang des 19. Jahrhunderts (Jahrbuch der Jüd.-Literar. Gesellschaft Frankfurt a. M. VI 1908 S. 105—152).

80. [Ruppin A.] Die Juden im Grossherzogtum Hessen. Im Auftrage der Grossloge f. Deutschland U. O. B. B. bearb. vom Bureau f. Statistik der Juden (Veröffentlichungen des Bureaus f. Statistik der Juden, Heft 6).

Bingen.

81. 1357 Mai 21. Erzbischof Gerlach von Mainz nimmt Josef von Augsburg (Ansparg) zum Juden; er soll in Bingen wohnen und jährlich zu Martini mit 4 Gulden dienen. —
Lat. Regest: Würzburg, Ingrossaturbuch 4 f. 34 v. (Regesten der Erzbischöfe von Mainz . . . II nr. 815).
82. 1357 (Mai 30) Eltville. Erzbischof Gerlach von Mainz gibt Johann, seinem Schultheiss zu Bingen das „gen Kulman Hüken dem Oleyer über den weg“ in seiner Stadt Bingen liegende Haus mit der Kelter, das früher einem Juden gehört hatte und dem Erzbischof von der Juden wegen zugefallen war und nun von neuem an ihn gekommen ist
Kop.: Würzburg, Ingrossaturbuch 4 f. 237 (a. a. O. nr. 823).
83. 1357 Aug. 29. Erzbischof Gerlach von Mainz nimmt Isaak und Jakob für 5 Jahre zu Juden an; sie sollen in Bingen oder Sobernheim (—in) wohnen und jährlich mit 10 Gulden dienen.
Lat. Reg.: Würzburg, Ingrossaturbuch 4 f. 34 v. (a. a. O. nr. 868).

Bürgel.

84. Akten-Inventar der israelitischen Religionsgemeinde Bürgel a. M. (diese Mitteil. I 66—69).

Friedberg.

85. Dreher F. Aus der Geschichte des Badewesens mit besonderer Rücksicht auf das mittelalterliche Friedberg. ib. S. 8f: über das 1260 erbaute Judenbad. — S. 26: Isaaksturm; Judenfriedhof.
86. Ehrmann H. Aus dem Statutenbuch der jüdischen Gemeinde. (Friedberger Geschichtsblätter Heft I S. 82—93). Niederschrift von 1664.

Griessheim.

87. J. B. - G. Frohnarbeiten in Griessheim (Nassovia S. 203.)
In Verfügungen des Höchster Amts an die Griessheimer Ortsbehörde (1818) werden die Christen mit Stammnamen, die Juden als Jud Simon, Jud Isaak usw. bezeichnet.

Hergershausen s. nr. 229.

Isenburg-Birstein.

88. Die Judaika des Archivs Sr. Durchlaucht des Fürsten von Isenburg-Birstein zu Birstein (diese Mitteil. S 65—66).

Betr. die Juden in Birstein. Bürgel, Dreieichenhain, Geinsheim, Götzenhain, Langen-Diebach, Münster, Offenbach, Offenthal, Okriftel, Reichenbach, Selbold, Sprendlingen, Urberach, Wenings.

Mainz.

89. *1310 Sept. 9. Mainz. Erzbischof Peter verpfändet dem Domkapitel für eine Schuld die Juden der Stadt Mainz 200 Mark, die er als Erzkanzler von den Frankfurter Juden bezieht (Regesten der Erzbischöfe von Mainz . . . I nr. 1366).

90. Salfeld S. Zur Geschichte der Mainzer Synagogen (Mainzer Zeitschrift III 1908 S. 106—110).

Offenbach.

91. Akten-Inventar der israel. Religionsgemeinde Offenbach a. M. (diese Mitteil. I S. 49—61).

92. Die Vorgeschichte der israelitischen Gemeinde zu Offenbach (a. a. O. S. 62—63).

93. Die Privilegienfrage (a. a. O. S. 63—64).

Oppenheim s. nr. 57.

Seligenstadt.

94. Akten-Inventar der israelitischen Religionsgemeinde zu Seligenstadt a. M. (a. a. O. S. 69—71).

Sobernheim. s nr. 83.

Speyer.

95. Brann M. Vorarbeiten zur „Germania judaica“ II. Der Artikel „Speyer“ (Monatsschrift für Geschichte u. Wissensch. des Jdts. N. F. XVII S. 91—107).

Worms s. auch nr. 57.

96. Inventare des Grossherz. Badischen General-Landesarchivs. Her. von der Grossh. Archivdirektion. III. Band. Karlsruhe 1908. nr. 156: Reichstagsakten, die Vorstellung der Reichsstadt Worms wegen der vom Reichshofrat der dortigen Judenschaft gestatteten besonderen Huldigung. 1743. 1 Fasc.

97. Rothschild S. Aus Vergangenheit und Gegenwart der israel. Gemeinde Worms. 4. verm. u. verb. Auflage. Frankfurt a. M.

98. Rothschild S. Der israelitische Friedhof in Worms (Allgem. Zeitung des Jdts. LXXIII S. 354).

Statistisches.

99. Beiträge zur Statistik des Grossherzogtums Hessen (Z. D. St. J. V S. 274).
100. Zahl der Schüler im Grossherzogtum Hessen im Schuljahr 1907/8 (a. a. O. S. 191).

Oldenberg-Birkenfeld.

101. Bericht aus S ö t e r n über die Geschichte der jüdischen Elementarschule im Fürstentum Birkenfeld (Isr. Familienblatt Hamburg IX nr. 25 S. 11).

Sachsen-Meiningen.

102. Ein Jubiläum der Emanzipation (1809) (Jüdisches Volksblatt Breslau S. 201. Der Israelit L nr. 21 S. 6).

Preussen.

103. Entwurf eines Gesetzes betr. die Verfassung der jüdischen Religionsgesellschaft in Preussen. Zweite Lesung. Herausg. von der Kommission des Verbandes der deutschen Juden und des Deutsch-Israel. Gemeindebundes.
104. Dienemann M. Eine Vorarbeit für das Judengesetz von 1847 (Im deutschen Reich. Zeitschrift des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüd. Glaubens XV S. 408—412).
105. Geiger L. Zur Geschichte der Rabbinerwahlen in Preussen (Allgem. Zeit. des Jdts. LXXIII S. 344 f).
Abr. Geiger-Breslau-Berlin.
106. Joel J. Die jüdischen Schulamtskandidaten vor den wissenschaftlichen Prüfungskommissionen und die jüdischen Schüler auf den höheren Unterrichtsanstalten Preussens im Schuljahr 1907/8 (a. a. O. S. 173 f.).
107. Vogelstein H. Zur Vorgeschichte des Gesetzes über die Verhältnisse der Juden vom 23. Juli 1847 (Monatsschr. f. Gesch. u. Wissensch. d. Jdts. N. F. XVII S. 385—427).
108. Wendland W. Die Religiosität und die kirchenpolitischen Grundsätze Friedrich Wilhelms III. in ihrer Bedeutung für die Geschichte der kirchlichen Restauration Giessen.
S. 51: die Gesetze vom 18. Juli 1801 und 6. Februar 1902 als Vorstufen des Edikts vom 11. III. 1812.

109. Das städtische Bürgerrecht der Juden nach der Städteordnung vom 19. November 1808 (oben S. 24—26).
110. Zur Vorgeschichte des Gesetzes über die Verhältnisse der Juden vom 23. Juli 1847 (oben S. 37—41.)

Statistisches.

111. Statistik der Juden in den preussischen Staaten 1728 u. 1749 (oben S. 58—62).
112. Ruppin A. Jüdische Schulkinder in preussischen Schulen (Z. D. St. J. V S. 140).
113. Segall J. Die Bewegung der jüdischen Bevölkerung in Preussen im Jahre 1907 mit Rückblicken auf die früheren Jahre (a. a. O. S. 65).
114. Selbstmorde in Preussen im Jahre 1907 (a. a. O. S. 93.)
115. Jüdische Schulen, Lehrer und Schüler in Preussen im Jahre 1906 (a. a. O.).

Altona.

116. Geschichtlicher Abriss (Der Israelit L. nr. 44 S. 6.)

Aschersleben.

117. 1475 Juni 30. Cöln. Kaiser Friedrich III. belehnt die anhaltischen Fürsten mit den ererbten Reichslehen und Regalien.

Or. Perg. mit Sieg. und Cop. Pap. Regesten der
her. von W ä s c h k e nr. 803).

Als Reichslehen u. a. verzeichnet: Die Münze, Zölle, Juden und alle Gerichte in und um der Stadt Aschersleben.

118. Strassburger. Die alten Namen der Strassen, Plätze und Gebäude, eine Quelle zur Geschichte unserer Stadt Zeitschrift des Harz-Vereins für Gesch. und Altertumskunde XXII S. 101f.). S. 106: über das Judendorf = Strasse.

Aurich.

119. Akten-Inventar der Synagogen-Gemeinde Aurich (oben S. 48—50) vgl. nr. 196.

Berlin.

120. Clauswitz P. Die Städteordnung von 1808 und die Stadt Berlin. Jb. 1908.

S. 72: Juden sollen nach Freys erster Denkschrift. wie Erbuntertänige und Kantonisten, nur unter Bedingungen zum Bürgerrecht zugelassen werden. — S. 103: Gruner teilt dem Magistrat am 28. März mit, dass die anässigen Juden verpflichtet seien, Bürger zu werden, den übrigen Schutzjuden dieses freistehe.

121. Blau B. Die Austritte aus dem Judentum in Berlin während der Jahre 1907 und 1908 (Z. D. St. J. V S. 87).
122. Segall J. Schulbesuch christlicher und jüdischer Kinder in Berlin von 1897—1906 (a. a. O. S. 113).
123. Feilchenfeld W. Jüdische Wohlfahrtspflege in Berlin. Vortrag. (Beilage zum Bericht der Grossloge für Deutschland N. O. B. B.) Berlin.
124. Jalowicz und Scholem Th. Zehn Jahre Geschichte des Jüdischen Turnvereins „Bar Kochba“ — Berlin (Körperliche Renaissance der Juden (wie nr. 6), S. 17—21).

Statistisches.

125. Jüdische Wohlfahrtspflege in Berlin (Z. D. St. J. V S. 75).
126. Krüppel unter den jüdischen Kindern in Berlin (a. a. O. S. 78).
127. Austritte aus dem Judentum in Berlin 1907 u. 1908 (a. a. O. S. 78).
128. Finanzverhältnisse der jüdischen Gemeinde zu Berlin 1907/8 (a. a. O. S. 110).
129. Einkommensteuer bei Christen und Juden in Berlin 1905—1906 (a. a. O. S. 111).
130. Die jüdischen Gemeinden in Berlin im Jahre 1906 (a. a. O. S. 127).

Bochum.

131. Die Grafschaft Mark. Festschrift . . . her. von A. Meister. II. Band. Ausgewählte Quellen und Tabellen zur Wirtschaftsgeschichte der Grafschaft Mark.
S. 105—165: Amtliche Berichte über die Städte, Freiheiten etc. der Grafschaft Mark 1722. Darin S. 111 über Bochum: „und darüber, welche bekanntermassen überall und mit allerhand Waren handeln auch schlachten 7 Judenfamilien“.

Boppard.

132. Klein. Geschichte von Boppard. Jb.
S. 12: Judengasse, Judentor (1849 abgebrochen). — S. 68—71: Verfolgungen, 1337 auch in Oberwesel. Boppard trierisch; infolge der strengen Gegenmassregeln Balduins v. Trier 1347 f. die Verfolgungen in Trierischen geringer. — S. 178: Unter französischer Herrschaft 1808 Verfügung über Führung von Familiennamen durch Juden.
Vgl. nr. 57.

Breslau.

133. Wendt H. Die Steinsche Städteordnung in Breslau (Mitteilungen aus dem Stadtarchiv und der Stadtbibliothek zu Breslau 9. u. 10. Heft)
1. Teil: Darstellung, 2. Teil: Quellen.
S. Register jedes Bandes unter Juden.
134. Selbstmorde von Juden in Breslau in den Jahren 1906/7 (Z. D. St. J. V S. 111).

135. Gebrechliche unter den Juden in Breslau (a. a. O. S. 127).

136. Der Zu- und Abzug von Juden in Breslau in den Jahren 1906/7
(a. a. O. V S. 142).

Bromberg-Regierungsbezirk.

137. Naturalisationspatente im Reg.-Bez. Bromberg bis April 1838
(oben S. 26—28).

Bromberg-Stadt.

138. Akten-Inventar der Synagogengemeinde Bromberg (oben S. 12—24).¹⁾

Charlottenburg.

139. Eheschliessungen und Ehescheidungen von Juden in Charlottenburg 1906—1908 (Z. D. St. J. V S. 190).

Danzig.

140. Simson. Ein Krawall von Engländern in Danzig im Jahre 1547
(Mitteilungen der Westpreuss. Geschichtsvereins VII 1908 S. 2—5).

S. 5: Dass in Danzig „kein Schotte, Moscoviter, Reusse, Jude und einigerlei Nation so unbarmherzig und gröblich traktiert werde“ wie die Engländer.

Deutsch-Krone.

141. Akten - Inventar der Synagogen - Gemeinde Deutsch - Krone
(Diese Mitteil., I S. 90—93).

142. Brann M. Vorarbeiten zur „Germania judaica“ II. Der Artikel „Deutsch-Krone“ (Monatsschrift f. Gesch. u. Wiss. d. Jdts. N. F. XVII S. 674—675).

Dortmund.

143. Rübeler C. Dortmund (S. 107—138 der nr. 132 genannten Festschrift.)
S. 122 f. 126.: Juden in D. im 13. und 14. Jahrh.

Erfurt.

144. 1357 Sept. 10. Eltville. Erzbischof Gerlach von Mainz entbindet den Rat der Stadt Erfurt zum Ausgleich einer Schuld für 4 Jahre, vom Martinstage 1358 an, von dem Zins, den die Stadt ihm jährlich von den Juden zu bezahlen pflegt. (Regesten der Erzbischöfe von Mainz II nr. 875).

Frankenberg.

145. Horwitz L. Landgraf Wilhelm VI. und das Schauforblasen
(Der Israelit I. nr. 20 S. 6).
Verordnung vom 3. Juni 1656.

¹⁾ Zu den Literaturangaben sei an dieser Stelle nachgetragen: Walter, die drei ersten Grunderwerbsversuche der Juden in Bromberg unter der preussischen Regierung (Allgem. Zeitung des Judentums 1907 S. 320 f. [nach einer freundlichen Mitteilung des Verfassers]).

Frankfurt a. M.

146. *1307 April 29. Hildebrand, Protonotar Erzbischof (Peters), bekundet, dass er nach Aschaffenburg geschickt worden ist, um die Urkunden der Könige Adolf und Albrecht über die Juden und das Ungeld in Frankfurt a. M. zu suchen, dass er aber nichts gefunden hat, als eine Urkunde König Albrechts über 300 Mk. und 500 Pfd. hell., die er nach Mainz zum Erzbischof gebracht hat (Regesten der Erzbischöfe von Mainz . . . I nr. 1109).
147. *1308 März 5. Kg. Albrecht willigt in die Verpfändung von 100 Mk. Kölner Denare, den jährlichen Einkünften des Erzbischofs von Mainz von den Frankfurter Juden an Siegfried von Eppenstein (a. a. O. nr. I 1156).
148. *1308 Mai 11. Verpfändung der in der vorigen Urkunde genannten Summe (a. a. O. I . . .).
149. *1308 Mai 11. Anweisung des Erzbischofs an die Frankfurter Juden, die oben genannte Verpfändung betr. (a. a. O. I . . .).
150. *1310 Juni 10. Kg. Heinrich vidimiert und bestätigt die Urkunde Kg. Adolfs für Erzbischof Gerhard von Mainz betr. Ungeld und Juden in Frankfurt vom 7. Juli 1297 (Regesten der Erzbischöfe von Mainz . . . I nr. 1339).
151. 1357 vor Apr. 23. Der Rat zu Frankfurt sendet sieben Mitglieder nach Eltville zum Erzbischof wegen der Juden; auf Bitten des Rates nehmen Boten der Stadt Mainz und der wetterauischen Städte (Friedberg, Gelnhausen, Wetzlar) an dieser Gesandtschaft teil.
Frankfurt, Rechenbuch von 1357f. 19, unter dominica Misericordia domini (a. a. O. II nr. 791).
152. *1357 Juni 5. K. Karl an Erzbischof Gerlach von Mainz betr. seinen zu erwerbenden Rechtsspruch über die Forderung, die der Erzbischof an die Stadt Frankfurt der dortigen Juden wegen habe (a. a. O. II nr. 826).
153. 1357 vor Sept. 17. K. Karl IV. schreibt an die Stadt Frankfurt und an den Schultheissen zu Oppenheim, Heinz zum Jungen, in Sachen des (Streits der Stadt und des) Erzbischofs (über die Frankfurter Juden).
Frankfurt, Rechenbuch von 1357 f. 24 v. Dominica post exalt. s. crucis (a. a. O. II nr. 885).
154. *1357 vor Nov. 26. Der Rat zu Frankfurt bezahlt für den Erzbischof an Frank und Hartmut von Cronberg 20 Pfd. Heller

vom Martinizins von der alten Münze in der Judengasse, die man Herrn Folmars Hof nennt (a. a. O. II nr. 922).

155. *1358 April 14. K. Karl IV. bestätigt die zwischen dem Erzbischof von Mainz und dem Rat der Stadt Frankfurt gemachte Sühne, der gemäss die Juden, die nach Frankfurt kommen, die Gülte von 900 Gulden nicht zu entrichten haben (a. a. O. II nr. 998).
156. *1358 Aug. 8. Ders. bestätigt den Verkauf aller erzbischöflich mainzischen Lehensrechte auf die Frankfurter Juden an die Stadt (a. a. O. II nr. 1052).
157. *1358 Aug. 24 Ehrenfels. Erzbischof Gerlach bescheinigt der Stadt Frankfurt den Empfang des in der vorhergehenden Urkunde genannten Verkaufsgeldes; bestätigt von K. Karl IV. 1367 Jan. 21 (a. a. O. II nr. 1060).
158. 1358 Sept. 6. Eberhard Herr zu Eppstein und Ysingard von Eppstein . . . verkünden, dass . . . Erzbischof Gerlach von Mainz die Gülte von 100 Mark Kölner Pfennige, die ihren Alvordern, ihnen und ihren Erben von Gerlachs Vorgängern und dem Erzstifte für 1000 Mark Kölner Pfennige auf die Juden der Stadt Frankfurt versetzt worden war, mit 1000 Mk. gelöst hat und sagen ihn dieser Gülte (auch etwa rückständiger) ledig. Auch verzichten sie für sich, ihre Erben und Gauerben gegenüber Bürgermeistern, Rat und Bürgern der Stadt Frankfurt und den Juden, die dort sind oder künftig hinkommen werden, auf die Gülte. Die mainzischen Urkunden über diese Gülte haben sie dem Erzbischof und der Stadt zurückgegeben; sollten sich künftig solche Urkunden finden, so sind sie ungültig.

Orig. Perg. Frankfurt, Privilegien nr. 115. Die Siegel an Presseln (a. a. O. II nr. 1066).

159. H a n a u e r W. Geschichte der Sterblichkeit und der öffentlichen Gesundheitspflege in Frankfurt a. M. (Deutsche Vierteljahresschrift für öffentliche Gesundheitspflege 1908; Auszug: Strassburger Israel. Wochenschrift VI nr. 23 S. 6; Z. D. St. J. VI S. 12—13).
Darin über Verhältnisse im Ghetto.
160. Die Bewegung der jüdischen Bevölkerung in Frankfurt a. M. 1907 und 1908 (Z. D. St. J. V S. 156—158).
Vergl. nr. 57 85.

Fulda.

161. *1310 Sept. 14. Mainz. Erzbischof P(eter) von Mainz gibt

seine Zustimmung zu der Schenkung der Juden in der Stadt Fulda und anderen Städten der Fuldaer Kirche durch König Heinrich an Abt H(einrich) von Fulda (Böhmer, Reg. Imp. VI 281 nr. 309), macht aber den Vorbehalt, dass ihm als dem Erzkanzler der Zehnte de solutionibus faciendis von den Juden gezahlt werden muss.

Or.: Marburg, Staatsarchiv (Stiftsarchiv Fulda). Siegel Peters fehlt (Regesten der Erzbisch. von Mainz . . . II nr. 1372).

Hagen.

162. Buchtitel wie nr. 132.

S. 114: 4 Judenfamilien, von denen 2 Glasmacher und 2 Schlächter sind.

Halberstadt.

163. Arndt G. Chronik von Halberstadt von 1801—1850. Halb. 1908.

S. 12 z. J. 1803: Tod des Vorstehers Israel Jacob, Begründers der jüdischen Armenstiftung „Israels Ehrenkranz“ (mit 10 000 Tln.), Vaters des späteren Kasseler Konsistorialpräsidenten Israel Jacobsohn. S. 38 z. J. 1812. Durch ein kgl. Dekret wird das Borchard'sche Institut mit der Elementar-Judenschule vereinigt. — S. 65. z. J. 1823; Fällissement des isr. Gutsbesitzers Aron Meyer mit mehr als 280 000 Tln. — S. 69 z. J. 1824; Tod des Rabbiner-Adjunkts Magnus Abraham Rosenbach, am 6. Dez. — S. 78 (1829). 82. 85. 98. 108. 119; Seelenzahlen.

Hamm.

164. Buchtitel wie nr. 132.

S. 118; 1 Judenschule.

Hannover.

165. Jürgens O. Überblick über die Entwicklung der Stadt Hannover (Hannoversche Geschichtsblätter XII S. 1—38).

S. 7; Austreibung 1371, Wiederaufnahme von 1—2 Juden 1375. — S. 17; Judenstrassen. — S. 22; „Um 1500 wird auch ein Judenhaus erwähnt, auf das vermutlich die hier wohnhaften Juden angewiesen waren“. — S. 29; Die Johanniskirche 1666—1670 auf dem Boden des zugeschütteten Judenteichs erbaut.

166. Aus Redeckers Aufzeichnungen über die Jahre 1722—1762 (a. a. O. S. 99—108. 179—256).

S. 182 z. J. 1724; Tortur der 1721 banquerotierten Gebrüder Behrens. — S. 220 z. J. 1734, S. 228 z. J. 1738 u. S. 238 z. J. 1740; Gefangennahme jüd. Räuber. — S. 225 z. J. 1735; Taufe einer Jüdin. — S. 230 z. J. 1739; „Den 21. Juli starb der Jude Josef David Oppenheimer, Kayserlicher Agent, auf der Beckerstrasse wohnhaft, und hinterliess eine Bibliothec, die wenigstens auf 150 000 Thaler geschätzt ward“. — S. 253 z. J. 1755; Moise Pascalis legt eine Buchdruckerey an. — S. 255 z. J. 1759; Die 1749 durch den Juden David Isaak Wallache ausser der Stadt vorm Stein-

thor angelegte, aber in Abgang geratene Wachstuchfabrik wird von christlichen Kaufleuten angekauft.

167. **Riemer A.** Entstehung, Umfang und Wachstum der ältesten städtischen Siedlung Hannover (a. a. O. S. 382—397).

S. 388: Anteil der Juden an der Entwicklung der mit Marktrecht bewidmeten Dörfer zu Städten; Judenansiedlung hinter der Wedeme der Marktkirche bei Beginn der eigentlichen städtischen Niederlassung.

168. **Zuckermann M.** Die Vorarbeiten der Hannoverschen Regierung zur Emanzipation der Juden im Königreiche Hannover. Hannover.

169. **Zuckermann M.** Die Stellung der Hannoverschen Regierung zur Judenemanzipation auf dem Wiener Kongress und der Bundesversammlung zu Frankfurt a. M. (Beilage zu dem Berichte über den jüdischen Religionsunterricht an den höheren Lehranstalten in Hannover).

Hechingen.

170. Statistik (Der Israelit I, nr. 44 S. 10).

Hattingen.

171. Buchtitel wie in nr. 132.

Privilegien S. 120: 10. Mögen allda keine Juden geduldet werden, de anno 1498.

Iserlohn.

172. Buchtitel wie in nr. 132.

S. 128: 3 Judenfamilien mit 7,5 und 6 Personen. — S. 129: 4 christliche Schlächter und 3 jüdische, die es indessen mehr betreiben als die 4 christlichen.

Kamen.

173. Buchtitel wie in nr. 132.

S. 131: 5 Judenfamilien, die schlachten und Handel treiben.

Kassel.

174. **Grotfend O.** Regesten der Landgrafen von Hessen. Erste Lieferung.

S. 118 nr. 328 in einer Kaufurkunde von 1293 Juni 7 erwähnt die Jüdin *Rechel* als Vorvorbesitzerin.

Orig. Perg. im St. A. zu Marburg,

Kastrop, Freiheit.

175. Buchtitel wie in nr. 132.

S. 133: 1 Judenfamilie, die mit Kurzwaren handelt und schlachtet.

Kl.-Tinz.

176. **Brann M.** Vorarbeiten zur „Germania judaica“ II. Der Artikel „Klein-Tinz“ (Monatsschrift f. Gesch. u. Wiss. d. Jdts. N. F. XVII. S. 677).

Kleve, Land.

177. Meier W. Brandenburg und das Kölner Erzbistum, sowie sein Verhältnis zu den Religionsparteien in Kleve (Veröffentlichungen des hist. Vereins f. d. Niederrhein. II. Beiträge zur Geschichte des Herzogtums Kleve. Darin S. 344—386).
S. 339,1; 1787 gab es in ganz Kleve (24 Städte mit 37 063 Einwohnern und 53 687 Bewohner des platten Landes) 521 Juden, welche 1267 T. Schutzgeld zahlten.
178. Mestwerdt G. Das clevische Land seit der Vereinigung mit Brandenburg-Preussen. 1. Die Zeit bis 1740. Cleve.
S. 47/8: Juden und ihre Verhältnisse.

Kolberg.

179. Courtois J. Der Kolberg-Kösliner Kreis. Kolberg.
2. Seite der Vorbemerkung: K. hat 336 Juden, das flache Land des Kolberger Kreises 28. S. 65: 1899 Einweihung des jüd. Kurhospitals.

Königsberg.

180. Vogelstein H. Zur Feier des hundertjährigen Bestehens der Wohltätigen Gesellschaft zu Königsberg i. Pr. — Königsberg.

Körlin.

181. Courtois J. wie in nr. 179.
2. Seite der Vorbemerkung: K. hat 38 Juden. S. 102: Im J. 1782 unter 894 Einwohnern 33 Juden: 1794 (909) 10: 1812 (1060) 21: 1816 (1225) 55: 1831 (1745) 96: 1843 (2193) 95: 1852 (2633) 131: 1861 (3147) 148.

Krotoschin.

182. Akten - Inventar der Synagogen - Gemeinde Krotoschin (oben S. 29—36).
183. Zur Geschichte der Domanialabgaben in Krotoschin (oben S. 42—48).

Lindau.

184. Schweizer. Die Juden der Stadt Lindau im Bodensee (Der Israelit I. nr. 46 S. 2).

Lissa.

185. Bickerich W. Der Lissaer Seher Steph. Melisch und sein Verhältnis zu Comenius (Zeitschr. der Histor. Gesellsch. f. d. Pr. Posen XXIV S. 249—313).
S. 299: 1678 private Schuldforderung an die Lissaer Judenschaft in Höhe von 1500 Gulden.
186. Kohte J. Eine Stadtansicht von Lissa aus der Mitte des 18. Jahrh. (Hist. Monatsblätter f. d. Pr. Posen X S. 36—38).
S. 37: Synagoge.

Lünen.

187. Buchtitel wie in nr. 132.

S. 137: „3 Judenfamilien, welche nicht allein schlachten, sondern mit allerhand Kaufmannschaften handeln und vor den Christenkaufleuten die meiste Nahrung treiben“.

Mark, Grafschaft.

188. Schmöle J. Die neueste wirtschaftliche Entwicklung der Grafschaft Mark in statistischer Beleuchtung (-S. 691—730 des in nr. 132 genannten Buches).

I S. 707: Gliederung der Bevölkerung nach der Konfession. —

189. Buchtitel wie in nr. 132.

II S. 350 f.: Personenstand von 1798 (einzeln aufgeführt; im ganzen 465 gegen 440 im J. 1786). — S. 357: Berufsstatistik von 1798. — S. 400 f. Religionsstatistik.

Märkisch-Friedland.

190. Akten - Inventar der Synagogen - Gemeinde Märk. - Friedland (Diese Mittel. I S. 71—80).

191. Die Ablösung der Dominalabgaben in Märk.-Friedland (a. a. O. S. 80—87).

Minden-Ravensberg.

192. Tümpel H. u. a. Minden - Ravensberg unter der Herrschaft der Hohenzollern. Bielefeld und Leipzig. Darin Potthoff H. Geschichte von Gewerbe und Handel.

S. 223 f.: Stellung der jüdischen Kaufleute 1783 in Minden, Lübbecke, Hansberge, Petershagen, Vlotho, Bielefeld, Herford, Werther, Enger, Halle, Bergholzhausen, Versmold, Oldendorf, Bünde.

Mühlheim a. Rh.

193. Cramer F. Th. Gewerbe, Handel- und Verkehrswesen der Freiheit Mühlheim a. Rh. im 18. Jahrh. (Beiträge zur Gesch. des Niederrheins, Jahrb. des Düsseldorfer Geschichtsvereins XXII 1908/09 S. 1—100).

S. 4; Handel eingeschlicher Juden. — S. 21: 1767 vier christliche, vier jüdische Metzger in der Stadt. — S. 30: Beteiligung von Juden am Mühlheimer Viehmarkt. — S. 38; Über den Hausierhandel der Juden. 1751 schützt die Regierung das Hausierrecht der (mit Gewinn- und Gewerbesteuern nicht belasteten) Juden gegen Vorstellungen von Bürgermeister und Rat. — S. 58: Verbot des Handels in Köln für Mühlhauser Kaufleute 1773 „wan selbiger auch übrigen Juden und Heiden freibelassen wird“.

Münster, Stift.

194. Leeser. Rechts- und Kulturhistorisches über die Lage der

Juden im ehemaligen Hochstift Münster zu Ende des Siebenjährigen Krieges (Allgem. Zeit. des Jdts. LXXIII S. 583 f).

Netzedistrikt.

195. Über den Erwerb von Landgütern durch Juden im Netzedistrikt (Diese Mitteil. I S. 93—97).

Oberwesel s. nr. 57 Boppart.

Ostfriesland.

196. Löb A. Der Kampf des Landrabbiners Isaak Beer zu Aurich um seine Pension (Der Israelit L. nr. 46. 47).

Posen Prov.

197. Landsberger J. Schulden der Judenschaft in Polen (Jahrbuch der Jüd.-Liter. Gesellschaft (Frankfurt a. M.) VI 1908 S. 252—279).

198. Lambert M. Eine Korrespondenz zur Judenfrage in der Prov. Posen (1819) (Hist. Monatsblätter f. d. Prov. Posen X S. 125—129).

199. Lewin L. Aus dem nordischen Kriege (a. a. O. X S. 185—191).

Posen, Stadt.

200. Jaffé M. Die Stadt Posen unter preussischer Herrschaft (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Band 119 Teil 2).

Rosenberg.

201. Brann M. Vorarbeiten zur „Germania judaica“ II. Der Artikel „Rosenberg“ (Monatsschrift f. d. Gesch. u. Wiss. des Jdts. N. F. XVII S. 676—677).

Schaumburg, Grafschaft. ¹⁾

202. Weinmeister P. Die Münzprägungen im heutigen Kreise Grafschaft Schaumburg (Hessenland S. 93 f.)

S. 94: Eleasar Hirsch und Meier Wallich als Silberlieferanten für die Schaumburgsche Münze in Rinteln 1618 f.

Schlesien.

203. Franz H. Die Juden in Schlesien vor der Emanzipation (Allgem. Zeit. des Jdts. LXXIII S. 176 f.).

Schwalm.

204. Buchtitel wie in nr. 132.

S. 147: 4 Judenfamilien, die schlachten und Wucher treiben.

Soest.

205. Buchtitel wie in nr. 132.

¹⁾ Jetzt Teil des Kreises Rinteln.

S. 163; Als die Stadt sich 1663 der Botmässigkeit des Herzogs von Cleve unterwarf, überliess sie ihm u. a. die Tributgelder der Juden. — S. 164: Auf der Soester Börde keine Juden.

Stendal.

206. Friedrich der Jüngere, Markgraf zu Brandenburg, überweist seiner Gemahlin Agnes statt der aus ihrer Leibzucht von ihr zu frommen Stiftungen verwendeten 43 Lub. Mark 60 Gulden von den Juden zu Stendal, sowie alle Juden daselbst.

Orig. Perg. an Pergamentstreifen.

Stettin.

207. Clemen O. Ein Brief eines getauften Juden in Stettin aus dem J. 1524 (Pommersche Jahrbücher IX 1908 S. 173—180).

Unterschrieben: „Joachim getaufter Jude“; religiöser Inhalt.

Treuenbrietzen.

208. Der erste Jude in Schweden (Der Israelit L nr. 8 S. 6).

Graveur Ahron Issaak aus Treuenbrietzen, 1774.

Wesel.

209. Tuckermann W. Die Lage der Weseler Lutheraner und Katholiken im 17. und 18. Jahrhundert (Veröffentlichungen des histor. Vereins f. d. Niederrhein. II. Beiträge zur Geschichte des Herzogtums Kleve S. 387—402).

S. 393: Das von den durch die Reformierten zurückgesetzten Lutheranern und Katholiken zu entrichtende Beiwohnungsgeld wird von ihnen verächtlich „Judentribut“ genannt.

Westfalen, Herzogtum.

210. Meister A. Das Herzogtum Westfalen in der letzten Zeit der kurkölnischen Herrschaft. Münster 08.

S. 29: Judengeleit etc. Nur 107 Familien geduldet. — S. 37: Beteiligung an der Landesschuldentilgung. — S. 79: Juden und die ihnen verbotene Eisenindustrie. — S. 92: 1771 Dez. 14, Verordnung gegen den Judenwucher.

Westfalen, Königreich.

211. Horwitz L. Neue Beiträge zur Geschichte und Tätigkeit des Kgl. Westfälischen Konsistoriums der Israeliten zu Kassel 1807—1815 (Monatsschrift f. Gesch. u. Wiss. des Jdts. N. F. XVII S. 513—524. 723—735).

Westpreussen.

212. Bär M. Westpreussen unter Friedrich dem Grossen. 1. Bd. Darstellung, 2. Bd. Quellen (Publikationen aus den k. preuss. Staatsarchiven Bd. 83. 84). Leipzig.

- Bd. 1 s. Register s. v. Juden. — Bd. 2: Viele Aktenstücke, Juden in Westpreussen und im Netzedistrikt und in den einzelnen Städten betr.
213. **Stoewer R.** Mitteilungen über das Leben und die Rechte der westpreussischen Juden in den Jahren 1772 bis 1812 (Mitteil. des Westpreuss. Geschichtsvereins VII 1908 S. 8—11).
Bes. über Juden in **Berent**. Oberrabbiner in **Hoppenbruch** bei Danzig. In **Kischau** und auf dem adelichen Gut **Kollensch** privilegierte Friedhöfe für Juden aus ganz Westpreussen.

Sachsen.

Chemnitz.

214. Jahresbericht des Israel. Krankenpflege-, Unterstützungs- und Bestattungsvereins „E. V.“

Dresden.

215. Der Etat der Israelitischen Religionsgemeinde zu Dresden im Jahre 1908 (Z. D. St. J. V S. 127).

Leipzig.

216. Der Etat der Leipziger Israelitischen Religionsgemeinde im Jahre 1908 (Z. D. St. J. V S. 111).

Thüringische Staaten.

Eisenach.

217. **Helmbold H.** Strassennamen und andere Ortsbezeichnungen Eisenachs (Beiträge zur Geschichte Eisenachs XIX).
S. 42 f.: Judengasse, jetzt Karlstrasse.
218. v. **Strenge K. F.** und **Devrient E.** Die Stadtrechte von Eisenach, Gotha und Waltershausen (Thüring. Geschichtsquellen N, F. VI, der ganzen Folge XI. Bd.) Jena.
S. 64* Juden in den 3 Städten. — S. 3 f. nr. 6: Stadtrecht von Landgraf Albrecht von 1283 Aug. 15. Darin Satz 34. 35. 46; Pfandrecht u. Zeugenschaft der Juden betr.
S. 38 nr. 22: Judenschutz (1395 März 16). — S. 176: Bemerkung im Brauerschaftsprivileg (nr. 79) von 1733 Febr. 17. — S. 178 nr. 80; Bemerkung im Privileg für die Ross- und Viehhändler von 1739 Ang. 29. — nr. 81: Bemerkungen im Schriftenwechsel wegen Zollfreiheit bei den Viehmärkten.

Gotha.

219. Buchtitel wie oben.
S. 276 nr. 59: Bemerkung „in den Judengassen“ (1529). — S. 210—226 nr. 4: Fortgesetztes Stadtrecht von Gotha XIII. — XVI Jahrh., darin S. 216 Satz 52 (43), cf. S. 64*: betr. Pfandrechte.

Marksuhl.

220. Döpel W. Geschichte von Marksuhl. Eisenach.

S. 69: Industrieller Betrieb in dem kleinen Landstädtchen nur einmal versucht, 1758 durch den Schutzjuden Heli Israel aus Lengsfeld, der eine Wollenspinnerei anlegte, aber, als er dazu übergang, Wolle zu paschen, des Ortes verwiesen wurde.

Sondershausen.

221. Köhler C. Zwei Schuld- und Pfandverschreibungen der Grafen von Honstein an Nordhäuser Bürger von 1344 u. 1370 (Zeitschrift des Harz-Vereins f. Gesch. u. Altertumskunde S. 261—360).

S. 345 f.: in einer Sicherheitserklärung der Gläubiger des Grafen Heinrich d. J. von Honstein - Sondershausen von 1339 Jan. 21 unter den Gläubigern erwähnt der Jude Meyer.

Württemberg.

222. Bartsch A. Das Herzogliche Zucht- und Arbeitshaus in Ludwigsburg 1736—1806 (Württemb. Jahrb. f. Statistik und Landeskunde S. 112 f.).

S. 115: Privilegienbrief vom 21. Juni 1736 Punkt 3: Judengeleit betr., bes. das Geleitsgeld der Schutzjuden zu Ludwigsburg, Gochsheim und Freudenthal.

223. Gunzenhauser A. Sammlung der Gesetze, Verordnungen, Verfügungen und Erlasse betr. die Kirchenverfassung und die religiösen Einrichtungen der Israeliten in Württemberg. Stuttgart.

Statistisches.

224. Rothschild. Schulstatistik aus Württemberg (Israel. Familienblatt Hamburg nr. 46 S. 12).

225. Schott. Bewegung der Bevölkerung in Württemberg im Jahre 1907 (Württemb. Jahrb. f. Statistik und Landeskunde S. 31 f.).

S. 45: Eheschliessungen nach dem Religionsbekenntnis der Eheschliessenden.

226. Die Kriminalität der Juden in Württemberg 1898—1905 (Z. D. St. J. V S. 63).

Mergentheim.

227. Die Juden in Mergentheim (Der Israelit nr. 21 S. 6; Abdruck eines Artikels aus dem „Neuen Tageblatt“ von G. Barth).

Ravensburg.

228. Schweizer. Die Juden in der alten schwäbischen Reichsstadt Ravensburg (Der Israelit nr. 30. 31. 33 Beilage).

Biographisches.

Ahron b. Samuel aus Hergershausen.

229. Wolbe E. Ein Reformler vor 200 Jahren (Liberales Judentum I S. 229—233).

Börne.

230. Geiger L. Lesefrüchte (Allg. Zeit. d. Jdts. S. 415—417).
S. Mitarbeiterschaft am Frankfurter Journal von 1814; daher dessen günstige Äusserungen zur Judenfrage.

Breidenbach.

231. tz. Ungedruckte Briefe Wolf Breidenbachs (Der Israelit nr. 52 S. 4 f.).

A. Geiger.

232. Katz. Abraham Geigers religiöser Charakter (a. a. O. nr. 15. 16. 17. 19. 21. 23. 25. 29. 31. 32).
233. (Täubler E.) Zunz und Geiger über eine Zentralbehörde für die jüdischen Gemeinden in Preussen (Allg. Zeit. des Jdts. LXXIII S. 413).
Vergl. nr. 240.

Heidenheim.

234. Lewin L. Weitere Materialien zu einer Biographie Wolf Heidenheims (Monatsschr. f. Gesch. u. Wiss. des Jdts. N. F. XVII S. 358—364).

v. Hennings A.

235. Grunwald M. Aus dem Nachlass Augusts v. Hennings (a. a. O. S. 80—89. 220—233).

Heymann A. H.

236. Heymann A. H. Lebenserinnerungen. Nach s. Niederschrift im Auftrage s. Kinder her. von H. Loewe. Berlin.

Cohen Ph.

237. K(arpeles) G. Heinrich v. Kleist (Allg. Zeit. d. Jdts. LXXIII S. 295 f.).
S. Beziehungen zum Hause der Frau Philippine Cohen-Berlin.

Mendelssohn.

238. Kohut A. Felix Mendelssohn-Bartholdy (Allg. Zeit. d. Jdts. S. 69—71. 78—81).
S. 78 f.: Brief Abraham Mendelssohns an s. Sohn Felix betr. Namensänderung.

Oppenheim.

239. Stammbaum. Her. von August Oppenheim. Mannheim 1908.

Zunz.

240. Geiger L. Eine Denkschrift von Zunz (Liberales Judentum I S. 349—354).
Über den Lehrplan des zu begründenden Fränkelschen Rabbinerseminars in Breslau, 1853.
Vgl. nr. 233.

Varia.

241. Politische Correspondenz Friedrichs des Grossen XXXIII.
S. 86 nr. 21 548: betr. Sendung des Juden Goldschmidt durch den Nabob Hyder Ali von der Malabar-Küste an Friedr. d. Gr. zum Abschluss eines Handelsvertrags.
Vgl. S. 354 nr. 21 875 und S. 371 nr. 21 893 (hier der Name).
242. Dienstfertig J. Das hebräische Element in der Gaunersprache (Im deutschen Reich S. 420—424).
243. Friedensburg F. Die Münze in der Kulturgeschichte. Berlin.
S. 65/6: Jüdische Münzer in Deutschland. Dazu S. 201.
244. G(insburger) M. Unsere Namen (Strassb. Israel.Wochenschr.VI nr. 27. 29. 30, nach Kassel, „Zur Namengebung der Juden“ in „Strassburger Post“ nr. 607 und 635. Darin Notiz über die Juden in Lembach (1756 f.) von L. Koch).
245. (Loewe H.) Chibath Zijon. Festschrift zur 25 jähr. Gedenkfeier der Kattowitzer Konferenz der Chowewe Zijon. Kattowitz.
246. Mannheimer A. Ein Bauerngespräch aus dem Jahre 1738 in schwäbischer Mundart (Alemannia XXXVI 108 S. 238—242).
Abdruck eines Spottgedichts auf Jud Süß (der in der eingelegten Absolutio a Rabbinis obtenta wie nirgends sonst Joseph ben Süskind Oppenheimer heisst), aus einem Sammelbande von Flugschriften auf Jud Süß. München, Hof- und Staatsbibliothek Biogr. 242.
247. Pfaff F. Badische Sagen (a. a. O. S. 221—238).
S. 221 f. u. S. 227 f. von Juden erzählte Spukerlebnisse.
248. Salzer E. A. v. d. Heydt (Kreuzzeitung, Auszug in den Mitteil. Über s. Stellung zur Judenemanzipation.
249. Schleyer W. Bäder und Badeanstalten. Leipzig.
Darin Abbildungen der Judenbäder zu Friedberg, Andernach, Speyer, Worms.
250. v. Willich E. Aus Schleiermachers Hause. Berlin.
S. 135; über Rahel v. Varnhagen. Vergl. auch die Literaturangabe nr. 230.